



# Wortprotokoll

der 215. Sitzung vom 8. Oktober 1998

# Resoconto integrale

della seduta n. 215 dell'8 ottobre 1998

XI. Legislatur  
XI. Legislatura  
1993 - 1998

**SÜDTIROLER LANDTAG  
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA  
DI BOLZANO**

**SITZUNG 215. SEDUTA**

**8.10.1998**

**INHALTSVERZEICHNIS**

“Beschlüßvorschlag: Berichtigung des Haus-haltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 1998”(Fortsetzung). ..... 4

“Beschlüßvorschlag: Genehmigung des Haus-haltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 1999" .... 14

*Landesgesetzentwurf Nr. 131/97:*  
**“Wohnbauför-derungsgesetz”**  
(Fortsetzung). ..... 31

**INDICE**

“Proposta di deliberazione: Assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l’anno finanziario 1998” (continuazione). ..... 4

“Proposta di deliberazione: Approvazione del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l’anno finanziario 1999". 14

*Disegno di legge provinciale n 131/97*  
**“Ordinamento dell’edilizia abitativa agevolata”** (continuazione). ..... 31

Nr. 215 - 8.10.1998

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

**Dott. UMBERTO MONTEFIORI**

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.06 UHR  
(*Appello nominale - Namensaufruf*)

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta.  
Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

**ATZ (Sekretär - SVP):** (*Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale*)

**PRESIDENTE:** Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Comunicazioni della Presidenza:

Folgende Anfragen wurden eingebracht: Sono state presentate le seguenti interrogazioni: N. 9059/98 (Minniti) betreffend die von der SE West angeforderten detaillierten Informationen über das Finanzvermögen - riguardante le informazioni particolareggiate sul patrimonio finanziario richieste dalla USL Ovest.

Von Landesrat Cigolla beantwortete Anfragen: Interrogazioni con risposta scritta da parte dell'assessore Cigolla: N. 8738/98 (Holzmann) betreffend die von Bonon Alberto und Baldo Angelina angekaufte und auf diese Namen eingetragene Wohnung - riguardante l'appartamento acquistato ed intavolato a nome di Bonon Alberto e Baldo Angelina; N. 8848/98 (Minniti) betreffend die vom Wohnbauinstitut in Meran verkaufte und später wieder gekaufte Wohnung - Besteht eine Spekulationsgefahr? - riguardante l'alloggio venduto e poi ricomprato a Merano dall'IPEAA - Rischio speculazione?; N. 8778/98 (Bolzonello) betreffend die Anzahl der in Betrieb befindlichen Bergwerke in Südtirol - riguardante il numero di miniere in attività in Alto Adige; N. 8742/98 (Minniti) betreffend die Wiederaufnahme der Arbeiten auf der Baustelle des Wohnbauinstituts in Brixen - riguardante la ripresa dei lavori presso il cantiere IPEAA di Bressanone.

Von Landesrat Hosp beantwortete Anfragen: Interrogazioni con risposta scritta da parte dell'assessore Hosp: N. 8991/98 (Minniti) betreffend den Schüler-transport für "italienische" Kinder - riguardante il trasporto degli alunni per bambini "italiani"; N. 9025/98 (Holzmann) betreffend den Schülertransport 1998-1999 - riguardante il servizio trasporto alunni 1998-1999; N.

9019/98 (Holzmann) betreffend die Beförderung der Kindergartenkinder - riguardante il servizio di trasporto alunni delle scuole materne.

Von Landesrat Kofler beantwortete Anfragen: Interrogazioni con risposta scritta da parte dell'assessore Kofler: N. 8858/98 (Minniti) betreffend den Kauf von Räumlichkeiten für die Schulen seitens der Provinz - riguardante l'acquisto di locali per scuole da parte della Provincia.

Von Landesrat Laimer beantwortete Anfragen: Interrogazioni con risposta scritta da parte dell'assessore Laimer: N. 8981/98 (Bolzonello) betreffend den Vertrag zwischen der Landesregierung und einem externen Freiberufler für die Ausarbeitung eines Projekts zur Kontrolle der Oberflächengewässer - riguardante il contratto tra la Giunta provinciale e un professionista esterno per l'elaborazione di un progetto per il controllo delle acque superficiali; N. 8944/98 (Zendron/Kury) betreffend die Sammel-becken für Sickerwässer unter dem Kaiserberg - riguardante la vasca di raccolta dei percolati sotto Castel Firmiano.

Von Landesrat Saurer beantwortete Anfragen: Interrogazioni con risposta scritta da parte dell'assessore Saurer: N. 8940/98 (Minniti) betreffend die Erweiterung des Altersheims von Leifers - riguardante l'ampliamento della casa di riposo a Laives; N. 8827/98 (Minniti) betreffend den Personal-mangel im neuen Krankenhaus in Meran - riguardante il personale insufficiente presso il nuovo ospedale di Merano; N. 8999/98 (Minniti) betreffend den Volksanwalt bei der SE Ost - riguardante il difensore civico presso l'USL Est.

Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Benedikter, Benussi (pom. e nott.), Willeit (matt.) e l'assessore Di Puppo (pom. e nott.).

Il consigliere Benedikter è stato ricoverato in ospedale. Gli facciamo gli auguri di pronta guarigione.

Punto 58) dell'ordine del giorno: "Proposta di deliberazione: Assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1998" (continuazione).

Punkt 58 der Tagesordnung: "Beschlüßvorschlag: Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 1998"(Fortsetzung).

Ieri era intervenuta la collega Kury. La parola alla consigliera Klotz, ne ha facoltà.

**KLOTZ (UFS):** Wenn ich mich richtig erinnere, dann ist das die zweite Berichtigung des Haushaltsvoranschlages. Ist es die erste? Ja? Danke für die Präzisierung. Ich war der Meinung, daß es die zweite Berichtigung des Haushaltsvoranschlages für den Landtag wäre. Was hier besonders auffällt, sind die großen Überschüsse, einmal was den Verwaltungsüberschuß anbelangt von 1.098.500.000 Lire und den Kassaüberschuß von knapp 1.500.000.000 Lire. Immer wieder natürlich trifft man in dieser ersten Haushaltsberichtigung noch

auf Kompetenzen, die auf das Jahr 1997 zurückgehen. Es ist auch insofern klar, als natürlich verschiedene Rechnungen für 1997 erst in den ersten Monaten des Jahres 1998 gezahlt werden. Wir alle wissen, daß auch verschiedene Abrechnungen betreffend die Rückvergütung der Reisespesen der Abgeordneten erst innerhalb Februar vorzulegen sind. Dies gilt auch für die Erklärung über die Verwendung der Fraktionsgelder, also die Aufstellung - die Rechnungslegungen hätte ich gerne gesagt, aber die gibt es nicht - über die mit den Fraktionsgeldern getätigten Ausgaben. Hier darf ich noch einmal darauf verweisen, daß wir x-mal den Vorschlag gemacht hatten, die Fraktionsbeiträge zu kürzen. Wir waren die einzige politische Fraktion, die im Jahre 1997 von diesen Fraktionsgeldern etwas zurückgegeben hat und zwar die stattliche Summe von über 25 Millionen Lire. Infolgedessen haben wir hier auch Konsequenz gezeigt, nicht nur diese Forderung erhoben, sondern auch dann tatsächlich diese Gelder als einzige Fraktion zurückerstattet. Natürlich wirkt sich das sicher auch auf den Überschuß aus, denn man geht mehr oder weniger davon aus, daß alle politischen Fraktionen die Fraktionsgelder aufbrauchen.

Ich komme nun zu einigen Kapiteln, natürlich vor allem zu den Ausgabenkapiteln, denn ich habe zu einem kleinen, geringen Teil der Einnahmen, nämlich zur Rückerstattung dieser Fraktionsgelder, bereits kurz gesprochen. Ich möchte hier, gerade was die Reisespesen für die Mitglieder der Sechser- und Zwölferkommission anbelangt, Herr Präsident, auch darauf verweisen, daß hier 10 Millionen in Erhöhung vorgesehen sind. Insgesamt sind auf diesem Kapitel 11 55 Millionen Lire veranschlagt, diese waren auch schon in der Kompetenz 1997, jetzt kommen noch einmal 10 Millionen dazu. Das ist vom Rechnerischen her sicherlich in Ordnung, weil - wie man liest - die Sechser- und Zwölferkommission natürlich jetzt mehr Arbeit zu leisten hat. Nur, Herr Präsident, wir hören davon gar nichts. Es hat ein einziges Treffen zwischen unserer Fraktion und dem Präsidenten der Zwölferkommission Bolognini gegeben, und nachher haben wir nie mehr etwas gehört. Ich hatte besonders in den letzten Jahren der letzten Legislatur, aber auch zu Beginn dieser Legislatur, immer wieder verlangt, daß, wenn der Landtag schon für die Bezahlung der Reisespesen dieser Mitglieder aufkommt, wir auch über die Verhandlungen, die dort laufen, und über die Ergebnisse zumindest unterrichtet werden wollen. Es sind jetzt fünf Jahre vergangen und ich denke, daß es doch das eine oder andere Ergebnis zu vermelden gäbe. Infolgedessen, Herr Präsident, leiten Sie bitte als Präsident jenes Gremiums, das für die Ernennung dieser Mitglieder zuständig ist - wir ernennen als Landtag zwei Mitglieder - die Botschaft weiter, daß wir auch informiert werden wollen.

Dann habe ich hier noch zum Kapitel 17 eine Bemerkung oder eine Frage. Es geht um die Entschädigungen an externe Mitglieder und Fachleute der beim Landtag eingesetzten Kommissionen, Beiräte und Komitees, vor allen Dingen natürlich der Gesetzgebungskommissionen, aber auch anderer. Nun hat die tatsächliche Ausgabenhöhe für 1997 30 Millionen betragen, also sicher, gemessen an übrigen Spesen, nicht eine so große Spese, subjektiv gesehen natürlich, denn für einen einfachen Arbeiter ist das ein Jahreseinkommen. In

der Kompetenz von 1998 haben wir die Summe von 40 Millionen vorgesehen, auch was die Kasse anbelangt waren 40 Millionen vorgesehen, und nun wird um 10 Millionen verringert, so daß es praktisch die gleiche Ausgabe sein wird wie im Jahre 1997. Jetzt ergibt sich für mich die Frage. Sie nehmen zwar schon Bezug auf die Ausgabenkapitel Fürsorgeversicherungsabgaben, weil sie ja für diese Ausgaben von anderen Kapiteln etwas wegnehmen müssen, um diese zusätzlichen Gelder bereit zu haben. Aber, wird dieses Kapitel, Herr Präsident, so wenig in Anspruch genommen oder kaum in Anspruch genommen? Vielleicht können Sie uns sagen, wie sich die bisher getätigten Ausgaben zusammensetzen. Welche Kommission oder welcher Beirat, welche Fachleute wurden damit entschädigt? Was ist bisher angefallen?

Daß es einen Reservefond geben muß, das ist ganz klar; was die Büroeinrichtung anbelangt ebenso. Dann die Ausgaben für Zubehör, also Ankauf und Wartung von Büromaschinen und dergleichen: daß der Ansatz von 70 Millionen erhöht werden muß, auch das kann man nachvollziehen, weil die Wartung der Kopiergeräte, die Wartung anderer Geräte eine ganze Menge von Geld kostet. Sicherlich auch ist es notwendig, die laufenden Spesen zu bezahlen. Aber ich hätte noch die Frage, weshalb die Reinigungsarbeiten für das Landtagsgebäude der Landtag selber übernommen hat. Ist es auf diesen Überschuß zurückzuführen? Es ist nämlich eine beträchtliche Ausgabe, nicht? 80 Millionen Lire sind keine Kleinigkeit. Hat hier die Landesregierung darauf gedrängt, daß der Landtag das selber übernimmt oder hat der Landtag von sich aus das übernommen?

Es wäre natürlich - so wie bisher - auch noch etwas zu den übrigen Ausgaben zu sagen, gerade auch im Zusammenhang mit dem, was gestern schon angeklungen ist. Heute sind zwei Präsidialsekretäre anwesend, der dritte Quästor Atz war zur Durchführung des Appells anwesend, dann nicht mehr. Und hier, Herr Präsident, möchte auch ich Sie auffordern, gerade diesen Quästor, der am wenigsten anwesend ist, an seine Pflichten zu erinnern, denn wir lesen alle aus den Zeitungen, wie sehr dieser Herr inzwischen auf Wahlkampf unterwegs ist. Aber auch wir alle haben Wahlkampf, und so ist es eine Sache, wenn er als Landtagsabgeordneter seine Pflicht nicht verrichtet, aber wenn er als Präsidialsekretär seine Pflicht nicht verrichtet, ist das noch viel schwerwiegender, weil er dafür noch einmal 12,5 Prozent zusätzlich zu seinem Gehalt als Abgeordneter bekommt. Das bekommt er unabhängig davon, ob er anwesend ist oder nicht. Meines Wissens gibt es keine Strafpunkte für Nicht-Anwesenheit. Vielleicht geben Sie uns darüber, Herr Präsident, Auskunft, aber meines Wissens gibt es keine Abzüge wegen Fehlens am Präsidiumstisch. Kassiert wird aber trotzdem und das ist einfach nicht in Ordnung, so wie es nicht in Ordnung ist, daß auch einfache, normale Landtagsabgeordnete ihre Pflicht nicht tun. Sie werden alle sehr gut dafür entlohnt, haben zusätzlich noch einige andere Spesenvergütungen. Infolgedessen, glaube ich, sollte man auch an das erinnern, weil wir jetzt ja die Haushaltsberichtigung besprechen und damit auch eine Art Bilanz über die bisher geleistete Arbeit im Landtag und über die bisherigen Anwesenheit im Landtag ziehen.

Ich bin einigermaßen in Verlegenheit was diese Berichtigung angeht, Herr Präsident, denn auf der einen Seite, wir haben ja hier noch Kompetenzen von 1997, ich muß natürlich dafür stimmen, daß beispielsweise diejenigen Posten oder zumindest das, was die Union für Südtirol beispielsweise an Fraktionsgelder zurückgegeben hat, in den Haushalt eingebaut wird - es wäre nicht in Ordnung, wenn ich jetzt dagegen wäre, denn die Beträge sind schon zurückerstattet -, aber auf der anderen Seite bin ich mit einer Reihe von Ausgaben nicht einverstanden, weshalb ich mich der Stimme enthalten werde.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Non parlerò di tutto il bilancio ma farò alcune osservazioni su una questione che caratterizza particolarmente quest'ultimo bilancio, ed è il fatto che noi abbiamo da poco tempo il comitato per i servizi radiotelevisivi. Questo già si configura come un problema, nel senso che il comitato per i servizi radiotelevisivi, come sapete, nella nostra provincia ha una regolamentazione anomala rispetto a quella di tutte le altre regioni italiane. Tuttavia ha le funzioni che hanno gli altri Co.re.Rat. Una delle funzioni più importanti è quella del controllo in questo periodo elettorale, una funzione che si esercita ogni cinque anni, quella della par condicio e delle altre normative che garantiscono che nel corso di una campagna elettorale ci sia una effettiva possibilità per tutte le forze in campo di informare i cittadini su quelle che sono le proprie idee, le proprie opinioni, chiedendo così ai cittadini il loro voto sulla base di questa informazione che viene data in modo - dovrebbe essere - equanime. Gli altri Co.Re.Rat. fanno riferimento per questo all'osservatorio di Pavia che è un centro che rileva nel corso della campagna elettorale la presenza delle varie liste e fa una relazione segnalando eventuali squilibri. Il comitato di Bolzano non fa nulla di tutto questo. Ho visto in questo fogliettino allegato, di cui ringraziamo perché è un atto di trasparenza, che c'è scritto: *"impegni derivanti dalla sorveglianza sul rispetto delle disposizioni sulla "par condicio": Lire 2.000.000."* Saranno bravissimi, però mi pare una cifra ridotta. Si sa invece che è stata fatta all'interno del comitato una proposta che potrebbe anche andare extra bilancio, perché la funzione del controllo è stata assegnata dall'Authority ai comitati, e quindi sono loro che devono svolgerla. E' chiaro che può dare fastidio in una situazione di monopolio sostanziale dell'informazione, però è importantissima. Vorrei chiedere al Presidente quali sono le indicazioni rispetto a questo problema importantissimo, uno strumento in cui siamo molto indietro rispetto alle altre regioni italiane, per non parlare poi degli altri stati europei. Come si è visto anche adesso nella campagna elettorale in Germania, noi ci sogniamo un equilibrio di informazione di questo genere. E' una funzione che può dare fastidio in una situazione di monopolio, però ignorare del tutto questa diversità mi pare sia grave.

E non mi si venga a dire che con 2 milioni si riesce a fare i controlli necessari. E' una funzione assegnata dall'Authority, quindi deve essere fatta in qualche modo, altrimenti i cittadini vengono danneggiati dalla mancanza di questo lavoro. Poi pensando che deve essere fatto in lingua italiana e in lingua tedesca, non ritengo che i due milioni siano una cifra sufficiente. Vorrei anche

chiedere al Presidente come è attrezzato questo comitato. Io vedo ogni tanto i membri del comitato che si aggirano per il Consiglio, vorrei sapere se hanno un telefono, un posto dove raccogliere le loro informazioni. Per esempio per questo lavoro di controllo dovrebbero raccogliere i materiali, le registrazioni e le informazioni sui tempi di presenza all'interno delle varie emittenti, quindi avranno bisogno di un posto dove mettere queste informazioni per fare le loro valutazioni. Sarei interessata a sapere qual è l'impostazione. A mio parere sarebbe assai grave se la Provincia di Bolzano facesse finta che questo non esiste, mentre esiste da tutte le altre parti.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich möchte nur ganz kurz zu drei Kapiteln Stellung nehmen. Es handelt sich um die zweite Änderung des laufenden Haushaltes -die erste? - und es geht nicht so sehr um die Zahlen, um die Höhe der Summen, die in Erhöhung oder Verminderung stehen, sondern eben um einige grundsätzliche Dinge, zu denen ich einige Fragen hätte.

Kapitel 1. Auch ich möchte mich der Kritik anschließen, daß wir hier an Präsidiumsmitglieder Gelder zahlen für Leistungen, die schwer erkennbar sind. Der Präsident möge uns sagen, inwieweit Arbeit anfällt, wieviele Sitzungen das Präsidium abhält, die der Landtag nicht mitbekommt. Denn wenn man diese Erhöhung an der Anwesenheit der Präsidiumsmitglieder mißt, dann ist die Erhöhung nicht gerechtfertigt. Das muß man ganz klar und deutlich sagen. Jetzt sind der Präsident und die Vizepräsidentin anwesend, aber die drei Präsidialsekretäre sind wieder nicht da. Das ist eine Tatsache, die wir dauernd feststellen, und das muß man ganz klar und deutlich sagen. Ich weiß, daß es nicht Zuständigkeit des Landtages ist, die Erhöhung vorzunehmen. Es ist Sache des Regionalrates und wir haben die Kritik dort immer wieder angebracht. Es ist nicht gerechtfertigt, daß wir uns einfach hier an die Erhöhungen anhängen, diese Koppelung sollte endlich abgeschafft werden. Ich weiß, es ist nicht Sache des Landtages, aber zumindest könnte man verlangen, daß man für eine Mehrbezahlung auch eine Mehrleistung erbringt, und gerade diese Leute - Abgeordneter Feichter vielleicht ausgenommen, der sicher am öftesten anwesend ist - sind am wenigsten da. Dafür noch mehr zahlen, wie soll man das der Bevölkerung weismachen?

Kapitel 10 "Ausgaben zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Südtiroler Landtages". An und für sich sind wir dafür, daß man die Arbeit des Landtages nach außen erkenntlich macht, daß man Schulklassen einlädt, daß man andere Gruppen einlädt, damit sich diese ein Bild darüber machen können, was wir hier überhaupt tun. Andererseits aber dazu die Frage: Unlängst ist an alle Abgeordneten und auch an die Bevölkerung eine von Landtag und Landesregierung gemeinsam erstellte CD-Rom verteilt worden, die so fehlerhaft ist, daß sie eingestampft werden muß. Wir haben das auch verlangt, denn darin ist nicht einmal das Wahlergebnis von 1993 richtig dargestellt. Demnach gibt es z.B. die Freiheitlichen gar nicht auf dieser CD-Rom. Dazu die Frage, ob auch diese CD-Rom hier zu Buche schlägt, was die Erhöhungen angeht, denn dann müßten wir uns natürlich entschieden dagegen aussprechen.

Eine Frage noch zum Kapitel 13, zur Tätigkeit des Landesbeirates für das Rundfunkwesen. Wir haben als Anlage das Tätigkeitsprogramm bekommen und ich meine, daß es schon ein bißchen mager ausgefallen ist. 25 Millionen Lire setzen sich zusammen aus: 15 Millionen für Ausgaben für Aufträge an Sachverständige für die Ausarbeitung von Gutachten und Studien, 8 Millionen für Ausgaben für die Ausrichtung eines Treffens zwecks gegenseitigen Informationsaustausches zwischen dem Landesbeirat für Rundfunkwesen und Vertretern der Rundfunkbeiräte anderer Regionen und 2 Millionen für allfällige Ausgaben. Ich stelle hier fest, daß an konkreter Arbeit relativ wenig getan worden ist. Ich weiß, welche Schwierigkeiten es gegeben hat, daß dieser Rundfunkbeirat überhaupt starten konnte, aber dazu hätte ich diese Fragen gerne beantwortet.

**PRESIDENTE:** Ringrazio i consiglieri di aver fatto domande puntuali e precise. La prima collega ad intervenire è stata la collega Kury. Dice di non essere favorevole al capitolo 1 che concerne l'aumento per i membri dell'Ufficio di Presidenza. Effettivamente sta alla libera scelta dei membri di rifiutare gli aumenti che non sono stati chiesti. Sono automatici. Ogni volta che aumentano gli emolumenti a favore dei consiglieri in generale, ovviamente aumentano le competenze dei membri dell'Ufficio di Presidenza.

Ci sono poi delle forti lamentele circa il comportamento in genere dei segretari questori. Devo dare atto a tutti coloro che sono intervenuti su questo argomento, che hanno precisato che il consigliere Feichter è sempre presente o quasi, e che i questori Atz e Berger spesso non ci sono. Non voglio fare pagelle, né mi sembra corretto che io mi pronuncii su queste cose davanti a tutto il Consiglio. Normalmente ne discutiamo in Ufficio di Presidenza. Di mio quindi non aggiungo niente. Vi chiedo scusa se su questo argomento non mi pronuncio in Consiglio. Oltretutto abbiamo anche degli ospiti, quindi credo di doverlo fare in altra sede.

Al capitolo 4 la collega Kury chiede come mai questa indennità di viaggio. Se non ho capito male stiamo parlando degli 8 mila chilometri che sono a disposizione di ogni consigliere per effettuare viaggi di servizio. Anche qui il calcolo è un po' complicato, spesso si fa a posteriori. Qualche consigliere non li fa, altri li fanno tutti, qualcuno all'inizio, altri alla fine. Io stesso che ne facevo molti, da quando però ricopro la carica di Presidente, con il proprio mezzo credo di aver fatto forse 1.000 chilometri in due anni e mezzo. Non lo dico per merito. Io posso utilizzare la vettura di servizio quando mi sposto per servizio. Comunque il consigliere per iscritto deve, ogni volta che effettua i chilometri, dire dove va e per quanto tempo. Noi abbiamo le dichiarazioni. Che sappia, nessuno ha mai fatto nessun controllo, e nessuno l'ha mai chiesto. Effettivamente è giusto controllare come vengono spesi i soldi del Consiglio, però in questo caso quando un consigliere si sposta per mandato politico, è nell'interesse della democrazia che non si faccia un controllo che potrebbe provocare un controllo sulla sua attività politica. Non credo sia nostro dovere sindacare se il consigliere tal dei tali sia andato dieci volte a Brunico o in qualche altro posto. Un domani si potrà controllare se Umberto Montefiori dice di essere

andato a Roma facendo 700 chilometri per andare e altri 700 per tornare, e invece non ci è mai andato, ha detto il falso. Nel contempo però questo genere di controlli potrebbe incidere nella libertà politica.

La collega Kury chiede come mai al capitolo 6 abbiamo avuto questa grande spesa. In occasione della riunione dei tre Consigli sono stati spesi 31.780.443 lire. Anch'io sono d'accordo con lei. Questa cifra l'ho letta dopo. Abbiamo creduto di doverci comportare al meglio, senza eccessivi sfarzi, però abbiamo dovuto prendere in affitto una sede che fosse tutto sommato bella e significativa, e il Kursaal è forse una delle più belle sedi che abbiamo. C'è stata poi una notevole spesa per le traduzioni, il buffet, e il ristorante è costato anche abbastanza. Non sono pochi, ma sono la somma di queste tre o quattro voci.

La collega Kury chiede anche chiarimenti sul capitolo 10, spese per la promozione e la conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale. Nel passato mi sembra che i presidenti spendessero poco o niente, però fin dall'inizio mi aveva colpito un'osservazione della collega Kasslatte, la quale aveva detto che le dispiaceva che in Consiglio ci fossero pochissimi visitatori di madrelingua italiana. Abbiamo fatto delle piccole ricerche che potete fare anche voi. Se chiedete ad un cittadino qualsiasi in piazza Walter dove è il Consiglio provinciale, sarà difficile che abbiate risposta. Il 2, 3% dei cittadini sanno che c'è il Consiglio provinciale e dov'è. Spesso e volentieri il Presidente del Consiglio si chiama Durnwalder. Mi è sembrato giusto, visto che c'è anche il capitolo, e constatato che tutto sommato l'esistenza del Consiglio è poco nota, favorire in tutti i modi la conoscenza del Consiglio, sia invitando associazioni, scolaresche, ma anche adulti che non venivano mai. Nel 1995 avevamo zero adulti di lingua italiana che hanno visitato il Consiglio provinciale, nei primi sei mesi di quest'anno abbiamo contato oltre 600 visitatori. Non me ne faccio un merito, ma quando si invitano, le persone vengono. Un certo risultato, almeno a livello di presenza, c'è, e io credo che sia importante che ogni cittadino almeno una volta venga in questo palazzo e si renda conto che è la casa di tutti. Qualcuno dice convintamente che in Provincia non ci va, non facendo differenza fra Consiglio, Provincia intesa come Giunta ecc.

Il film che viene proiettato ai visitatori l'abbiamo fatto proiettare da una televisione privata, anche per questioni di prezzo. La televisione di Stato ce l'ha fatto raramente, e anche lì ci sono stati dei costi. Adesso abbiamo interrotto, però ultimamente sono stati fatti dei sondaggi e alla fine sono più conosciuti gli organi di governo della provincia. In questa provincia credo che nessuno non sappia chi è Durnwalder, però che ci sono delle commissioni legislative, cosa fanno, che c'è il Consiglio provinciale, che c'è l'ufficio di presidenza, credo che pochissimi lo sappiano. Abbiamo cercato di aumentare questa conoscenza. Ma non solo. Nel bene e nel male è stata anche quella una mia idea, per esempio abbiamo distribuito in due anni e mezzo prodotto molte migliaia di spille. Lo scopo era far parlare del Consiglio provinciale. Se uno non fa, sbaglia perché non fa, se fa sbaglia perché ognuno di noi crede che potrebbe aver fatto meglio a fare un'altra cosa, quindi nel dubbio, il capitolo c'era, ho cercato di fare. Chi verrà dopo di me probabilmente farà meglio. Per esempio abbiamo fatto l'aquila

più grande, così una volta tanto non abbiamo messo prima una lingua e poi l'altra, non ci sono polemiche. E' come una bandiera. L'intenzione era anche quella di cominciare a fare qualcosa per aumentare il senso di appartenenza globale alla provincia, non che ci fossero delle divisioni anche lì.

La collega Kury poi chiede lumi sulla commissione dei sei e dei dodici. Il Presidente Bolognini sarebbe stato opportuno che venisse, ma d'altra parte attraverso quello che fa si capisce cosa uno pensa. Per quanto mi riguarda ho invitato il Presidente della 137, perché sono d'accordo che chi lavora per noi è bene che ci venga a raccontare cosa fa. A maggior ragione vale anche per la commissione dei sei e dei dodici. Non posso far altro che dire che sono d'accordo con Lei, ma d'altra parte i carabinieri non glieli possiamo mandare. E' sensibilità politica, ma di più non possiamo fare. Glielo chiederemo ulteriormente, e si vedrà in futuro cosa farà.

La collega Kury vorrebbe maggiori informazioni sul comitato provinciale radiotelevisivo. L'opera del Presidente e dell'ufficio di presidenza è limitata a dare appoggio logistico. Li abbiamo incontrati ripetutamente anche perché volevamo metterli a loro più completo agio. Hanno chiesto due impiegati, un ufficio, altri mezzi ecc. Abbiamo discusso in ufficio di presidenza per questo. Di prassi il signor Chindamo si appoggia all'ufficio legale. La dottoressa Fontana gli ha dato sempre la più ampia assistenza, anche proprio a livello minimo, tipo battere le lettere ecc. Lui dice che così gli va bene. Nel merito delle informazioni chiederò a lui di darci le informazioni che volete, magari a livello del collegio dei capigruppo.

Per quanto riguarda la relazione gliela ho dovuta chiedere in maniera anche decisa, non tanto perché fosse mio compito stimolare il comitato radio-televisivo o il suo Presidente, quanto perché è mio dovere regolare le spese a fronte di una relazione, una specie di preventivo. Ripetutamente gli abbiamo chiesto dei preventivi, alla fine ne è arrivato uno. A me non è neanche sembrato giusto dirgli che avrebbe dovuto darci più spiegazioni. Non è nostro compito. Semmai è compito dei consiglieri fare una valutazione politica. In più, il comitato deve anche fare la relazione preventiva in maniera che, tra l'altro, possiamo stanziare i mezzi che gli servono. Non gli è stato posto nessun limite. Abbiamo solo tentennato quando il Presidente del Comitato ha fatto la richiesta di assunzione di due impiegati, perché finché possiamo provvedere con l'ufficio legislativo che ha delle spalle larghe e persone che hanno voglia di lavorare più del normale, va bene. Anche qui ci sarebbe da fare un'osservazione, perché è giusto sottolineare che abbiamo funzionari e impiegati che lavorano bene e con grande impegno. Però a fronte di questa convinta lode mi è venuto anche questo pensiero. L'ufficio legale lavorava a tempo pieno per quello che doveva fare, aveva gli impiegati giusti. Con un sovraccarico di lavoro o non è giusto che abbia un peso in più, o è giusto dargli un impiegato in più, o prima non lavorava quanto doveva. Escludiamo l'ultima ipotesi, perché devo dire in piena coscienza non mi sono mai accorto che l'ufficio legislativo lavorasse poco, quindi l'ipotesi di reperire non dico due ma almeno un impiegato in più potrebbe essere concreta. Fino adesso l'ufficio di presidenza non si è espresso in questo senso,

forse in futuro avremo un ufficio di presidenza che approverà l'aumento di un impiegato. Alla fine il dottor Chindamo dovrà anche fare una rendicontazione su quello che ha fatto.

La collega Kury chiede anche del compenso al Presidente dei servizi radiotelevisivi che viene aumentato. All'inizio la spesa non era stata preventivata, perché il comitato è stato istituito dopo. C'è una specie di controllo delle spese e l'ho già fatto. Quando loro decidono di dare l'incarico ad un consulente ecc. non è che diamo a loro direttamente l'assegno. La spesa mi deve essere rappresentata e alla fine materialmente la firma nel mandato di pagamento la fa il Presidente, quindi alla fine un certo controllo c'è. Anche qui all'inizio abbiamo avuto dei tentennamenti perché questa cosa sembrava un'imposizione, ma così è la legge e così noi abbiamo fatto puntualmente. A memoria non ricordo, ma se qualcuno ha piacere di veder le spese ben volentieri verrà accontentato.

Il mio tempo è finito, ma è bene che risponda a tutti. Tra l'altro molte cose che ha chiesto la collega Kury le hanno chieste anche altri consiglieri.

La collega Klotz dice di voler ridurre i contributi ai gruppi consiliari. Lei comunque come gruppo consiliare ha restituito 25 milioni. Non esprimo nessun parere, perché è una sua iniziativa. Per il futuro è una decisione che prenderà ogni singolo gruppo.

Molti colleghi hanno chiesto come mai da quasi tutti i capitoli abbiamo prelevato dei soldi. Erano capitoli tutto sommato abbastanza ben forniti e abbiamo dovuto recuperare circa 200 milioni per dei contributi previdenziali ed assistenziali relativi al personale del Consiglio. Invece di fare una richiesta extra, avendo dei capitoli ben forniti, abbiamo cominciato a prelevare da quelli. Poi il bilancio che fa il Consiglio è ingessato, nel senso che non siamo un assessorato dove si può pensare di fare delle cose particolari. Per esempio l'assessorato all'edilizia può pensare di espandere le costruzioni ecc. Nel recente passato un assessore mi ha chiesto con lettera di ridurre di un miliardo il bilancio, perché tutti dobbiamo ridurre le spese. Mi è venuto un po' da ridere, perché una volta di più ho constatato che la Giunta stenta a ricordarsi che c'è il Consiglio. D'altra parte 6.100 miliardi da una parte, 10 dall'altra tendono a far dimenticare che questi 10 sono briciole. Però sono spese obbligate, spese fisse. Le spese elastiche che possono essere compresse o allargate sono minime. Forse possiamo diminuire o aumentare, senza guardare, sui 100 - 150 milioni. Le altre sono spese fisse per stipendi, emolumenti ai gruppi ecc. All'epoca non ho neanche risposto all'assessore, ho parlato direttamente con il Presidente della Giunta provinciale proponendogli di non dare i contributi ai gruppi. Sarà contenta la collega Klotz e gli altri no. Si è scoperto allora che questa era una famosa "bufala", forse per intimorire il Consiglio.

Questo per dirvi che noi abbiamo un bilancio inchiodato.

Alla collega Zendron ripeto che con il comitato radiotelevisivo ho dei contatti ottimi e non solo a livello personale. Ritengo che debba essere il più libero possibile e fare delle cose che probabilmente non fa. Però che il Presidente abbia scritto la cifra di 2 milioni, l'ha pensato da solo. Io ho insistito che facessero un programma preventivo, che è previsto per legge, ma non posso

entrare nel merito. Per la sede, noi abbiamo dato la massima assistenza, per i telefoni anche, così come per gli armadi. Per altre cose che facciano le richieste, faremo in modo che vengano soddisfatte.

Il collega Leitner chiede quante riunioni fa l'ufficio di presidenza. Le riunioni sono più o meno quante sono le sedute del collegio dei capigruppo, salvo qualche extra, perché in genere il primo giorno di Consiglio alle ore 9 si svolge una seduta del collegio dei capigruppo, il secondo giorno si fa riunione dell'ufficio di Presidenza. In certe occasioni si fanno riunioni extra. Per la presenza in aula, ripeto al collega Leitner che sono cose che ognuno affronta come meglio crede. Noi possiamo fare tutte le valutazioni etico-politiche possibili, ma ognuno è responsabile delle proprie azioni. Saranno poi gli elettori a valutarle.

Capitolo 17. Le spese sono intanto quelle che chiedono con relazione preventiva, ma poi ci sono le spese per le commissioni. Quando si fanno le assunzioni di personale ci sono delle commissioni esaminatrici che vengono nominate ad hoc e ad alle quali spettano dei gettoni di presenza. Nel 1998 c'è stato un solo concorso, ecco perché abbiamo potuto risparmiare.

Spero di aver risposto a tutte le domande. C'è qualcosa che ho saltato? Il capitolo 10 l'avevo già detto, ma lo ripeto. Spese per la conoscenza del Consiglio provinciale. Abbiamo speso tanti soldi per far proiettare sia in lingua italiana che in lingua tedesca un film che riporta le attività complessive del Consiglio. Lo abbiamo fatto in varie fasce orarie con la televisione che copre di più il territorio provinciale, stando ai dati.

Il Cd-ROM. Il consigliere Leitner dice che i Freiheitlichen non sono stati citati, più altri errori. Ci siamo lamentati, ed ecco la risposta di coloro che hanno eseguito il lavoro. Dicono che *"le elezioni provinciali del 1993 vengono illustrate con dati sul numero totale dei voti ecc. Riconosciamo che si tratta di un grave errore materiale giustificabile solo in parte dalla grande mole dei dati trattati."* Ammettono di aver sbagliato, si faranno le rettifiche. Comunque mi è sembrato interessante a suo tempo poter fare questo Cd-ROM assieme alla Provincia, anche perché se l'avessimo fatto da soli o non avremmo potuto farlo o avremmo avvantaggiato solo il produttore che avrebbe avuto due soggetti diversi e magari la spesa sarebbe stata maggiore. Invece come iniziativa economica a rimorchio della Provincia abbiamo potuto beneficiare di un grande vantaggio, facendo più pezzi. A questo proposito devo dire che così come il collega Leitner, e non solo lui, ha rilevato degli errori anche vistosi, noi abbiamo mandato qualche copia anche agli altri consigli regionali, ogni copia costa 2.000 lire, anche per far vedere cosa abbiamo fatto. Diversi consigli regionali ci hanno risposto dicendo che è molto bello, ovviamente loro non hanno potuto rilevare i difetti, invece noi sì, perché è materia che conosciamo. Addirittura il Consiglio regionale della Campania ci ha proposto di usufruire di loro operatori economici che avevano fatto un bellissimo libro, all'interno del quale venivano riportate le attività. Gli abbiamo risposto che il nostro Cd-ROM è un pochino più avanti di un libro.

Come iniziativa è sicuramente positiva. Gli errori saranno sicuramente cancellati. Penso che lo faranno dopo il 23 novembre, in maniera che con un unico intervento vengano sostituiti tutti quei dati e quelle immagini non più in linea con i risultati delle prossime elezioni.

Metto in votazione la proposta di deliberazione: approvata con 7 astensioni e i rimanenti voti favorevoli.

Punto 59) dell'ordine del giorno: "Proposta di deliberazione: Approvazione del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1999".

Punkt 59 der Tagesordnung: "Beschlussvorschlag: Genehmigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 1999".

Leggo la relazione:

Signore e signori consiglieri,

in allegato trasmetto la bozza del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 1999, approvata dall'Ufficio di Presidenza nella seduta del 9 settembre 1998 ai sensi dell'articolo 18 comma 2 lett. c del regolamento interno e dell'articolo 3 del regolamento interno di amministrazione e di contabilità.

Il presente bilancio di previsione si differenzia per due ragioni da quelli precedenti:

1. A causa delle imminenti elezioni del Consiglio regionale ovvero del Consiglio provinciale si tratta di un cosiddetto bilancio tecnico, vale a dire che per quanto riguarda le uscite solo sui capitoli riguardanti le spese obbligatorie e le spese correnti sono stati iscritti gli stanziamenti interi ovvero reali. Sui capitoli le cui dotazioni rientrano nella sfera decisionale del Presidente e dell'ufficio di presidenza sono stati previsti solo stanziamenti minimi. Per contro, questi mezzi non iscritti sui capitoli citati sono stati convogliati nel "Fondo di riserva per nuove e maggiori spese". Questa procedura è stata scelta per permettere al futuro ufficio di presidenza di stabilire le priorità della propria attività e di proporre al Consiglio provinciale il rimpinguamento, nell'ambito di una variazione del bilancio, di determinati capitoli di spesa mediante il prelievo dei relativi mezzi dal fondo di riserva.
2. Per la prima volta nel bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1999 tutti gli importi saranno indicati non soltanto in lire, ma anche in Euro in attuazione di quanto disposto dalla legge 17 dicembre 1997, n. 433 "Delega al governo per l'introduzione dell'Euro". Dato che da un lato il tasso di cambio fisso dell'Euro, necessario a tale scopo, verrà stabilito soltanto alla fine del 1998, dall'altro esiste però la necessità di favorire e sostenere la

concretizzazione di sviluppi talmente importanti, nel presente bilancio di previsione è stato calcolato e adottato un tasso medio di cambio (1 Euro = 1.950 lire). Si fa pure presente che solo gli importi in lire hanno rilevanza giuridica, mentre quelli in Euro dovrebbero servire esclusivamente ad avviare e a favorire un processo di familiarizzazione. Ultima osservazione: tutti gli importi contenuti nel bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1999 espressi in lire sono stati convertiti singolarmente in Euro, motivo per cui la somma di diversi stanziamenti espressi in Euro a causa degli arrotondamenti non corrisponde all'importo espresso in Euro indicato alla riga equivalente al totale.

Il bilancio di previsione per l'esercizio 1999 comprende, incluse le contabilità speciali, entrate e uscite di competenza per un importo di lire 10.914.000.000 e entrate e uscite di cassa per un importo di lire 11.064.000.000, vale a dire con un aumento, rispetto all'anno precedente, di lire 792.000.000 in termini di competenza e di lire 692.000.000 in termini di cassa.

Di seguito verranno illustrate in dettaglio le previsioni di entrata ed in particolar modo quelle di spesa.

#### ENTRATE

Le entrate consistono soprattutto nell'avanzo di amministrazione presunto dell'esercizio finanziario in corso e nelle assegnazioni a carico del bilancio provinciale. L'avanzo di amministrazione presunto è stato calcolato in lire 700.000.000, le assegnazioni dal bilancio provinciale ammonteranno a lire 8.980.000.000 (cap. 2), mentre l'anno precedente erano di lire 7.950.000.000. Come già detto, l'avanzo di amministrazione presunto è stato calcolato in lire 700.000.000, un importo nettamente inferiore in confronto a quello dell'anno scorso. Anche se la situazione definitiva delle entrate e delle uscite potrà essere accertata solo al momento della predisposizione del conto consuntivo dell'esercizio finanziario 1998, che verrà sottoposto al Consiglio provinciale per l'esame e l'approvazione ad aprile/maggio del prossimo anno, già ora si può dire che i capitoli di spesa che presentano notevoli economie sono soprattutto quelli che non rientrano nella sfera decisionale del presidente ovvero dell'ufficio di presidenza, dato che le relative spese vengono effettuate soltanto in presenza di certe circostanze o presupposti. Se per un qualsiasi motivo certi presupposti o determinate circostanze non sono dati o se sono presenti soltanto in misura minore, ovviamente sui relativi capitoli di spesa si verificano delle economie. Già ora si può comunque supporre che sui seguenti capitoli di spesa verranno registrate le economie più consistenti: capitolo 21 (Stipendi e altri assegni al personale del Consiglio provinciale), capitolo 26 (Indennità di buonuscita per il personale del Consiglio provinciale), capitolo 27 (Anticipazione al personale cessato dal servizio dell'indennità premio di servizio a carico dell'INPDAP - ex INADEL), capitolo 32 (Spese per il funzionamento degli uffici: materiale di cancelleria, posta, giornali e riviste, libri e altre fonti d'informazione, inserzioni, trasporto e spostamento arredi, materiale di consumo per apparecchiature in dotazione e altre

spese minute) e sul capitolo 44 (Fondo di riserva per nuove e maggiori spese).

Sul capitolo di entrata 5 (Recupero emolumenti per il personale comandato presso altri enti) verrà iscritta invece una previsione di lire 60.000.000, importo che l'Amministrazione provinciale verserà al Consiglio provinciale nel prossimo anno. Si tratta dell'importo speso dal Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano nell'anno in corso per la propria dipendente sig.ra Marta Treibenreif, in posizione di comando presso l'Amministrazione provinciale. Ai sensi della normativa vigente in caso di comando di un/una dipendente presso un altro ente l'ente di provenienza si assume infatti tutte le spese derivanti dalla posizione di comando del dipendente, vale a dire stipendio, indennità, indennità di missione, retribuzione ore straordinarie ecc. compresi gli oneri sociali collegati a questi emolumenti a carico dell'amministrazione. Gli importi anticipati vengono di seguito rimborsati dall'altra amministrazione.

Gli altri capitoli di entrata non presentano variazioni notevoli rispetto al bilancio di previsione per l'esercizio finanziario in corso. Alcuni di questi capitoli (capitoli 4, 6, 7 e 8) rappresentano, in un certo qual modo anche se non formalmente, delle partite di giro, visto che da un lato (capitoli 4 e 8) le ritenute previdenziali ed assistenziali, trattenute dall'amministrazione del Consiglio dagli stipendi dei dipendenti e pertanto iscritte a bilancio come entrata, di seguito vengono versate agli enti competenti, mentre dall'altro lato (capitoli 6 e 7) o si tratta di importi che il Consiglio provinciale incassa sì effettivamente, ma soltanto perché in precedenza secondo quanto previsto dalla normativa vigente aveva anticipato ai dipendenti che hanno lasciato il servizio anche la quota dell'indennità premio di servizio a carico dell'INPDAP, quota che viene poi rimborsata dall'INPDAP al Consiglio provinciale, o di importi che il Consiglio provinciale aveva erogato ai dipendenti quale anticipo sull'indennità di buonuscita; quando i dipendenti, ai quali era stato concesso un anticipo, lasciano il servizio, i relativi importi vengono detratti dall'importo complessivo loro spettante quale indennità di buonuscita e iscritti a bilancio come entrata.

I capitoli 10, 11 e 12 fanno parte della contabilità speciale e rappresentano mere partite di giro; essi corrispondono ai capitoli di spesa 45, 46 e 47.

#### SPESE

Capitolo 1: "Indennità di carica spettante al/alla Presidente, al/alla Vicepresidente e ai/alle Segretari/e questori/trici"

La misura dell'indennità di carica spettante ai componenti dell'ufficio di presidenza è determinata nel relativo regolamento. L'importo di lire 270.000.000 preventivato per l'esercizio finanziario 1999 è stato calcolato applicando le percentuali stabilite dal regolamento (50% per il/la Presidente, 25% per il/la Vicepresidente e 12,5% per ciascuno dei tre segretari questori) all'indennità mensile lorda attualmente spettante ai consiglieri regionali (lire 19.340.216).

Capitolo 2: "Indennità forfettaria per viaggi di servizio nella regione spettante al/alla Presidente del Consiglio provinciale"

Pur avendo rinunciato anch'io - come pure la dott.ssa Sabina Kasserlatter Mur, che mi ha preceduto quale Presidente - a questa indennità forfettaria (lire 474.000 mensili) sin da quando ho assunto la carica di Presidente, dal punto di vista procedurale ritengo necessario e corretto nei confronti del futuro/della futura Presidente del Consiglio provinciale iscrivere quest'indennità prevista dalla normativa vigente anche nel bilancio di previsione per l'anno 1999 affinché la copertura di queste eventuale spesa sia garantita.

Capitolo 3: "Spese riservate del/della Presidente del Consiglio provinciale" e capitolo 9 "Fondo a disposizione dell'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale per contributi e sussidi straordinari e spese riservate di rappresentanza"

Lo stanziamento dei due capitoli è rimasto invariato rispetto all'anno in corso. Mi preme sottolineare a questo riguardo che gli stanziamenti di entrambi i capitoli sono rimasti invariati dall'esercizio finanziario 1992.

Capitolo 4: "Indennità e rimborso spese per viaggi di servizio del Presidente/della Presidente del Consiglio provinciale e dei consiglieri/delle consigliere provinciali"

La dotazione di questo capitolo corrisponde a quella iscritta originariamente nel bilancio di previsione per il 1998, ma non allo stanziamento definitivo dopo l'assestamento del bilancio, dato che nell'ambito di quest'ultimo si è resa necessaria una riduzione dei mezzi iscritti su questo capitolo per via del contributo di solidarietà.

Capitolo 5: "Gettoni di presenza per le sedute del Consiglio provinciale, delle commissioni legislative e di altre commissioni"

La dotazione di questo capitolo rimane invariata rispetto all'anno in corso. Lo stanziamento è stato confermato sulla base dell'esperienza acquisita nel corso degli ultimi due esercizi finanziari, visto che non sono intervenute modifiche della relativa normativa.

Capitolo 6: "Spese e contributi per convegni e altre iniziative del Consiglio provinciale inerenti a relazioni pubbliche in Italia e all'estero"

Lo stanziamento iscritto su questo capitolo viene ridotto di lire 100.000.000. Si tratta di uno dei capitoli su cui è stata prevista solo una dotazione minima per permettere, come ho già avuto modo di sottolineare, al futuro ufficio di presidenza di stabilire le priorità della propria attività mediante l'utilizzo dei mezzi iscritti sul fondo di riserva (capitolo 44) che di conseguenza presenta una disponibilità maggiore.

Capitolo 8: "Contributo ai gruppi consiliari"

L'importo di lire 1.650.000.000, iscritto a bilancio corrisponde a quello dell'anno in corso ed è leggermente più alto della somma dei contributi (lire 1.631.750.000) che ai sensi del relativo regolamento vengono versati annualmente ai gruppi consiliari attualmente esistenti. In seguito alle elezioni regionali del novembre 1998 lo stanziamento di questo capitolo dovrà presumibilmente essere adeguato - mediante una variazione di bilancio - alla nuova composizione dei gruppi consiliari.

Capitolo 10: "Spese per la promozione della conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale"

In termini di competenza, lo stanziamento di questo capitolo viene ridotto di lire 110.000.000 e corrisponde quindi a 40.000.000 lire. Come nel caso del capitolo 6 si tratta di uno stanziamento minimo onde garantire al futuro ufficio di presidenza piena libertà di scelta nella definizione delle priorità della propria attività.

Capitolo 11: "Compenso e rimborso spese viaggio per i rappresentanti del Consiglio provinciale nella Commissione dei 6 e dei 12 (Art. 10 - Regolamento dell'indennità, ...)"

L'importo di lire 60.000.000, iscritto a bilancio è lievemente inferiore all'importo assestato del bilancio per l'esercizio 1998. Poiché non è prevedibile se i nuovi membri della commissione dei 6 e della commissione dei 12 avranno diritto al compenso, in seguito alle elezioni regionali del novembre 1998 lo stanziamento di questo capitolo dovrà presumibilmente essere modificato mediante una variazione di bilancio.

Capitolo 14: "Spese per l'attuazione del decreto legislativo n. 626 del 19-9-94 concernente la sicurezza e la salute dei lavoratori sul luogo di lavoro"

La dotazione di questo capitolo viene aumentata, in termini di competenza, da lire 15.000.000 a lire 30.000.000. L'aumento è dovuto alla predisposizione del piano di emergenza per l'edificio sede del Consiglio provinciale.

Capitolo 15: "Indennità di carica, indennità di missione e rimborso spese di viaggio al difensore civico/alla difensora civica nonché spese per polizza assicurativa di responsabilità civile"

Sebbene al difensore civico/alla difensora civica spetti, ai sensi dell'articolo 10 della l.p. 10 luglio 1996, n. 14, l'indennità di funzione prevista per i consiglieri regionali e pertanto al difensore civico in carica anche l'aumento dell'indennità disposto con decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 550 del 13 gennaio 1998, non è necessario aumentare la dotazione del capitolo in seguito al citato aumento, poiché con i mezzi stanziati su questo capitolo vengono finanziati, oltre all'indennità di funzione, anche le spese riguardanti l'indennità di missione e il rimborso delle spese di viaggio. Dato che in base all'esperienza acquisita e ai calcoli effettuati si può prevedere che queste nemmeno nel prossimo anno supereranno un certo limite, sarà possibile far fronte all'aumento dell'indennità di funzione senza aumento della dotazione del capitolo.

Capitolo 16: "Compenso spettante al/alla presidente del comitato provinciale per i servizi radiotelevisivi nonché indennità e rimborso spese per missioni"

Lo stanziamento del capitolo 16 pari a lire 31.000.000 corrisponde alla dotazione assestata dell'esercizio 1998. Il capitolo trova fondamento nell'articolo 2 comma 10 della l.p. n. 5/1996, che stabilisce che al presidente del comitato per i servizi radiotelevisivi è corrisposto un compenso mensile pari a quello previsto per i presidenti degli enti, degli istituti e delle aziende a orientamento autonomo dipendenti dall'amministrazione provinciale. In base alla deliberazione della Giunta provinciale n. 49 del 16 gennaio 1996 il

suddetto compenso attualmente è pari a lire 1.500.000 lorde mensili. Al presidente spettano inoltre l'indennità di missione e il rimborso delle spese di viaggio previsti per i dipendenti dell'amministrazione provinciale.

Capitolo 17: "Compensi a componenti esterni ed esperti di commissioni, consulte e comitati istituiti presso il Consiglio provinciale"

Questo capitolo presenta una dotazione di lire 40.000.000 destinati al pagamento del compenso spettante per la partecipazione alle sedute del Comitato provinciale per i servizi radiotelevisivi e delle missioni nonché al rimborso delle spese di viaggio. Anche i compensi (gettoni per la partecipazione alle sedute) dei componenti delle commissioni per i concorsi vengono addebitati a questo capitolo.

La dotazione di questo capitolo corrisponde a quella iscritta originariamente nel bilancio di previsione per il 1998, ma non allo stanziamento definitivo dopo l'assestamento del bilancio, dato che nell'ambito di quest'ultimo si è resa necessaria una riduzione dei mezzi iscritti su questo capitolo per via del contributo di solidarietà.

Capitoli 20, 23, 24, 25, 26, 28 e 29:

Tutti questi capitoli di spesa riguardano il personale del Consiglio provinciale. Essi concernono l'acquisto di divise di servizio e di indumenti di lavoro per determinate categorie di dipendenti, le indennità di missione e i rimborsi delle spese di viaggio, le pensioni a carico del Consiglio provinciale, le indennità di buonuscita ed eventuali anticipazioni delle stesse, l'aggiornamento del personale ecc. Come risulta dal progetto del bilancio di previsione, gli importi iscritti sui singoli capitoli per l'esercizio finanziario 1999 corrispondono in massima parte agli importi preventivati per l'esercizio in corso.

Capitolo 21: "Stipendi ed altri assegni per il personale del Consiglio provinciale"

Lo stanziamento di questo capitolo è stato aumentato di lire 200.000.000 a Lire 3.100.000.000. L'aumento si è reso necessario poiché da un lato ai sensi di quanto deliberato dal Consiglio provinciale è stata ampliata di due posti la pianta organica della difesa civica e dall'altro l'assunzione di personale supplente per dipendenti assenti causa maternità nonché la copertura del posto di direttore/direttrice dell'ufficio amministrazione a partire dal 10 agosto 1998 comporteranno maggiori spese. Inoltre vengono iscritti anche i mezzi destinati a coprire le spese derivanti dall'eventuale aumento degli stipendi da ricondurre alla stipula dell'accordo intercompartimentale per il personale della Provincia autonoma di Bolzano per il triennio 1997-1999.

Capitolo 22: "Contributi previdenziali e assistenziali per il personale del Consiglio provinciale"

La dotazione pari a lire 1.460.000.000 è inferiore (- 105.000.000) alla dotazione assestata dell'anno in corso, dato che è stato necessario aumentare di lire 215.000.000 lo stanziamento del capitolo nell'ambito dell'assestamento del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1998 onde poter effettuare il pagamento degli arretrati relativi al contributo di solidarietà e il contributo stesso. Il

fatto che nel corso del 1999 non vi sarà più la necessità del pagamento degli arretrati, in quanto verranno pagati solo i contributi correnti, ha permesso di ridurre lo stanziamento iscritto su questo capitolo.

Capitolo 27: "Anticipazione al personale cessato dal servizio dell'indennità premio di servizio a carico dell'INPDAP (ex INADEL) (Art. 11 L.P. n. 12/88)"

La dotazione di questo capitolo corrisponde a quella iscritta originariamente nel bilancio di previsione per il 1998, ma non allo stanziamento definitivo dopo l'assestamento del bilancio, dato che nell'ambito di quest'ultimo si è resa necessaria una riduzione dei mezzi iscritti su questo capitolo per via del contributo di solidarietà.

Capitolo 30: "Arredamento uffici"

Lo stanziamento iscritto su questo capitolo viene ridotto, in termini di competenza, di lire 60.000.000 e scende pertanto a lire 30.000.000, dato che sia la difesa civica che la maggior parte degli uffici nel palazzo sede del Consiglio provinciale sono stati dotati di nuovi arredi. Pertanto è lecito supporre che nel corso del 1999 non dovranno essere più sostenute delle spese rilevanti.

Capitolo 31: "Acquisto e manutenzione (riparazione e assistenza) di macchine per ufficio (computer, stampanti, macchine per scrivere ecc.), mezzi audiovisivi, macchine tipografiche, fotocopiatrici, della centrale telefonica nonché dei relativi accessori"

La dotazione di questo capitolo viene ridotta, rispetto all'anno in corso, in termini di competenza da 450 milioni di lire a 300 milioni di lire. Dato che buona parte dei lavori progettati (posa del nuovo cablaggio della rete informatica nei piani nel frattempo ristrutturati, acquisto di personal computer, acquisto della nuova centrale telefonica con relativi accessori e delle fotocopiatrici) sono stati realizzati nel corso dell'anno, sembra sufficiente dotare il capitolo di uno stanziamento di lire 300.000.000 per poter realizzare i rimanenti progetti nonché per poter garantire l'effettuazione di altre spese riguardanti soprattutto la manutenzione e la riparazione di tutte le macchine per ufficio, delle fotocopiatrici e delle macchine della tipografia interna nonché l'acquisto del relativo materiale di consumo (toner, matrici ecc.).

Capitolo 32: "Spese per il funzionamento degli uffici: materiale di cancelleria, posta, giornali e riviste, libri e altre fonti di informazione, inserzioni, trasporto e spostamento arredi, materiale di consumo per apparecchiature in dotazione e altre spese minute"

Per il capitolo 32 si prevedono lire 180.000.000, mentre nell'esercizio finanziario in corso la dotazione assestata era pari a lire 210.000.000, quella originaria pari a lire 280.000.000. La riduzione è stata effettuata sulla base dell'esperienza acquisita nel corso del 1998. Fino all'anno 1998 le spese riguardanti i capitoli 32 e 35 sono stati imputati allo stesso capitolo; il capitolo 35 è stato istituito soltanto nell'ambito del bilancio di previsione 1998 e pertanto l'assegnazione dei mezzi per quest'esercizio finanziario è avvenuta sulla base di una stima.

Capitolo 34: "Affitto locali e spese accessorie"

Con i mezzi a disposizione sul capitolo 34 vengono pagate le spese che il Consiglio provinciale sostiene per l'affitto, inclusi i costi accessori (riscaldamento, spese condominiali ecc.) di locali siti al di fuori della sede del Consiglio provinciale. Attualmente nei locali presi in affitto sono sistemati tre gruppi consiliari nonché la difesa civica della Provincia autonoma di Bolzano. In base all'esperienza acquisita nel corso del 1998 lo stanziamento iscritto sul capitolo è stato ridotto, rispetto all'anno in corso, da lire 160.000.000 a 140.000.000.

Capitolo 35: "Consumo energia elettrica, pulizia, consumo acqua, telefoni e altre spese analoghe relative a immobili o locali comunque utilizzati dal Consiglio provinciale"

La dotazione del capitolo 35 è pari a lire 480.000.000, vale a dire che è stata aumentata, rispetto allo stanziamento assestato dell'esercizio in corso, di lire 50.000.000. Questo aumento si è reso necessario per il fatto che dal 1° agosto 1998 la pulizia del palazzo del Consiglio provinciale non viene più effettuata dal personale dell'amministrazione provinciale, ma da una ditta esterna all'uopo incaricata dall'amministrazione del Consiglio.

Capitolo 36: "Manutenzione degli immobili e dei relativi impianti a disposizione del Consiglio provinciale"

Lo stanziamento di questo capitolo è pari a lire 80.000.000 e quindi inferiore di lire 70.000.000 alla dotazione originariamente iscritta nel bilancio per l'esercizio in corso, ma superiore di lire 10.000.000 alla dotazione assestata, dato che nell'ambito dell'assestamento di bilancio 1998 era necessario ridurre i mezzi iscritti su questo capitolo di lire 80.000.000 a causa del pagamento del contributo di solidarietà. Nel corso del 1999 presumibilmente non vi saranno spese notevoli da effettuare con i mezzi a disposizione su questo capitolo, poiché nel palazzo sede del Consiglio provinciale sono stati effettuati lavori di manutenzione ordinaria e straordinaria negli anni 1997 e 1998. La dotazione di lire 80.000.000 sembra quindi sufficiente.

Capitolo 44: "Fondo di riserva per nuove e maggiori spese"

Su questo capitolo è previsto uno stanziamento di lire 813.712.000, vale a dire un importo notevolmente superiore a quello previsto per l'esercizio corrente. Questi mezzi servono alla copertura delle spese che deriveranno dall'attività che il futuro Comitato per i servizi radiotelevisivi svolgerà nel 1999 sulla base dell'apposito programma e al rimpinguamento di quei capitoli di spesa sui quali sono state iscritte soltanto dotazioni minime a causa della necessità di permettere al futuro ufficio di presidenza di stabilire le priorità della propria attività. Inoltre questi mezzi permettono anche di abbonarsi eventualmente al notiziario APA nell'ambito di APA-Online e di sostituire una delle due autovetture di servizio. L'ufficio di presidenza ha ritenuto necessario dotare il fondo di riserva di questi mezzi onde poter affrontare non solo queste spese, ma anche - tramite un prelievo dei relativi mezzi dal fondo di riserva - le maggiori spese su quei capitoli che potrebbero presentare una dotazione insufficiente. Pur basandosi gli stanziamenti della maggior parte dei capitoli di spesa sull'esperienza acquisita nel

corso degli esercizi precedenti, è sempre possibile che nel corso di un anno si presentino situazioni e necessità imprevedibili, motivo per cui è opportuno e doveroso prevedere delle riserve a tal fine.

I capitoli 45, 46 e 47 fanno parte della contabilità speciale e corrispondono ai capitoli 10, 11 e 12 delle entrate.

Invito gentilmente le signore e i signori consiglieri a voler approvare l'allegata bozza del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 1999.

-----

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
in der Anlage übermittle ich Ihnen den Entwurf des Haushaltsvoranschlags des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 1999, der vom Landtagspräsidium im Sinne von Artikel 18, Absatz 2, Buchstabe c) der Geschäftsordnung und Artikel 3 der Verwaltungs- und Buchungsordnung in der Sitzung vom 9. September 1998 genehmigt worden ist.

Der vorliegende Haushaltsvoranschlag unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht von jenen der Vorjahre:

1. Es handelt sich, bedingt durch die bevorstehenden Regionalrats- bzw. Landtagswahlen, um einen sogenannten "Technischen Haushaltsvoranschlag". Das bedeutet, daß auf der Ausgabenseite lediglich für die Kapitel betreffend die Pflichtausgaben und die laufenden Ausgaben die vollen bzw. realen Kapitelsätze eingetragen wurden. Für jene Kapitel, deren Ausgabenhöhe in der Ermessensfreiheit des Präsidenten bzw. des Präsidium liegen wurden lediglich Minimalansätze vorgegeben. Im Gegenzug wurde der "Reservefond für neue und höhere Ausgaben" um die entsprechenden, in den genannten Kapiteln fehlenden finanziellen Mittel angereichert. Durch diese Vorgehensweise soll dem neu zu wählenden Präsidium die Möglichkeit gegeben werden, eigene Schwerpunkte in seiner Tätigkeit zu setzen und dem Landtag im Zuge einer Haushaltsänderung die Aufstockung gewisser Ausgabenkapitel durch Entnahme der entsprechenden Mittel aus dem Reservefond vorzuschlagen.
2. Im Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 1999 werden erstmals alle Beträge nicht nur in Lire, sondern auch in Euro angegeben. Dies aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Dezember 1997, Nr. 433, Ermächtigung der Regierung durch das Parlament zur Einführung des Euro. Nachdem einerseits der für diese Zwecke erforderliche fixe Wechselkurs des Euro erst mit Jahresende 1998 festgelegt wird, andererseits jedoch das Bedürfnis besteht die Umsetzung von so wichtigen Entwicklungsprozessen zu fördern und zu unterstützen, wurde für den vorliegenden Haushaltsvoranschlag ein mittlerer Wechselkurs (ein Euro = 1.950 Lire) berechnet und angewandt. An dieser Stelle sei auch gesagt, daß lediglich den Beträgen in Lire rechtliche Relevanz zukommt und die Beträge in Euro nur einen Gewöhnungsprozeß einleiten bzw. unterstützen sollen. Festzuhalten ist auch, daß jeder einzelne, im Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 1999 enthaltene Lire-Betrag gesondert in Euro umgerechnet wurde, weshalb die Summe verschiedener Kapi-

telansätze in Euro aufgrund der Rundungen nicht mit dem Betrag in Euro in der Summenzeile übereinstimmt.

Der Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 1999 weist einschließlich der Sonderbuchführungen Einnahmen und Ausgaben im Kompetenzbereich in der Höhe von 10.914.000 Lire und im Kassateil in der Höhe von 11.064.000.000 Lire auf. Das sind in der Kompetenz 792.000.000 Lire und in der Kassa 692.000.000 Lire mehr als im Vorjahr.

In der Folge soll nun auf die einzelnen veranschlagten Einnahmen und insbesondere auf die veranschlagten Ausgaben näher eingegangen werden.

#### EINNAHMEN

Der Einnahmenteil setzt sich vor allem aus dem voraussichtlichen Verwaltungsüberschuß aus dem laufenden Haushaltsjahr und den Zuweisungen zu Lasten des Landeshaushaltes zusammen. Der voraussichtliche Verwaltungsüberschuß wird 700.000.000 Lire betragen, die Zuweisungen aus dem Landeshaushalt betragen 8.980.000.000 (Kap. 2). Das letzte Jahr betragen die Zuweisungen aus dem Landeshaushalt noch 7.950.000.000 Lire. Der voraussichtliche Verwaltungsüberschuß wird, wie gesagt, mit 700.000.000 Lire, im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedriger ausfallen. Wenn auch erst die Abschlußrechnung über die Gebarung des Jahres 1998, die im April/Mai nächsten Jahres dem Landtag zur Überprüfung und Genehmigung vorgelegt werden wird, einen endgültigen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben bieten wird, kann jetzt schon gesagt werden, daß es sich bei den Ausgabenkapiteln, die z.T. beträchtliche Einsparungen aufweisen werden, vor allem um solche handelt, die der Ermessensfreiheit des Präsidenten bzw. Präsidiums entzogen sind, nachdem die entsprechenden Ausgaben nur bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen bzw. Gegebenheiten anfallen. Treten die Voraussetzungen bzw. Gegebenheiten, aus welchen Gründen auch immer, überhaupt nicht oder nur in einem verminderten Maße ein, fallen auf den jeweiligen Ausgabenkapiteln zwangsläufig entsprechende Einsparungen an. Andeutungsweise kann gesagt werden, daß sich die größten Einsparungen auf den Ausgabenkapiteln 21 (Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages), 26 (Abfertigungen an das Personal des Landtages), 27 (Vorstreckung der INPDAP ex INADEL - Abfertigung an die Bediensteten bei deren Dienstaustritt), 32 (Ausgaben für die Arbeitsabwicklung der Ämter: Büromaterial, Post, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und andere Informationsquellen, Inserate, Transport und Verstellung von Einrichtungsgegenständen, Verbrauchsmaterial für verschiedene Maschinen und Geräte und kleinere Ausgaben) und auf Kapitel 44 (Reservfonds für neue und höhere Ausgaben) abzeichnen.

Auf dem Einnahmenkapitel 5 "Rückerlangung der Bezüge für das zu anderen Körperschaften abgeordnete Personal" wird hingegen der veranschlagte Betrag von 60.000.000 Lire verbucht werden, den die Südtiroler Landesverwaltung im nächsten Jahr überweisen wird. Es handelt sich dabei um den Betrag, der im laufenden Jahr vom Südtiroler Landtag für die Bedienstete Frau Marta Treibenreif,

die zur Landesverwaltung abgeordnet war, bestritten worden ist. Im Sinne der geltenden Bestimmungen übernimmt nämlich im Falle der Abordnung eines/r Bediensteten zu einer anderen Körperschaft die Herkunftskörperschaft zunächst einmal alle mit der Abordnungsposition zusammenhängenden Ausgaben für Gehalt, Zulagen, Außendienstvergütung, Überstunden usw., einschließlich der auf diese Vergütungen zu Lasten der Verwaltung gehenden Sozialabgaben. Diese vorgestreckten Beträge werden hierauf von der anderen Verwaltung rückerstattet.

Bei den anderen Einnahmekapiteln gibt es gegenüber dem laufenden Haushaltsvoranschlag keine wesentlichen Änderungen. Einige dieser Kapitel (Kapitel 4, 6, 7 und 8) stellen in einem gewissen, wenn auch nicht formellen Sinn Durchlaufposten dar, da zum einen (Kap. 4 und 8) die vom Landtag den Bediensteten einbehaltenen und deshalb zuerst als Einnahme verbuchten Fürsorge- und Krankenversicherungsabgaben in der Folge den zuständigen Anstalten überwiesen werden, und zum anderen (Kapitel 6 und 7) es sich entweder um Beträge handelt, die der Landtag zwar effektiv einnimmt, aber nur, weil er vorher im Sinne der geltenden Bestimmungen Bediensteten bei ihrem Dienstaustritt auch den zu Lasten des INPDAP gehenden Anteil der Abfertigung ausbezahlt hat (dieser Anteil wird in der Folge vom INPDAP zurückerstattet), oder es sich um Beträge handelt, die der Landtag Bediensteten als Vorschuß auf die Abfertigung ausbezahlt hat und die bei Dienstaustritt des Bediensteten im Zuge der Liquidierung der Abfertigung vom errechneten Gesamtbetrag abgezogen und buchhalterisch als Einnahme verbucht werden.

Die Kapitel 10, 11 und 12 stellen die Sonderbuchhaltung dar. Sie sind reine Durchlaufposten und entsprechen auf der Ausgabenseite den Kapiteln 45, 46 und 47.

#### AUSGABEN

Kapitel 1: "Dem/der Präsidenten/in, dem/der Vizepräsidenten/in und den Präsidialsekretären/innen zustehende Aufwandsentschädigung"

Das Ausmaß der den Präsidiumsmitgliedern zustehenden Aufwandsentschädigung ist mit Verordnung geregelt. Der für das Finanzjahr 1999 veranschlagte Betrag von 270.000.000 Lire ergibt sich aus der Anwendung der in der Verordnung festgelegten Prozentsätze (50 % für den/die Präsidenten/in, 25 % für den/die Vizepräsidenten/in und 12,5 % für jeden der Präsidialsekretäre) auf die derzeit den Regionalratsabgeordneten zustehenden festen Monatsbruttobezüge (19.340.216 Lire).

Kapitel 2: "Dem/der Landtagspräsidenten/in zustehende Pauschalentschädigung für Dienstreisen in der Region"

Obwohl ich, so wie auch meine Vorgängerin im Präsidentenamt, seit meinem Amtsantritt auf die Ausbezahlung dieser Pauschalentschädigung (474.000 Lire im Monat) verzichtet habe, erachte ich es von der Vorgangsweise her als notwendig und gegenüber dem/der neu zu wählenden Präsidenten/in des Landtages als korrekt, die von den einschlägigen Bestimmungen vorge-sehene Vergütung auch im Haushaltsvoranschlag des nächsten Jahres wieder vor-

zusehen, damit die Abdeckung dieser allfälligen Ausgabe gegeben ist.

Kapitel 3: "Sonderausgaben des/der Landtagspräsidenten/in" und Kapitel 9: "Fonds zur Verfügung des Landtagspräsidiums für ausserordentliche Unterstützungsbeiträge und Sonderausgaben für Repräsentationszwecke"

Der Ansatz dieser beiden Kapitel bleibt gegenüber dem laufenden Jahr unverändert. Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß der Ansatz dieser beiden Kapitel seit dem Haushaltsjahr 1992 gleich geblieben ist.

Kapitel 4: "Entschädigung und Rückvergütung der Reisespesen für Dienstreisen des/der Landtagspräsidenten/in und der Landtagsabgeordneten"

Der Ansatz dieses Kapitel entspricht dem originären Kapitelansatz des laufenden Jahres, jedoch nicht dem berichtigten, da die Ansätze dieses Kapitels im Rahmen des Nachtragshaushaltes 1998 aufgrund des einzubezahlenden Solidarbeitrages gesenkt werden mußten.

Kapitel 5: "Sitzungsgelder für Teilnahme an den Landtagssitzungen und an den Sitzungen der Gesetzgebungskommissionen und anderer Kommissionen"

Der Ansatz dieses Kapitels bleibt gegenüber dem laufenden Jahr unverändert und wurde unter Zugrundelegung der Erfahrungswerte der vergangenen zwei Haushaltsjahre bestätigt, zumal es keine Änderungen normativer Natur gibt.

Kapitel 6: "Ausgaben und Beiträge für Tagungen und andere Initiativen des Südtiroler Landtages im Rahmen von öffentlichen Kontakten im In- und Ausland"

Der Ansatz dieses Kapitels wird um 100.000.000 Lire verringert. Es handelt sich hierbei um eines jener Kapitel, die lediglich mit einem Minimalansatz dotiert werden, um, wie bereits angesprochen, dem neu zu wählenden Präsidium mittels Beanspruchung der Mittel des dementsprechend höheren Reserverfonds (Kapitel 44) eine persönliche Schwerpunktsetzung der eigenen Tätigkeit zu ermöglichen.

Kapitel 8: "Beiträge an die Landtagsfraktionen"

Der ausgewiesene Betrag von 1.650.000.000 Lire entspricht jenem des laufenden Jahres und ist geringfügig höher als die Summe der Beträge (1.631.750.000 Lire), die, auf Jahresbasis, den derzeit bestehenden Landtagsfraktionen im Sinne der geltenden Verordnung ausbezahlt werden. Der Ansatz dieses Kapitels wird wahrscheinlich, bedingt durch die Regionalratswahlen im November 1998, in einem zweiten Moment im Rahmen einer Haushaltsänderung der neuen Zusammensetzung der Landtagsfraktionen angepaßt werden müssen.

Kapitel 10: "Ausgaben zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Südtiroler Landtages"

Der Ansatz dieses Kapitels wird in der Kompetenz um 110.000.000 Lire verringert und beträgt somit 40.000.000 Lire. Es handelt sich hierbei, wie im Falle von Kapitel 6, um einen Minimalansatz, zwecks Gewährleistung der bereits erwähnten Ermessensfreiheit

des neu zu wählenden Präsidiums in der Schwerpunktsetzung der eigenen Tätigkeit.

Kapitel 11: "Aufwandsentschädigung und Vergütung der Reisespesen für die vom Landtag bestellten Mitglieder der 6er und 12er Kommission (Art. 10 - Bestimmungen über Aufwandsentschädigungen, ...)"

Der ausgewiesene Betrag von 60.000.000 liegt geringfügig unter dem berichtigten Kapitelansatz des laufenden Jahres. Der Ansatz dieses Kapitels wird wahrscheinlich, bedingt durch die Regionalratswahlen im November 1998, in einem zweiten Moment im Rahmen einer Haushaltsänderung berichtigt werden müssen, da nicht absehbar ist, ob die neu bestellten Mitglieder der 6er und 12er Kommission Anrecht auf diese Vergütung haben werden.

Kapitel 14: "Spesen für die Durchführung des Legislativdekretes vom 19.9.94, Nr. 626 betreffend die Sicherheit und die Gesundheit am Arbeitsplatz"

Der Ansatz dieses Kapitels wird in der Kompetenz um 15.000.000 Lire erhöht und beträgt somit 30.000.000 Lire. Die Erhöhung dieses Kapitels ist auf die vorgesehene Ausarbeitung des Notfallplanes für das Gebäude des Südtiroler Landtages zurückzuführen.

Kapitel 15: "Amtsentschädigungen, Außendienstvergütung und Vergütung der Reisekosten zugunsten des Volksanwaltes/der Volksanwältin sowie Spesen für Haftpflichtversicherungspolizze"

Obwohl dem Landesvolksanwalt/der Landesvolksanwältin aufgrund von Art. 10 des L.G. 10. Juli 1996, Nr. 14 die Amtsentschädigung zusteht, wie sie für Regionalratsabgeordnete vorgesehen ist, und dem amtierenden Volksanwalt damit selbstverständlich auch die mit Dekret des Regionalratspräsidenten Nr. 550 vom 13. Jänner 1998 verfügte Erhöhung der Amtsentschädigung zusteht, ist es nicht notwendig, aufgrund dieser Erhöhung auch den Ansatz dieses Kapitels zu erhöhen. Mit den auf dem Kapitel bereitgestellten Mitteln werden nämlich neben der Ausgabe für die Amtsentschädigung, auch die Ausgaben für die Außendienstvergütung und die Rückvergütung der Reisespesen bestritten. Nachdem sich diese auch im nächsten Jahr aufgrund der Erfahrungswerte der vergangenen Jahre innerhalb eines gewissen Rahmen bewegen dürften, kann gemäß entsprechenden Berechnungen der Erhöhung der Amtsentschädigung ohne Erhöhung des Kapitelansatzes begegnet werden.

Kapitel 16: "Dem/der Präsidenten/in des Landesbeirates für Rundfunkwesen zustehende Vergütung sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste"

Der Ansatz des Kapitels 16 entspricht mit 31.000.000 Lire dem berichtigten Kapitelansatz des laufenden Jahres. Die Rechtsgrundlage für dieses Ausgabenkapitel bildet der Artikel 2 Absatz 10 des L.G. Nr. 5/1996, welcher vorsieht, daß dem Vorsitzenden des Beirates für Rundfunkwesen eine monatliche Vergütung zusteht, die jener der selbstverwalteten von der Landesverwaltung abhängigen Betriebe, Anstalten und Einrichtungen entspricht. Laut Beschluß der Landesregierung Nr. 49 vom 16.1.1996 beträgt die entsprechende Vergütung 1.500.000 Lire brutto im Monat. Zusätzlich ste-

hen dem Vorsitzenden die allfällige Außendienstvergütung und die Rückvergütung der Reisekosten in dem Ausmaß zu, wie sie für die Landesbediensteten vorgesehen sind.

Kapitel 17: "Entschädigungen an externe Mitglieder und Fachleute der beim Landtag eingesetzten Kommissionen, Beiräte und Komitees"

Auf diesem Kapitel werden 40.000.000 Lire bereitgestellt. Diese Mittel dienen zur Vergütung für die Teilnahme an den Sitzungen des Landesbeirates für Rundfunkwesen sowie für die Bezahlung von Außendienstvergütungen und für die Rückvergütung der Reisespesen. Zudem werden auch die Vergütungen (Sitzungsgelder) an Mitglieder von Wettbewerbskommissionen mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln bestritten.

Der Ansatz dieses Kapitel entspricht dem originären Kapitelansatz des laufenden Jahres, jedoch nicht dem berichtigten, da die Dotierung dieses Kapitels im Rahmen des Nachtragshaushaltes 1998 aufgrund des einzubezahlenden Solidarbeitrages gesenkt werden mußte.

Kapitel: 20, 23, 24, 25, 26, 28 und 29:

Alle diese Ausgabenkapitel haben mit dem Landtagspersonal zu tun. Die einzelnen Kapitel betreffen den Ankauf von Dienstanzügen und Arbeitsbekleidung für bestimmte Personalkategorien, die Außendienstvergütungen und die Rückerstattung der Reisespesen, die Renten zu Lasten des Landtages, die Abfertigungen und allfällige Vorschüsse auf diese, die Fortbildung des Personals u.ä. Wie Sie dem beigelegten Haushaltsentwurf entnehmen können, entsprechen die für das Finanzjahr 1999 auf den einzelnen Kapiteln vorgesehenen Beträge größtenteils den für das laufende Finanzjahr vorgesehenen.

Kapitel 21: "Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages"

Dieser Kapitelansatz wird um 200.000.000 Lire auf 3.100.000.000 erhöht, weil zum einen im nächsten Jahr die vom Landtag beschlossene Erweiterung des Stellenplanes um 2 Stellen für die Bedürfnisse der Volksanwaltschaft effektiv zum tragen kommen wird und zum anderen die Einstellung von Ersatzkräften für aus Schwangerschaftsgründen vom Dienst abwesende Bedienstete sowie die Besetzung der Direktion des Amtes für Verwaltungsangelegenheiten ab 10. August 1998 zu Mehrausgaben führen werden. Zusätzlich werden auch die finanziellen Mittel für eine eventuelle Erhöhung der Gehaltsbezüge vorgesehen, die aufgrund des abzuschließenden verwaltungszweigübergreifenden Tarifabkommens für das Personal der Autonomen Provinz Bozen für den Dreijahreszeitraum 1997-1999 zur Auszahlung gelangen könnten.

Kapitel 22: "Fürsorge- und Versicherungsabgaben für das Personal des Landtages"

Der ausgewiesene Betrag von 1.460.000.000 liegt um 105.000.000 Lire unter dem berichtigten Kapitelansatz des laufenden Jahres. Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, daß dieses Kapitel im Rahmen der Berichtigung des Haushaltsvoranschlages für das Finanzjahr 1998 um 215.000.000 Lire angehoben werden mußte, um

die Nachzahlung und die laufende Zahlung des Solidarbeitrages zu ermöglichen. Da im Laufe des Jahres 1999 keine Nachzahlungen des Solidarbeitrages mehr anfallen und nur mehr die diesbezüglichen laufenden Zahlungen vorgenommen werden müssen, kann auch die finanzielle Verfügbarkeit dieses Kapitels reduziert werden.  
Kapitel 27: "Vorstreckung der INPDAP (ex INADEL) - Abfertigung an die Bediensteten bei deren Dienstaustritt (Art. 11 L.G. Nr. 12/88)"

Der Ansatz dieses Kapitels entspricht dem originären Kapitelansatz des laufenden Jahres, jedoch nicht dem berichtigten, da die Ansätze dieses Kapitels im Rahmen des Nachtragshaushaltes 1998 aufgrund des einzubezahlenden Solidarbeitrages gesenkt werden mußten.

Kapitel 30: "Büroeinrichtung"

Der Ansatz dieses Kapitels wird in der Kompetenz um 60.000.000 Lire verringert und beträgt somit 30.000.000 Lire. Im Laufe des Jahres 1999 dürften aller Voraussicht nach auf diesem Kapitel keine allzu großen Ausgaben getätigt werden, da nunmehr sowohl die Volksanwaltschaft als auch der Großteil der Büroräume des Landtagsgebäudes mit einer neuen Einrichtung ausgestattet worden sind.

Kapitel 31: "Ankauf und Wartung (Reparatur und Kundendienst) von Büromaschinen (Computer, Drucker, Schreibmaschinen usw.), audiovisuellen Mitteln, Druck- und Fotokopiergeräten, der Telefonzentrale und des entsprechenden Zubehörs"

Der Ansatz dieses Kapitels wird gegenüber jenem des laufenden Jahres in der Kompetenz von 450.000.000 auf 300.000.000 Lire vermindert. Nachdem ein großer Teil der Vorhaben (Neuverlegung des EDV-Netzes in den mittlerweile umgebauten Stockwerken, Anschaffung neuer PCs, Ankauf der Telefonzentrale samt Zubehör und der Fotokopiermaschinen) im Laufe dieses Jahres umgesetzt werden konnten, scheint für die Realisierung der noch ausstehenden Vorhaben sowie für die Bestreitung anderer Ausgaben, die vor allem im Zusammenhang mit der Wartung und Reparatur aller Büromaschinen, Fotokopiergeräte und Maschinen der landtagsinternen Druckerei sowie mit dem Ankauf des entsprechenden Verbrauchsmaterials (Toner, Matritzen usw.) anfallen, das Kapitel mit einem Ansatz von 300.000.000 Lire ausreichend ausgestattet zu sein.

Kapitel 32: "Ausgaben für die Arbeitsabwicklung der Ämter: Büromaterial, Post, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und andere Informationsquellen, Inserate, Transport und Verstellung von Einrichtungsgegenständen, Verbrauchsmaterial für verschiedene Maschinen und Geräte und kleinere Ausgaben"

Der Ansatz des Kapitels 32 beträgt 180.000.000 Lire gegenüber einem berichtigten Kapitelansatz von 210.000.000 Lire und einem originären Kapitelansatz von 280.000.000 Lire im laufenden Jahr. Dieser etwas geringere Ansatz beruht auf Erfahrungswerten des laufenden Jahres. Die Ausgaben für Kapitel 32 und 35 wurden bis zum Jahr 1998 demselben Kapitel angelastet. Das Kapitel 35 ist erst im Rahmen des Haushaltsvoranschlags 1998 neu errichtet

worden, weshalb die Zuweisung der Mittel für das Finanzjahr 1998 auf einer reinen Schätzung beruhte.

**Kapitel 34: "Miete der Räumlichkeiten und Nebenausgaben"**

Mit den auf Kapitel 34 bereitgestellten Mitteln werden die Ausgaben bestritten, die dem Landtag für die Miete, inklusive Nebenkosten (Heizung, Kondominiumsspesen usw.), von Räumlichkeiten außerhalb des Landtags-sitzes erwachsen. Derzeit sind in angemieteten Räumlichkeiten drei Landtagsfraktionen sowie die Volksanwaltschaft der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol untergebracht. Der Ansatz des Kapitels wurde gegenüber 1998, aufgrund der Erfahrungswerte des laufenden Jahres, von 160.000.000 Lire auf 140.000.000 Lire vermindert.

**Kapitel 35: "Stromverbrauch, Reinigung, Wasserverbrauch, Telefongebühren und andere artverwandte Ausgaben bezüglich der Gebäude oder Räumlichkeiten, die vom Landtag verwendet werden"**

Für das Kapitel 35 ist ein Ansatz von 480.000.000 Lire vorgesehen. Die finanzielle Verfügbarkeit dieses Kapitels wird somit gegenüber dem berechtigten Kapitelansatz des laufenden Jahres um 50.000.000 Lire angeho-ben. Die Notwendigkeit der Kapitelserhöhung ergibt sich aus dem Umstand, daß die Reinigung des Landtagsgebäudes seit 1. August 1998 nicht mehr durch Personal der Landesverwaltung vorgenommen wird und der Südtiroler Landtag eine externe Firma mit dieser Aufgabe betrauen muß.

**Kapitel 36: "Instandhaltung der Liegenschaften und entsprechenden Anlagen in Benutzung des Landtages"**

Der Ansatz dieses Kapitels beträgt 80.000.000 Lire und liegt somit um 70.000.000 unter dem originären Kapitelansatz des laufenden Jahres, jedoch um 10.000.000 Lire über dem berechtigten, da die Ansätze dieses Kapitels im Rahmen des Nachtragshaushaltes 1998 aufgrund des einzubezahlenden Solidarbeitrages um 80.000.000 Lire gesenkt werden mußten. Im Laufe des Jahres 1999 dürften aller Voraussicht nach auf diesem Kapitel keine allzu großen Ausgaben getätigt werden, da das Landtagsgebäude in den Jahren 1997 und 1998 außerordentlichen und ordentlichen Instandhaltungsmaßnahmen unterzogen wurde. Dieses Kapitel scheint somit mit einem Ansatz von 80.000.000 Lire ausreichend ausgestattet zu sein.

**Kapitel 44: "Reservefonds für neue und höhere Ausgaben".**

Der Ansatz dieses Kapitels beträgt 813.712.000 Lire und ist deutlich höher als im laufenden Haushaltsjahr. Diese Mittel dienen zur Abdeckung der Ausgaben, die mit dem allfälligen Tätigkeitsprogramm des neu zu wählenden Landesbeirates für Rundfunkwesen für das Jahr 1999 zusammenhängen und zur Aufstockung jener Ausgabenkapitel, die Minimalansätze aufweisen, da, wie bereits angesprochen, das neu zu wählende Präsidium die Möglichkeit haben soll, eigene Tätigkeitsschwerpunkte zu setzen. Zudem ist daran gedacht worden, die Mittel für die eventuelle Inanspruchnahme des APA Nachrichtendienstes im Rahmen von APA-Online und jene für den Austausch eines der beiden Dienstautos bereitzustellen. Das Präsidium erachtete es für notwendig, den Reserve-

fonds so auszustatten, daß nicht nur diesen Ausgaben, sondern auch den höheren Ausgaben auf Kapiteln, die sich als unzureichend ausgestattet erweisen sollten, durch die Enthebung entsprechender Mittel aus dem Reservefonds im Zuge einer Haushaltsberichtigung begegnet werden kann. Zwar baut der Ansatz der meisten Ausgabenkapitel auf den Erfahrungswerten vorausgehender Haushalte auf, doch können im Verlauf eines Jahres jederzeit unvorhersehbare Situationen und Notwendigkeiten auftreten. Die Rückstellung entsprechender Beträge ist deshalb eine gebotene Vorsichtsmaßnahme.

Die Kapitel 45, 46 und 47 stellen die Ausgabenkapitel der Sonderbuchhaltung dar. Ihnen entsprechen auf der Einnahmenseite die Kapitel 10, 11 und 12.

Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, den beigelegten Entwurf des Haushaltsvoranschlags des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 1999 zu genehmigen.

Leggo la delibera:

- Visto il progetto del bilancio per l'esercizio finanziario 1999 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano;
- vista la delibera n. 23 dell'Ufficio di Presidenza del 9 settembre 1998, che approva detto progetto di bilancio;
- visti gli articoli 18 e 30 del Regolamento interno del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ed il Regolamento interno di amministrazione e contabilità del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano;

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO  
d e l i b e r a

nella seduta del 08.10.98

1. Sono autorizzati l'accertamento, la riscossione e il versamento nella cassa del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario 1999, giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.
2. E' approvato in lire 10.914.000.000 in termini di competenza ed in lire 11.064.000.000 in termini di cassa il totale generale della spesa del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1999.
3. E' autorizzato l'impegno e il pagamento delle spese per l'esercizio finanziario 1999, in conformità all'annesso stato di previsione della spesa.
4. E' approvato, in termini di competenza e di cassa, il quadro generale riassuntivo del bilancio del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 1999 con le tabelle allegate.

-----

- Nach Einsichtnahme in den Entwurf des Haushaltsvoranschlags 1999 des Südtiroler Landtages;

- nach Einsichtnahme in den Beschluß Nr. 23 vom 9. September 1998 des Präsidiums, mit dem obgenannter Haushaltsentwurf genehmigt wurde;
- nach Einsichtnahme in die Artikel 18 und 30 der Geschäftsordnung sowie in die Bestimmungen der Verwaltungs- und Buchungsordnung des Südtiroler Landtages;

b e s c h l i e ß t

#### DER SÜDTIROLER LANDTAG

in seiner Sitzung vom 08.10.98

1. Die Feststellung, Einhebung und Einzahlung in die Kasse des Südtiroler Landtages der für das Finanzjahr 1999 im beiliegenden Einnahmenvoranschlag vorgesehenen Beträge und Erträge wird ermächtigt.
2. Das allgemeine Ausgabengesamtvolumen für das Finanzjahr 1999 betreffend die Kompetenzgebarung in Höhe von 10.914.000.000 Lire und die Kassengebarung in Höhe von 11.064.000.000 Lire wird genehmigt.
3. Die Bereitstellung und die Bezahlung der Ausgaben für das Finanzjahr 1999 werden entsprechend dem beiliegenden Ausgabenvoranschlag ermächtigt.
4. Die allgemeine zusammenfassende Übersicht über den Haushalt des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 1999 wird, was die Kompetenz und die Kasse betrifft, mit den beiliegenden Tabellen genehmigt.

E' aperta la discussione generale. Chi vuole intervenire? Nessuno. Metto in votazione la proposta di deliberazione: approvata con 7 astensioni e i rimanenti voti favorevoli.

Punto 2) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 131/97: "Ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata"* (continuazione).

Punkt 2 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 131/97: "Wohnbauförderungsgesetz"* (Fortsetzung).

Ieri sera avevamo chiuso la seduta dicendo che stamattina avremmo continuato con la trattazione dell'articolo 35. Se la consigliera Zendron vuole continuare il suo discorso, ne ha facoltà.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Riprendendo brevemente quello che avevo iniziato a dire ieri sera. E' vero che quando c'è la parola "sociale" tutti i nobili cuori di questo Consiglio, soprattutto in periodo elettorale, alzano la mano e dicono di essere tutti per il sociale, anche se in realtà hanno delle differenziazioni ben precise. Ma voglio ricordare che questo articolo ha ben poco a che fare con il sociale, in quanto è esattamente quello che è stato detto dall'assessore Cigol-

Cigolla, cioè che questo articolo dà una discrezionalità di intervento agli uffici in alcuni casi particolari. In realtà succede che questi casi cosiddetti sociali e di emergenza arrivano all'interno del CER e vengono valutati non dall'ufficio ma sulla base dei criteri politici, visto che la composizione attuale del Cer e anche in futuro è fatta di politici e non di tecnici.

Per quello che riguarda la mia limitata esperienza ho visto considerare casi di emergenza sociale alcuni casi che a mio parere non lo erano, e altri invece sì. Ad esempio una questione che diventa sempre più rilevante è il fatto che ci sono delle persone che prima di comperare la casa, e qui si tratta di aiutarli in parte, fanno dei calcoli, mentre altre persone si buttano a capofitto perché tanto sanno che poi esiste questa rete di sostegno dei casi di emergenza. Anche nel comportamento pratico del CER credo ci sia stata le volte che sono stata presente io, e peggio ancora quando non c'ero, una discrezionalità, come l'ha chiamata l'assessore, sicuramente ingiusta. Non è giusto che sia una valutazione politica che fa sì che una situazione sociale venga sanata o meno.

Qualche dubbio complessivamente su tutta questa parte ce l'ho. Credo che questa sia stata la ragione per cui il consigliere Benedikter, che purtroppo oggi non c'è, ha presentato un emendamento soppressivo. Io mi sono astenuta, però credo che l'aula debba anche valutare e tenere conto del fatto che in realtà qui si vende una discrezionalità di intervento che non c'è normalmente. Rimango poi sempre estremamente critica nella formulazione linguistica di questo articolo, laddove dice "per esigenze perequative". So bene che "perequative" vuol dire che fa giustizia dove non c'è, assessore, ma se queste tre parole saltano non cambia niente nel significato di questo articolo. Diventa solo un po' più semplice.

Volevo spiegare per quali ragioni mi sono astenuta. Considero che non sia un fatto sociale quello di dare tanto rilievo a questo capitolo e penso che bisognerebbe lavorare perché i casi sociali di emergenza vengano ridotti al minimo, mentre invece negli ultimi anni, anche nella statistica del Cer, questi casi sono in forte aumento, proprio perché vi si incanalano casi che sono di per sé dettati dalle motivazioni che abbiamo sentito ieri, morte o particolari eventi drammatici che non sono poi così frequenti come invece i casi che si accumulano in questo capitolo di attività del comitato.

**PRESIDENTE:** Qualcun altro vuole intervenire? Nessuno. Metto in votazione l'articolo 35: approvato con 16 voti favorevoli e 9 astensioni.

#### Art. 36

##### *Tipologia ed entità del sussidio di emergenza*

1. Il sussidio d'emergenza consiste nella concessione di un contributo a fondo perduto o di al massimo tre contributi annuali costanti; può essere concesso se con questo sussidio sia presumibile che sia assicurata stabilmente la proprietà dell'alloggio per la famiglia.
2. L'entità del sussidio di emergenza non può superare complessivamente il 10 per cento del valore convenzionale dell'alloggio, calcolato ai sensi dell'articolo 7.

3. A carico delle abitazioni oggetto dell'agevolazione di cui al comma 1 viene annotato il vincolo sociale ventennale di edilizia abitativa agevolata di cui all'articolo 60, comma 1.
4. Qualora per la costruzione, l'acquisto o il recupero dell'abitazione sia stato concesso un mutuo dal fondo di rotazione per l'edilizia abitativa agevolata di cui all'articolo 50, al posto della concessione di un contributo può essere dilazionato il pagamento di al massimo 3 rate di mutuo. Le rate di mutuo dilazionate devono essere restituite il 16°, 17° e 18° anno e in caso di mutuo ventennale il 21°, 22° e 23° anno. Per le rate di mutuo dilazionate non sono dovuti interessi.

-----

#### *Art und Ausmaß der Notstandshilfe*

1. Die Notstandshilfe besteht in der Gewährung eines einmaligen Beitrages oder von höchstens drei gleichbleibenden Jahresbeiträgen; sie kann dann gewährt werden, wenn zu erwarten ist, daß durch diese Hilfe das Wohnungseigentum für die Familie dauerhaft gesichert ist.
2. Das Ausmaß der Notstandshilfe darf insgesamt 10 Prozent des Konventionalwertes der Wohnung, der gemäß Artikel 7 berechnet wird, nicht übersteigen.
3. Zu Lasten der Wohnungen, die Gegenstand der Förderung gemäß Absatz 1 sind, wird die in Artikel 60 Absatz 1 vorgesehene zwanzigjährige Sozialbindung für den geförderten Wohnbau im Grundbuch angemerkt.
4. Wurde für den Bau, den Kauf oder die Wiedergewinnung der Wohnung ein Darlehen aus dem Rotationsfonds für den geförderten Wohnbau laut Artikel 50 gewährt, kann an Stelle der Gewährung eines Beitrages, die Bezahlung von höchstens 3 Darlehensraten gestundet werden. Die gestundeten Darlehensraten sind im Falle eines fünfzehnjährigen Darlehens im 16., 17. und 18. Jahr und im Falle eines 20-jährigen Darlehens im 21., 22. und 23. Jahr zurückzuzahlen. Für die gestundeten Darlehensraten sind keine Zinsen geschuldet.

Ricordo che l'emendamento del consigliere Benedikter non si tratta più perché non è stato approvato quello relativo all'articolo 35, quindi decade.

E' stato presentato un emendamento al comma 3 da parte del Presidente Durnwalder e il consigliere Berger, che dice: "Il comma 3 è così sostituito: "3. Qualora a carico dell'abitazione, oggetto dell'agevolazione di cui al comma 1, non fosse già annotato il vincolo sociale di edilizia abitativa agevolata di cui al comma 1 dell'articolo 60, deve essere effettuata l'annotazione di tale vincolo".

Absatz 3 ist durch folgenden ersetzt:

"3. Ist zu Lasten der Wohnung, die Gegenstand der Förderung laut Absatz 1 ist, die von Artikel 60 Absatz 1 vorgesehene zwanzigjährige Sozialbindung noch nicht angemerkt, ist diese Anmerkung vorzunehmen".

La parola al consigliere Berger, ne ha facoltà.

**BERGER (SVP):** Dieser Änderungsantrag zum Absatz 3 ist deswegen vorgelegt worden, weil im Absatz 3 drinnen steht: *“Zu Lasten von Wohnungen, die Gegenstand der Förderung gemäß Absatz 1 sind, wird die in Artikel 60 Absatz 1 vorgesehene zwanzigjährige Sozialbindung für den geförderten Wohnbau im Grundbuch angemerkt”*. Es gibt aber Wohnungen, die diese Anmerkung bereits aufgrund des Umstandes haben, daß sie schon eine Wohnbauförderung genießen und dort kann ich nicht verlangen, daß noch ein zweites Mal die Sozialbindung im Grundbuch angemerkt wird. Das ist ein Fall. Deswegen gilt der Änderungsantrag für Wohnungen, die die Sozialbindung noch nicht eingetragen haben, d.h. die noch keine Wohnbauförderung genossen haben oder die nicht im geförderten Grund gebaut worden sind und deswegen keine Sozialbindung haben. Das Land soll doch die Gewähr haben, daß durch die Beitragsgewährung die Sozialbindung angemerkt wird, um nicht Geldmittel auszugeben, ohne damit die Sozialbindung zu gewährleisten, d.h. daß der Förderungsempfänger dieses Geld einstreicht ohne irgendwelche Bindungen damit einzugehen. Es wäre aber sicherlich interessant, hier noch einen Satz hinzuzufügen und zwar in dem Sinne, daß man nicht grundsätzlich sagt, daß die Sozialbindung angemerkt werden muß, denn es handelt sich irgendwo auch um die Höhe des Beitrages. Ich kann nicht verlangen, daß, wenn ich jemandem aus dem sozialen Härtefond z.B. 5 Millionen Lire zur Verfügung stelle, dieser dann für die Anmerkung der Sozialbindung im Grundbuch 1,5 Millionen Lire ca. wieder ausgibt und damit die Hilfestellung wieder reduziert ist. Deswegen würde ich hier noch den zusätzlichen Satz in diesen Änderungsantrag einfügen *“sofern die Beitragshöhe die 5 Prozent des Konventionalwertes der Wohnung überschreitet”*. Dann hätten wir effektiv einen Passus, wo man sagen kann, diese Höhe des Beitrages rechtfertigt auch die Eintragung der Bindung im Grundbuch. Ich würde diesen Zusatzänderungsantrag dann noch vorlegen.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Non condivido questo allargamento che adesso ci viene annunciato dal consigliere Berger. La questione dei vincoli è una delle faccende che io condivido meno in questa legge. Qui si è deciso, e su questo sono d'accordo, di stabilire dei vincoli piuttosto onerosi per chi riceve dei contributi pubblici. Questo è sacrosanto, perché non è giusto che si ricevano contributi pubblici per comperare la casa e che dopo pochissimo tempo la si possa rivendere a prezzi di mercato. La funzione dell'ente pubblico è quello di calmierare il mercato, in maniera che il problema venga risolto anche sul piano privato. C'è da notare che vi è una cosiddetta fascia di ceto medio che in realtà viene strozzato dai prezzi assolutamente assurdi del mercato.

Secondo me i vincoli dovrebbero essere differenti, invece qui si tende a parificarli tutti. Nel caso che se non si regalassero loro dei soldi, perderebbero la casa, a me sembra sia giusto che il vincolo sia lungo. La formulazione che c'è adesso nella legge è più giusta, che parta dal momento in cui riceve i soldi, perché altrimenti perderebbe la casa, quindi in qualche modo la riacquista.

L'altra questione è che noi troviamo in altri punti della legge che per la stessa durata dei vincoli e anche ulteriori rigidità sono inserite per altre questioni. Ad esempio uno si compra normalmente la casa in un posto e poi mai più può essere sovvenzionato per andare a vivere in un altro posto. Mi sembra una cosa che oggi come oggi, anche in mancanza di un mercato dell'affitto, rende la situazione difficilissima, perché non permette alle persone di spostarsi da una parte all'altra. Se uno si sta facendo la casa a Monguelfo e vuole andare a vivere a Barbiano, non ha più diritto a spostarsi.

Questa legge cambia poco, e quasi quasi quello che cambia lo cambia in peggio. Noi non possiamo fare finta di essere in una società ingessata in cui nessuno si muove. Un minimo di flessibilità almeno all'interno del territorio dovrebbe essere immaginato per il futuro, perché altrimenti anche le attività economiche hanno a soffrire di questo. In effetti osservazioni in questa direzione sono state fatte perfino dal sindacato che normalmente non ha molta disponibilità verso la flessibilità del lavoro e la parte sociale. Il sistema di vincoli che viene introdotto da questa legge è molto discutibile.

Per questo caso specifico trovo che la formulazione che c'è adesso nella legge sia in fondo la migliore. Potrebbe andare quella del nuovo emendamento, certamente non funziona quella del subemendamento che sta preparando il consigliere Berger, ma su quello parleremo quando l'avrà presentato.

**MAYR C. (SVP):** Wenn man sich diesen Abänderungsantrag anschaut, muß man eben von der Praxis ausgehen. Fünf Jahre Wohnbaukomitee im Südtiroler Landtag haben gezeigt, daß Härtefälle ganz spezieller Natur sind. Härtefälle bedeuten, daß entweder der Erwerbstätige oder der Ernährer der Familie stirbt, daß er eine schwere Krankheit hat und daß sozusagen nicht mehr im gleichen Ausmaße zum Unterhalt der Familie beigetragen werden kann, und daß deshalb dieser Fonds für soziale Härtefälle einspringen muß, um notwendige Raten, die noch offen sind, abzudecken. In der Regel werden ein bis zwei Jahresraten aus diesem Fonds übernommen. Wenn sich jetzt diese Notsituation z.B. nach dem zehnten, fünfzehnten Jahr der Wohnbauförderung abspielt bzw. schon 15 Jahre Bindung abgegolten sind, finde ich es nicht gerechtfertigt, daß wir nochmals eine zwanzigjährige Bindung haben, nur weil eine oder zwei Jahresraten dieser Familien aus dem sozialen Härtefond geschenkt werden. Damit würden wir die Wohnsituation noch mehr belasten und der Einzelfall müßte dann meiner Meinung nach auf diese Hilfe verzichten, denn die zwanzigjährige Bindung ist sehr viel schwerwiegender als der Beitrag für eine Jahresrate. Aus diesem Grund habe ich diesen Vorschlag gemacht, daß man eben streicht. Ich teile nicht die Meinung der Kollegin Zendron, welche sagt, daß wenn schon eine Bindung vorgesehen wird, diese für alle vorgesehen werden muß. Eine zwanzigjährige Bindung ist notwendig, wenn man eine Wohnbauförderung bekommt, aber wenn man eine oder auch zwei Jahresraten aus den Härtefonds bekommt, ist diese Bindung viel zu schwer belastend und viel zu schwerwiegend, als daß man das vorsehen sollte.

**BERGER (SVP):** Vielleicht um eine bessere Klärung für die Abgeordnete Zendron herbeizuführen. Es geht darum - die Abgeordnete Mayr hat es bereits erwähnt -, daß hier die Eintragung der Bindung für jene Wohnungen nicht vorgesehen wird, die die Sozialbindung bereits angemerkt haben. Es gibt aber soziale Härtefälle, die auf Wohnungen entstehen, die einer Familie gehören, die weder mit Förderung, noch auf gefördertem Grund gebaut hat und hier diese Wohnung in Eigentum hat und aufgrund irgend einer prekären Situation - Todesfälle, Krankheitsfälle usw. - um eine Unterstützung aus dem sozialen Härtefällefonds ansucht. Hier Geld zu gewähren, ohne daß eine Bindung oder Verpflichtung damit angemerkt werden kann, ist eigentlich nicht sehr verantwortungsvoll von seiten der öffentlichen Hand. Wenn hier bestimmte Summen zugunsten von solchen Leuten ausgeschüttet werden, dann sollen die auch dieser Familie oder für Wohnzwecke für Einheimische erhalten bleiben und deswegen sollte die Anmerkung stattfinden. Es ist aber nicht sinnvoll, und aufgrund dessen habe ich den Zusatzänderungsantrag eingebracht, daß, wenn nur geringe Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann diese zwanzigjährige Sozialbindung mit den dadurch auch entstehenden Kosten für die einseitige Verpflichtungserklärung mit einem notariellen Akt und der Eintragung ins Grundbuch, wegfällt. Die Eintragung für eine zwanzigjährige Sozialbindung ist auch nicht eine geringe Belastung. Hier sollte schon ein Verhältnis bestehen zwischen der Höhe der Summe, die zur Verfügung gestellt wird, und den damit auferlegten Pflichten und Belastungen. Deswegen der Zusatzantrag, daß man von dieser Eintragung absehen kann, sofern 5 Prozent des Konventionalwertes der Wohnung in der Förderung nicht erreicht werden.

**PRESIDENTE:** In questo momento viene presentato un emendamento. Sospendo la seduta qualche minuto per poterlo tradurre e distribuire.

ORE 12.10 UHR

-----

ORE 12.15 UHR

**PRESIDENTE:** La seduta riprende. Il subemendamento presentato dai consiglieri Berger e Messner è un'aggiunta al loro precedente emendamento al comma 3, al quale viene aggiunta la seguente frase: "...purché l'agevolazione superi il 5 % del valore convenzionale dell'abitazione".

Zum Absatz 3 hinzufügen: "sofern die Förderung 5% des Konventionalwertes der Wohnung übersteigt".

Qualcuno vuole intervenire? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: approvato con 7 astensioni e i restanti voti favorevoli.

E' stato presentato un emendamento da parte del Presidente Durnwalder e del consigliere Berger al comma 4, che dice: "Il comma 4 è soppresso.

Der Absatz 4 ist gestrichen."

Qualcuno vuole intervenire? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: approvato con 7 astensioni e i rimanenti voti favorevoli.

Qualcuno vuole intervenire sull'articolo 36? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato con 9 astensioni e i restanti voti favorevoli.

Art. 37

*Assunzione dell'abitazione da parte dell'IPES*

1. Qualora si supponga che il sussidio d'emergenza richiesto non sia idoneo ad assicurare stabilmente la proprietà dell'abitazione per la famiglia del richiedente, ovvero ciò sia accertato dopo la concessione del contributo, l'IPES può essere autorizzato a rilevare l'abitazione alle condizioni di cui all'articolo 27, detratti i contributi concessi ai sensi dell'articolo 36.
2. L'IPES assegna al precedente proprietario l'abitazione acquistata o un'altra adeguata al fabbisogno della sua famiglia. Il precedente proprietario diventa a tutti gli effetti assegnatario di un'abitazione dell'IPES.

-----

*Übernahme der Wohnung durch das Wohnbauinstitut*

1. Ist zu erwarten, daß die beantragte Notstandshilfe nicht geeignet ist das Wohnungseigentum für die Familie des Bewerbers dauerhaft zu sichern, oder wird dies nach der erfolgten Gewährung festgestellt, kann das Wohnbauinstitut ermächtigt werden, die Wohnung zu den in Artikel 27 genannten Bedingungen zu übernehmen, wobei die gemäß Artikel 36 gewährten Beiträge zum Abzug kommen.
2. Das Wohnbauinstitut weist dem früheren Eigentümer die gekaufte oder eine andere dem Bedarf seiner Familie angemessene Wohnung zu. Der frühere Eigentümer wird für alle Rechtswirkungen Mieter des Wohnbauinstitutes.

Chi vuole intervenire? Nessuno. Metto in votazione l'articolo 37: approvato con 5 astensioni e i rimanenti voti favorevoli.

CAPO 6

CONTRIBUTI PER COSTRUZIONE, ACQUISTO E RECUPERO  
DI ABITAZIONI PER FABBISOGNO ABITATIVO PRIMARIO

Art. 38

*Oggetto delle agevolazioni edilizie*

1. Possono essere oggetto di agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione e l'acquisto di abitazioni destinate al fabbisogno abitativo primario solo alloggi che abbiano le caratteristiche di abitazioni popolari.
2. Possono essere oggetto di agevolazioni edilizie provinciali per il recupero sia abitazioni aventi le caratteristiche di abitazioni popolari, sia abitazioni aventi le caratteristiche di abitazioni economiche. Possono essere oggetto dell'agevolazione per il recupero anche edifici con diversa destinazione, se vengono trasformati in abitazioni.
3. Non sono concesse agevolazioni edilizie provinciali per l'acquisto di abitazioni costruite, acquistate o recuperate con agevolazioni edilizie ai sensi del presente capo prima che sia cancellato il vincolo ventennale di cui all'articolo 60.

4. Per essere ammesse alle agevolazioni per il recupero le abitazioni devono avere un'età di almeno 25 anni. Lo stesso vale per gli edifici aventi una destinazione d'uso diversa da abitazione e che devono essere trasformate in abitazioni.
5. Alle agevolazioni per il recupero di abitazioni vengono ammessi gli interventi di recupero di cui all'articolo 59, comma 1, lettere b), c) e d) della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13, compresa la completa demolizione e ricostruzione. Se l'edificio da demolire insista su un'area soggetta a vincolo di inedificabilità per nuove costruzioni, può essere ammessa all'agevolazione per il recupero anche la ricostruzione dell'edificio in un'altra posizione.
6. Agli effetti delle agevolazioni edilizie disciplinate dal presente capo ampliamenti di cubatura fino al 20 per cento sono considerati come recupero.
7. Con regolamento di esecuzione vengono disciplinati gli standards minimi per gli interventi di recupero. Gli standards devono considerare anche l'osservanza delle norme per il contenimento del consumo energetico per gli impianti di riscaldamento, quelle sull'isolamento termico degli edifici ai sensi della legge 9 gennaio 1991, n. 10, e quelle delle leggi provinciali concernenti provvedimenti contro l'inquinamento acustico.
8. La liquidazione delle agevolazioni per il recupero avviene in seguito alla presentazione di apposita documentazione.

-----

#### ABSCHNITT 6

#### BEITRÄGE FÜR BAU, KAUF UND WIEDERGEGWINNUNG VON WOHNUNGEN FÜR DEN GRUNDWOHNBEDARF

##### *Gegenstand der Wohnbauförderung*

1. Gegenstand der Wohnbauförderung des Landes für den Bau und den Kauf von Wohnungen für den Grundwohnbedarf können nur Wohnungen sein, die die Merkmale von Volkswohnungen besitzen.
2. Gegenstand der Wohnbauförderung des Landes für die Wiedergewinnung können sowohl Wohnungen mit den Merkmalen von Volkswohnungen, als auch Wohnungen mit erhöhter Zimmerzahl sein. Gegenstand der Förderung für die Wiedergewinnung können auch Gebäude mit anderer Zweckbestimmung sein, wenn sie in Wohnungen umgewandelt werden.
3. Nicht Gegenstand der Wohnbauförderung des Landes kann der Kauf von Wohnungen sein, die mit Wohnbauförderungen im Sinne dieses Abschnittes gebaut, gekauft oder wiedergewonnen wurden, bevor die in Artikel 60 vorgesehene zwanzigjährige Bindung nicht gelöscht worden ist.
4. Um zur Förderung für die Wiedergewinnung zugelassen zu werden müssen die Wohnungen ein Alter von mindestens 25 Jahren haben. Das gleiche gilt für die Gebäude, die eine andere Zweckbestimmung als Wohnungen haben und in Wohnungen umgebaut werden sollen.
5. Gegenstand der Förderung für die Wiedergewinnung von Wohnungen sind die in Artikel 59 Absatz 1 Buchstaben b), c) und d)

des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13 vorgesehenen Wiedergewinnungsmaßnahmen einschließlich des völligen Abbruches und Wiederaufbaues. Wenn das abzubrechende Gebäude auf einer Fläche steht, die mit einem Bauverbot für Neubauten belegt ist, kann auch die Wiedergewinnung des Gebäudes an einer anderen Stelle des Gemeindegebietes zur Förderung für Wiedergewinnung zugelassen werden.

6. Für die Rechtswirkungen der von diesem Abschnitt geregelten Wohnbauförderungen gelten Kubaturerweiterungen bis zu 20 Prozent als Wiedergewinnung.
7. Mit Durchführungsverordnung werden die Mindeststandards für die Wiedergewinnungsmaßnahmen geregelt. Die Standards müssen auch die Einhaltung der Bestimmungen über die Einschränkung des Energieverbrauchs durch Heizanlagen, jener über die Wärmeisolierung von Gebäuden gemäß Gesetz vom 9. Jänner 1991, Nr. 10, und der Landesgesetze betreffend Maßnahmen gegen die Lärmbelästigung berücksichtigen.
8. Die Ausbezahlung der Beiträge für die Wiedergewinnung erfolgt nach Vorlage der entsprechenden Dokumentation.

E' stato presentato un emendamento da parte del Presidente Durnwalder e il consigliere Berger al comma 2, che dice: "Il periodo 2 è soppresso".  
"Satz 2 ist gestrichen."

La parola al consigliere Berger, ne ha facoltà.

**BERGER (SVP):** Zur Erläuterung ist klar und deutlich zu sagen, daß hier, wenn andere Bausubstanz, die nicht für Wohnzwecke geeignet ist, in Wohnungen umgewandelt und damit saniert wird, das nicht im Sinne der Wiedergewinnung gefördert werden kann, sondern im Sinne des Neubaus, denn ich kann nur bestehende Wohnungen wiedergewinnen und nicht solche Wohnungen, die von anderer Bausubstanz in Wohnsubstanz umgewidmet worden sind. Das ist ein Neubau von Wohnungen und nicht die Wiedergewinnung. Deswegen ist dieser Absatz 2 und der Absatz 5 hier in diesem Sinne nicht notwendig und nicht akzeptabel.

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

**Dr. SABINA KASSLATTER-MUR**

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENTIN:** Wer möchte zu diesem Antrag reden? Die Abgeordnete Zendron hat das Wort.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Credo che ci sia un equivoco. Quello che leggo qui è *"cambiamento della destinazione d'uso di un edificio che può essere stato utilizzato per usi artigianali, commerciali o di ufficio"*, un esempio molto frequente se pensiamo alla città di Bolzano in cui la Provincia si è mangiata per decenni tutte le residenze trasformandole in uffici. Adesso, se con la costruzione di queste enormi cubature destinate ad uffici si volesse tornare in-

dietro, dovrebbe cadere in questo comma. Non mi pare che qui si parli di una nuova costruzione. Non riesco quindi a capire l'obiezione del consigliere Berger. Se poi lo vuole togliere perché la Provincia preferisce sempre trasformare le residenze in uffici piuttosto che il contrario, questa è una scelta politica.

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** La soppressione di questo secondo periodo a mio avviso non è giustificabile. Qui c'è una crescente richiesta di appartamenti e la necessità di avere alloggi. Ne abbiamo avuto prova proprio ultimamente anche da parte dell'Ipeaa che non riesce a trovare alloggi sul mercato. Se c'è la possibilità di trasformare fabbricati già esistenti per usi diversi da abitazioni in abitazioni, o a ritrasformarli in abitazioni, perché abbiamo avuto il caso di abitazioni trasformati in uffici, dovrebbe essere mantenuta questa possibilità, perché aumenta la disponibilità di alloggi sul mercato. Questo farebbe diminuire anche la richiesta di costi di affitti o di acquisto di abitazioni sul mercato.

Chiedo all'assessore di spiegarci come mai è a favore della soppressione di questo secondo periodo che comporta una diminuzione degli alloggi sul mercato. Noi invece abbiamo bisogno di avere un aumento, sia per calmierare il costo degli affitti che delle locazioni. Questo farebbe scendere anche il costo degli affitti in nero.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** L'emendamento soppressivo secondo me non è rilevante, perché al comma 4 viene chiarito che per recupero si intendono le abitazioni che hanno almeno 25 anni. Poi prosegue: *“Lo stesso vale per edifici aventi una destinazione d'uso diversa da abitazione che devono essere trasformate in abitazioni”*. La differenza del comma 2, dal quale si chiede lo stralcio del secondo periodo, diversifica solamente la definizione delle abitazioni aventi da una parte le caratteristiche popolari e dall'altra abitazioni economiche. Per il resto mi pare che il comma 4 specifichi comunque il fatto che per godere di una agevolazione per il recupero l'edificio deve comunque essere trasformato in abitazione. Indifferentemente che questo emendamento venga accolto o meno, resta il vincolo del comma 4 che descrive comunque la destinazione d'uso finale di abitazione per gli edifici che godranno di agevolazioni per un recupero. E' del tutto pleonastico che si tolga o che resti questo periodo al comma 2.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** La possibilità di fare domanda anziché come ristrutturazione come recupero organico di un fabbricato resta sempre valida. Il nocciolo di questa dichiarazione è solo per quanto riguarda una nuova costruzione. La tipologia di possibilità di emissione o beneficio resta sempre in piedi.

**PRÄSIDENTIN:** Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab.

**KLOTZ (UFS):** Beschlußfähigkeit, bitte.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung. Ich ersuche einen der Präsidialsekretäre zu zählen: mit 9 Nein-Stimmen und 16 Ja-Stimmen genehmigt.

Es gibt einen nächsten Abänderungsantrag zum Absatz 5 der Abgeordneten Benedikter und Klotz, der wie folgt lautet:

“Absatz 5 streichen. Sopprimere il comma 5”.

Das Wort hat die Abgeordnete Klotz.

**KLOTZ (UFS):** Es geht hier um die vom Kollegen Benedikter mehrmals aufgeworfene Frage der Zulässigkeit von Wiedergewinnungen und um die Frage, ob es sich um regelrechte Wiedergewinnung handelt. Hier ist der Hinweis, wie die Förderung für die Wiedergewinnung von Wohnungen geregelt ist, der Bezug auf das entsprechende Landesgesetz, einschließlich des völligen Abbruches und Wiederaufbaues. Nun steht: *“Wenn das abzubrechende Gebäude auf einer Fläche steht, die mit einem Bauverbot für Neubauten belegt ist, kann auch die Wiedergewinnung des Gebäudes an einer anderen Stelle des Gemeindegebietes zur Förderung für die Wiedergewinnung zugelassen werden”*. Diese Zulassung einfach an einer anderen Stelle ohne Präzisierungen hatte Kollege Benedikter nicht nur in der Generaldebatte angeprangert, sondern er hatte entsprechende Anträge auch anlässlich der Debatte zu vorausgehenden Artikeln gestellt, und so ist dies eine Konsequenz dieser seiner Linie. Ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen um Zustimmung zu dieser Streichung.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Ich habe schon gestern dem Abgeordneten Benedikter geantwortet. Der Wiederaufbau eines Gebäudes ist Sache der Raumordnung und nicht des geförderten Wohnbaus. Wir geben einfach bekannt, daß diese Beiträge für den Wiederaufbau ausgegeben werden, aber wo, an welcher Stelle dieser Wiederaufbau stattfindet, das betrifft die Raumordnung.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Abänderungsantrag ab: mit 4 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wer möchte zu Artikel 38 sprechen? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 17 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen genehmigt.

#### Art. 39

##### *Volkswohnungen*

1. Eine Wohnung gilt als Volkswohnung, wenn sie nicht die Merkmale einer Luxuswohnung gemäß Ministerialdekret vom 2. August 1969 aufweist; weitere Voraussetzung ist, daß sie:

- a) mindestens einen und nicht mehr als fünf Wohnräume außer den Nebenräumen (Küche, Bad, Toilette, Abstellraum und Eingang) hat,
  - b) eine eigene abgeschlossene Wohnung bildet,
  - c) den anderen Bedingungen entspricht, die in den Verordnungen über Hygiene und Bauwesen vorgesehen sind,
  - d) eine bewohnbare Nutzfläche hat, die nicht geringer als 28 und nicht größer als 110 Quadratmeter ist.
2. Als Volkswohnungen gelten auch Wohnungen, die aufgrund einer vor Inkrafttreten des Landesgesetzes vom 25. November 1978, Nr. 52, (den 30. Dezember 1978) erteilten Baukonzession erbaut worden sind und deren bewohnbare Nutzfläche nicht größer als 130 Quadratmeter ist; es müssen aber die übrigen Merkmale einer Volkswohnung laut Absatz 1 gegeben sein.
3. Bei Familien mit mehr als fünf Mitgliedern kann die bewohnbare Nutzfläche für jede zusätzliche Person um 15 Quadratmeter erhöht werden, oder es kann, innerhalb dieser Grenze, ein Wohnraum dazu gebaut werden.
4. Handelt es sich um Wiedergewinnung von Wohnungen, kann aus technischen Gründen von den Vorschriften gemäß Absatz 1 Buchstaben b) und d) bzw. Artikel 40 Absatz 1 abgewichen werden.
5. Der Gesuchsteller kann zusätzlich zur Wohnung, die Gegenstand der Wohnbauförderung ist, eine weitere Wohnung errichten, die eine unabhängige Liegenschaftseinheit bildet. Für diese Wohnung müssen die Verpflichtungen des konventionierten Wohnbaus gemäß Artikel 79 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13 übernommen werden, und die bewohnbare Nutzfläche dieser Wohnung darf nicht größer sein als 50 Prozent der bewohnbaren Nutzfläche der geförderten Wohnung.
6. (Von der Kommission nicht genehmigt)
7. Weitere Merkmale der Volkswohnungen können mit Durchführungsverordnung festgesetzt werden.
8. Zur Förderung für die Wiedergewinnung von Wohnungen für den Grundwohnbedarf können auch Eigentümer von Wohnungen zugelassen werden, die in Gebäuden bestehen, in denen der Eigentümer seit mindestens fünf Jahren die Tätigkeit der privaten Vermietung von Gästezimmern und Ferienwohnungen laut Landesgesetz vom 11. Mai 1995, Nr. 12, die Tätigkeit des Urlaubes auf dem Bauernhof laut Landesgesetz vom 14. Dezember 1988, Nr. 57 oder die gastgewerbliche Tätigkeit laut Landesgesetz vom 14. Dezember 1988, Nr. 58, ausübt.

-----

#### *Abitazioni popolari*

1. Per essere considerata abitazione popolare un'abitazione non può avere le caratteristiche di abitazione di lusso di cui al decreto ministeriale 2 agosto 1969 e deve:
  - a) avere almeno uno e non più di cinque vani abitabili oltre i locali accessori (cucina, bagno, gabinetto, ripostiglio e ingresso);
  - b) costituire un'abitazione indipendente;

- c) soddisfare le condizioni richieste dai regolamenti di igiene ed edilizia;
- d) comprendere una superficie utile abitabile non inferiore a 28 e non superiore a 110 metri quadrati.
- 2. Sono considerate popolari anche le abitazioni costruite in base a concessione edilizia rilasciata prima dell'entrata in vigore della legge provinciale 25 novembre 1978, n. 52 (30 dicembre 1978), la cui superficie utile abitabile non sia superiore a 130 metri quadrati, purché sussistano le altre caratteristiche di abitazione popolare di cui al comma 1.
- 3. Per le famiglie composte da più di cinque componenti la superficie utile abitabile può essere aumentata di 15 metri quadrati, o, entro tale limite, può essere aggiunto un vano abitabile, per ogni componente successivo al quinto.
- 4. In caso di recupero di alloggi si può derogare per ragioni tecniche alle prescrizioni di cui al comma 1, lettere b) e d), e di cui all'articolo 40, comma 1.
- 5. Il richiedente può realizzare, oltre all'abitazione oggetto dell'agevolazione edilizia, un'ulteriore abitazione costituente un'autonoma unità immobiliare. Per questa abitazione devono essere assunti gli impegni di edilizia convenzionata di cui all'articolo 79 della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13 e la superficie utile abitabile di detta abitazione non può essere superiore al 50 per cento della superficie utile abitabile dell'abitazione agevolata.
- 6. (Non approvato dalla commissione)
- 7. Ulteriori caratteristiche delle abitazioni popolari possono essere stabilite con regolamento di esecuzione.
- 8. Alle agevolazioni per il recupero di abitazioni per il fabbisogno abitativo primario possono essere ammessi anche proprietari di abitazioni situate in edifici, nei quali il proprietario esercita da almeno cinque anni l'attività di affitto di camere ed appartamenti ammobiliati per ferie ai sensi della legge provinciale 11 maggio 1995, n. 12, l'attività di agriturismo ai sensi della legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 57, ovvero svolgano professionalmente l'attività di pubblico esercizio di cui alla legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58.

Ich verlese den ersten Abänderungsantrag zum Absatz 4, welcher vom Landeshauptmann Durnwalder und dem Abgeordneten Berger eingebracht worden ist: "Absatz 4 ist durch folgenden ersetzt:

"4. Im Falle der Wiedergewinnung von Wohnungen kann aus Gründen des Denkmalschutzes, des Landschaftsschutzes und des Ortsbildschutzes von den Vorschriften laut Absatz 1 Buchstaben b) und d) abgewichen werden".

"Il comma 4 è così sostituito:

"4. In caso di recupero di abitazioni si può derogare per motivi di tutela monumentale, di tutela del paesaggio e di tutela degli insiemi alle prescrizioni di cui al comma 1 lettere b) e d)".

Wer möchte dazu Stellung nehmen? Abgeordneter Berger, Sie haben das Wort.

**BERGER (SVP):** Hier steht: *“Im Falle der Wiedergewinnung von Wohnungen kann aus Gründen des Denkmalschutzes, des Landschaftsschutzes und des Ortsbildschutzes von den Vorschriften laut Absatz 1 Buchstaben b) und d) abgewichen werden”*. Das heißt, daß man hier von diesen technischen Vorschriften, die definiert sind, was die Voraussetzung oder die Bestandteile einer Volkswohnung sind, abweichen kann, weil es sicherlich nicht sehr sinnvoll ist, daß man, wenn irgendwo ein Gebäude unter Denkmalschutz steht oder wenn ein Gebäude so struktuiert ist, daß es im Landschaftsbild eine bestimmte Wichtigkeit hat, dann die für den Volkswohnbau geltenden Vorschriften einhalten muß. Ich glaube, dieser Punkt ist wichtig, weil es doch auch vielfach im Land denkmalgeschützte Gebäude gibt, die nicht den Bestimmungen, auch aufgrund des Denkmalschutzes, der Volkswohnungen angepaßt werden können. Es wäre ein Nachteil und eine Benachteiligung des Eigentümers und hätte auch im Sinne des Denkmalschutzes nicht die Zielsetzung des Denkmalschutzes erreicht.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Probabilmente non ho capito bene la spiegazione del collega Berger, ma le due cose, quella che propone e quella che è uscita dalla commissione, differiscono profondamente. Ammetto che in caso di recupero vi possano essere delle motivazioni di ordine tecnico che costringono il committente, l'impresa a non ottemperare a tutte le disposizioni perché vi possono essere delle questioni di ordine tecnico da superare. Dove vi è una cubatura rilevante è chiaro che non la si può abbandonare ma che essa deve essere inserita nell'abitazione.

Quello che invece propone il nuovo comma 4 a mio avviso è diverso. Non è semplicemente una deroga per questioni tecniche, ma è anche il concedere, quando ci sono motivi di tutela monumentale, del paesaggio e degli insiemi che almeno nella stesura italiana è piuttosto confuso, dovrebbe consentire di fare moltissimo e non solo per questioni di ordine tecnico. Questo non lo posso condividere, perché se l'abitazione deve essere recuperata, questo avviene comunque con contributo provinciale. Comprendo che laddove vi siano delle questioni di ordine pratico da superare, debbano essere in qualche modo risolte, ma di certo non si deve consentire con una legge di avere delle agevolazioni provinciali dove si va incontro, senza motivazione tecnica, a dei vincoli di ordine monumentale, di paesaggio o degli insiemi, come dice questo emendamento. Io sono contrario. Il testo della commissione mi sembra corretto, anche perché definisce, con il richiamo all'articolo 40 comma 1, la destinazione finale dell'abitazione che è comunque soggetta a finanziamento provinciale. Quindi una limitazione vi deve essere, cosa che viene tolta con la proposta del consigliere Berger.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Collega Bolzonello, le lettere b) e d) specificano due situazioni di fatto: costituire un'abitazione dipendente,

quindi l'accesso autonomo, rispettivamente di metri quadrati 28 e 110. Trattandosi di fabbricato sotto tutela monumentale, di paesaggio o di insiemi, la deroga è riferita al fatto che sono fabbricati particolari, e solo per motivi particolari si deroga. Non si pensa ad ipotizzare qualcosa di diverso rispetto al concetto espresso.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Abänderungsantrag ab: mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Stimmenthaltungen genehmigt.

Der nächste zu behandelnde Änderungsantrag stammt vom Landeshauptmann Durnwalder, dem Abgeordneten Berger und dem Landesrat Kofler, der wie folgt lautet:

“Es ist folgender Absatz 6 eingefügt:

“6. Der Gesuchsteller kann zusätzlich zur Wohnung, die Gegenstand der Wohnbau-förderung ist, Räume errichten, die eine unabhängige Liegenschaftseinheit bilden und zur gewerbemäßigen Ausübung einer Kleinunternehmenstätigkeit im Sinne von Artikel 2083 des Zivilgesetzbuches durch den Gesuchsteller selbst oder durch den zusammenlebenden Ehegatten bestimmt sind. Wenn es sich um eine Dienstleistungstätigkeit handelt, darf die Nutzfläche dieser Räume jene der geförderten Wohnung nicht überschreiten; diese Einschränkung gilt nicht, wenn es sich um eine Tätigkeit laut L.G. vom 14.12.1988, Nr. 58 (Gastgewerbeordnung) handelt”.

“E' inserito il seguente comma 6:

“6. Il richiedente può realizzare, oltre all'abitazione oggetto dell'agevolazione edilizia, locali costituenti un'autonoma unità immobiliare destinati all'esercizio professionale di attività di piccola impresa, ai sensi dell'articolo 2083 del codice civile, da parte del richiedente o del coniuge convivente. Se si tratta di attività di prestazione di servizi, la superficie utile di questi locali non può superare quella dell'abitazione agevolata; questa limitazione non ha luogo in caso trattasi di attività ai sensi della L.P. 14.12.1988, n. 58 (norme in materia di esercizi pubblici)”.

Ich erteile dem Abgeordneten Berger das Wort zur Erläuterung.

**BERGER (SVP):** Im Jahre 1992 ist in der Raumordnungsgesetzgebung eine Änderung eingeführt worden und zwar in dem Sinne, daß bis zum Zeitpunkt, solange die Sicherung des Fremdenverkehrsbestandes der gastgewerblichen Betriebe ein Anliegen war - nachdem damit Mißbrauch betrieben worden war - dieser Bereich als Dienstleistungsbereich im Sinne der Raumordnungsgesetzgebung definiert worden ist. Man hat damals aber keine Änderung im Bereich der Wohnbaugesetzgebung durchgeführt, obwohl in der Raumordnungsgesetzgebung hier grundlegende Änderungen stattgefunden haben. Aufgrund dessen ist die heutige Situation die, daß zwar im Bereich Handwerk, also bei Handwerksbetrieben, Dienstwohnungen im maximalen Ausmaß von 110 m<sup>2</sup> in der Wohnbauförderung berücksichtigt werden können, im Bereich des Gastgewerbes, ob das jetzt Restaurant- oder Beherbergungstätigkeit ist, jedoch nicht. Sofern die Fläche, welche für diese Tätigkeit benutzt wird, die Fläche der

Wohnung, d.h. die 110 m<sup>2</sup> überschreitet, ist eine Wohnung für einen Betriebsführer oder einen Betriebseigentümer nicht mehr förderbar. Diese sollen jetzt gleichgestellt werden, natürlich immer vorausgesetzt, daß die Vermögensbemessung jene bleibt, wie sie heute ist, und diese bleibt natürlich auch in diesem Sinne aufrecht. Ich finde es nämlich nicht richtig, daß man hier über einen Kamm schert. Es stellt sich nämlich die Frage, ob jemand, der eine Garni mit einem Stern und sieben Zimmern besitzt oder ein Restaurant mit 120 m<sup>2</sup> Nutzfläche betreibt, von der Wohnbauförderung ausgeschlossen bleiben soll. Im Vergleich mit den anderen Wirtschaftssektoren wäre das die Diskriminierung eines einzigen Sektors. Natürlich, wenn das Vermögensverhältnis der Immobilie eine Wohnbauförderung nicht gewährleistet oder nicht rechtfertigt, dann bleibt diese Bestimmung, so wie sie auch in allen anderen Bereichen angewendet wird, auch hier weiterhin aufrecht. Die Vermögensbemessung ist immer Voraussetzung für die Zulassung zur Wohnbauförderung. Hier geht es nur um die Gleichstellung eines Gewerbes mit den anderen Wirtschaftssektoren.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Sono sbalordita perché si introduce in una legge che non è sull'edilizia, egregio consigliere Berger, ma è sull'edilizia abitativa, cioè sono denari dei cittadini, pagati dai lavoratori dipendenti che vanno a finire in un fondo che serve per aiutare l'acquisto di una casa, delle cose che non hanno niente a che fare con l'abitazione. Quello che mi sbalordisce di più è che Lei lo giustifica dicendo che altri hanno avuto un privilegio, per cui lo diamo anche a delle altre persone. Io sono veramente meravigliata che possiate arrivare a tanto - so che potete arrivare anche a delle cose peggiori - ma penso che qui si vada molto oltre.

In questa legge vengono decisi dei limiti per quello che riguarda i contributi pubblici a chi si deve fare una casa, e mi sembra veramente inammissibile che si sposti del denaro che viene raccolto dalle tasse per questa specifica attività per sovvenzionare attività economiche. Piccole o grandi mi sembra abbastanza indifferente. Penso che si potrebbe alzare qualcun altro e per una propria categoria protetta venire qui e dire che dato che qui c'è già un privilegio, il consigliere Berger per i suoi l'ha già fatto, allora lo pretendiamo anche per gli altri. Questa è una legge per l'edilizia abitativa, non di sovvenzionamento indiretto, per altra via, di attività economiche. Vi sono delle leggi fatte apposta che le sostengono, e non è questa legge. Considerati i problemi che abbiamo, considerati i problemi che non vengono risolti da questa legge, è effettivamente una cosa inaccettabile che vengano distratti dei fondi per essere usati per scopi che non sono congrui con l'obiettivo della legge stessa.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Ieri ho fatto osservazioni ad un altro articolo che non credo sia pertinente rispetto a questa legge. Siamo in campagna elettorale, quindi chiaro che il consigliere Berger e altri devono dimostrare l'attenzione verso determinate categorie. Ecco perché arrivano questi emendamenti.

Anche se dovesse essere vero - e non ho motivo di dubitare di quanto ha detto il collega Berger - che vi sia una discriminazione nei confronti degli esercenti l'attività di prestazioni servizi, terziario o pubblici esercizi rispetto ad altre categorie, gli artigiani ad esempio, questo tipo di intervento andrebbe inserito piuttosto nell'ordinamento urbanistico provinciale e non in questa legge che dovrebbe andare a disciplinare tutto il settore dell'edilizia abitativa agevolata. Ricordo che già nell'ordinamento urbanistico provinciale è venuto fuori di tutto e il contrario di tutto quando si è consentito in zona verde di edificare una cubatura considerevole o di ampliare il numero delle stanze nel caso di affittacamere o addirittura destinare una notevole cubatura ad industria o artigianato, in zona verde.

Questo comma 6 proposto dal consigliere Berger e dal signor Durnwalder dovrebbe essere inserito in quella legge, non certo in questa. Poi ovviamente l'assessore all'edilizia abitativa agevolata parlerà a favore, si asterrà come ha già fatto altre volte, ma credo che tutto sommato concordi che questo non abbia nulla a che fare in una legge del genere. Voterò sicuramente contro, perché è fuori luogo in questa legge.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Consigliere Bolzonello, qui non si tratta di finanziare attività economiche. Si dice che il richiedente può realizzare. E' compatibile, ma non viene finanziato.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Abänderungsantrag ab.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Chiedo la votazione a scrutinio segreto.

**PRÄSIDENTIN:** Die Abgeordnete Zendron und vier weitere Abgeordnete haben die geheime Abstimmung beantragt. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - Votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 25 abgegebene Stimmzettel, 13 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 weißer Stimmzettel. Der Abänderungsantrag ist genehmigt.

Die Sitzung ist bis 15.00 Uhr unterbrochen.

UHR 13.01 ORE

-----

UHR 15.07 ORE

*(Namensaufruf - Appello nominale)*

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

**Dott. UMBERTO MONTEFIORI**

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** Riprendiamo la trattazione dell'articolo 39 del disegno di legge provinciale n. 131/97.

E' stato presentato un emendamento da parte del consigliere Benedikter, che dice: "Sopprimere il comma 8. Absatz 8 streichen."

Chi vuole intervenire? La parola al consigliere Bolzonello, ne ha facoltà.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Voterò questo emendamento. Sono d'accordo che venga soppresso questo comma 8, perché ritengo che tutto quello che non riguarda in maniera stretta l'edilizia abitativa agevolata e tutto quanto è connesso al soddisfacimento del bisogno primario di un cittadino dell'Alto Adige al fine di ottenere un'abitazione convenzionata o di ottenere determinati contributi per entrarne in possesso deve essere estrapolato da questa legge.

Questo comma 8 rappresenta una delle forzature che non devono esserci in questa legge. Dovrebbero esserci in una delle tante leggi del settore economico, perché va in quella direzione e non certo nella direzione generale dell'assegnazione di contributi o attinente a quello che stiamo trattando. Ecco perché voterò la proposta soppressiva di questo comma 8, non tanto perché non sia d'accordo nel merito, ma piuttosto perché ritengo non sia giusto inserirlo in questo disegno di legge.

Chiedo la verifica del numero legale.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'emendamento con preghiera di contare perché il consigliere Bolzonello ha chiesto la verifica del numero legale. Siamo solo 13 consiglieri. Ai sensi dell'articolo 91, comma 5 del Regolamento interno, la seduta è sospesa per 10 minuti.

ORE 15.10 UHR

-----

ORE 15.24 UHR

**PRESIDENTE:** Ripetiamo la votazione. La consigliera Klotz ha chiesto la verifica del numero legale: il numero legale non è dato, perché solo 12 consiglieri partecipano alla votazione. Interrompo la seduta fino alle ore 16.00.

ORE 15.25 UHR

-----

ORE 16.03 UHR

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'emendamento del consigliere Benedikter: respinto con 1 voto favorevole, 17 voti contrari e 1 astensione.

Leggo l'emendamento a firma del Presidente Durnwalder e l'assessore Cigolla che dice: "Al comma 8 le parole "attività di pubblico esercizio" sono sostituite dalle parole "attività ricettiva".

In Absatz 8 sind die Worte "gastgewerbliche Tätigkeit" ersetzt durch die Worte "gastgewerbliche Beherbergungstätigkeit".

Qualcuno vuole intervenire? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento, con preghiera di contare, perché la consigliera Klotz ha chiesto la verifica del numero legale: approvato con 18 voti favorevoli e 4 astensioni.

Qualcuno vuole intervenire sull'articolo? Nessuno. Metto in votazione l'articolo 39, con preghiera di contare, perché la consigliera Klotz ha chiesto la verifica del numero legale: approvato con 18 voti favorevoli, 3 voti contrari e 2 astensioni.

#### Art. 40

##### *Abitazioni economiche*

1. Sono considerate abitazioni economiche le abitazioni che abbiano le caratteristiche di cui all'articolo 39, comma 1, lettere b) e c) e non più di dieci vani abitabili, oltre i locali accessori, e comunque una superficie utile abitabile non superiore a 160 metri quadrati.
2. Ulteriori caratteristiche delle abitazioni economiche possono essere previste con regolamento di esecuzione.
3. Per motivi tecnici si può derogare alle prescrizioni di cui al comma 1.

-----

##### *Wohnungen mit erhöhter Zimmerzahl*

1. Als Wohnungen mit erhöhter Zimmerzahl gelten Wohnungen, die die Merkmale laut Artikel 39 Absatz 1 Buchstaben b) und c) aufweisen, außer den Nebenräumen nicht mehr als zehn Wohnräume besitzen, und deren bewohnbare Nutzfläche nicht größer als 160 Quadratmeter ist.
2. Weitere Merkmale der Wohnungen mit erhöhter Zimmerzahl können mit Durchführungsverordnung festgesetzt werden.
3. Aus technischen Gründen kann von den Vorschriften laut Absatz 1 abgewichen werden.

L'emendamento al comma 3 presentato in data 15.7.98 da parte del Presidente Durnwalder e del consigliere Berger è stato ritirato e sostituito dal seguente emendamento che dice: Il comma 3 è così sostituito:

"3. Per motivi di tutela monumentale, di tutela del paesaggio e di tutela degli insiemi si può derogare alle prescrizioni di cui al comma 1".

Absatz 3 ist durch folgenden ersetzt:

"3. Aus Gründen des Denkmalschutzes, des Landschaftsschutzes und des Ortsbildschutzes kann von der Bestimmung laut Absatz 1 abgewichen werden".

La parola al consigliere Bolzonello, ne ha facoltà.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Qui siamo di fronte alla stessa cosa che ci è stata prospettata stamattina e che non avevo condiviso. Anche in questo caso ritengo migliore il testo del disegno di legge. Se vi deve essere una deroga, è ragionevole che vi sia per motivi tecnici in caso di ristrutturazioni o di recuperi. Diverso è quanto vogliono i presentatori, che potrebbero con questo emendamento addirittura andare a stravolgere determinati edifici, perché cosa vuol dire che per motivi di tutela monumentale si può derogare dalle prescrizioni? Qual è il senso di questa cosa? Mentre per questioni di natura tecnica vi sono dei professionisti che possono attestarne o meno la liceità affinché questo debba avvenire, il resto, stando alla dizione qui riportata dai presentatori, è piuttosto fumoso. Io a certe cose non ci credo. Diventa pericoloso e non concordo con l'emendamento del collega Berger, mentre capisco che in talune occasioni, per questioni tecniche, si può anche andare a fare delle deroghe dove vi sono dei recuperi di natura edilizia. Presentare questo emendamento vuol dire primo non essere assolutamente chiari, e secondo lasciare aperte tutte le porte a coloro che vanno a fare interventi di natura edilizia.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** “Motivi tecnici” è una parola generica. Usando la dizione “motivi di tutela monumentale, di tutela del paesaggio e tutela insieme” si chiarisce meglio.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'emendamento, con preghiera di contare, perché la consigliera Klotz ha chiesto la verifica del numero legale: approvato con 19 voti favorevoli, 3 voti contrari e 3 astensioni.

Qualcuno vuole intervenire sull'articolo? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato con 16 voti favorevoli, 3 voti contrari e 4 astensioni.

#### Art. 41

##### *Abitazione adeguata e facilmente raggiungibile*

1. L'abitazione si considera adeguata quando la superficie utile abitabile della stessa non sia inferiore a 28 metri quadrati per una persona aumentati di 15 metri quadrati per ogni ulteriore persona. Su richiesta motivata la superficie abitabile può essere aumentata per persone costrette su una sedia a rotelle e per coloro che necessitano di personale assistente.
2. Si considera facilmente raggiungibile l'abitazione che non disti più di 40 chilometri dal posto di lavoro o di residenza del richiedente.
3. Non possono essere oggetto di agevolazioni edilizie abitazioni che in relazione al numero dei componenti il nucleo familiare risultino sovraffollate ai sensi del regolamento di esecuzione.

-----

##### *Angemessene und leicht erreichbare Wohnung*

1. Eine Wohnung gilt als angemessen, wenn die bewohnbare Nutzfläche für eine Person nicht kleiner als 28 Quadratmeter ist. Diese Fläche wird für jede weitere Person um 15 Quadratmeter erhöht. Auf begründeten Antrag kann die bewohnbare Nutz-

fläche für Rollstuhlfahrer und für Personen, die eine Pflegeperson benötigen, erhöht werden.

2. Eine Wohnung gilt als leicht erreichbar, wenn sie nicht mehr als 40 Kilometer vom Arbeitsplatz oder vom Wohnsitz des Gestalters entfernt ist.
3. Nicht Gegenstand der Wohnbauförderung können Wohnungen sein, die im Verhältnis zur Anzahl der Familienmitglieder im Sinne der Durchführungsverordnung überfüllt sind.

E' stato presentato un emendamento da parte delle consigliere Zendron e Kury, che dice: Al comma 1 la cifra "28" viene sostituita dalla cifra "40".

Im Absatz 1 wird die Zahl "28" durch die Zahl "40" ersetzt.  
La parola alla consigliera Zendron per l'illustrazione.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Durante la discussione in commissione c'è stato un dibattito abbastanza approfondito su questa misura, da cui è emerso che esisteva una perplessità abbastanza generale sul fatto che un appartamento di 28 metri quadri sia considerato adeguato, fatto che non è considerato dall'Ipeaa neanche per il single che di solito sono persone anziane che stanno a lungo in casa e hanno bisogno di un po' di spazio per potersi muovere. Questa dimensione era stata poi oggetto di raccomandazione all'assessore affinché utilizzasse il periodo fra la discussione in commissione e il passaggio in aula per fare una riflessione su questa misura.

Ci dovrebbe essere una regolamentazione comune. Noi consideriamo non adeguato un appartamento di 28 metri quadri, se si pensa che magari ci può essere anche un disbrigo, un piccolo balcone o un altro pezzo di qualcosa. Praticamente uno si trova che non si può neanche muovere. I 28 metri quadri vengono fuori dalle misure igieniche minime, però credo che quando si parla di abitare, il criterio dovrebbe essere differente e un po' unificato per tutte le varie fattispecie, cioè sia per calcolare che questo sia un appartamento adeguato, sia quando l'Ipeaa, come già fa peraltro, costruisce un'abitazione per persona singola. Questo fatto di usare misure differenti non è sicuramente giusto. Non si può dire che è adeguato a questi fini e agli altri no. O è adeguato o non lo è.

Qui si dice che un'abitazione è adeguata e facilmente raggiungibile quando ha una determinata distanza, 40 km, ed il limite è stato allungato senza considerare quali sono le possibilità di raggiungerlo con i mezzi pubblici, e la superficie è stata aumentata di 15 metri quadri per ogni ulteriore persona. Praticamente in uno spazio di 43 metri quadri potrebbero stare due persone. C'è poi la deroga per la sedia a rotelle, però la misura minima è quella dello standard igienico e mi sembra eccessivamente basso per impedire ad una persona che ha 28 metri quadri ed abita a 40 km di distanza di poter avere dei contributi per avvicinarsi.

Spero che durante questo periodo di tempo, come era stato promesso dall'assessore, sia stata fatta effettivamente una riflessione e che questo emendamento trovi accoglienza in aula, visto che era rimasto sospeso in com-

missione. Si era deciso di rimandare la decisione all'aula, dopo una riflessione più approfondita. Chiedo anche la votazione per scheda.

**MINNITI (AN):** L'emendamento è condivisibile. Peraltro un provvedimento in questo senso lo avevamo presentato anche noi durante il dibattito sul bilancio nel luglio scorso. Non intendevamo ampliare fino a 40 metri quadri, ci accontentavamo di 15 per ogni ulteriore persona. Certo che nel momento in cui viene ampliato questo rapporto, la cosa trova il nostro consenso.

Le considerazioni che ha fatto la collega Zendron riteniamo siano condivisibili. C'è la necessità di rendere realmente più vivibili le abitazioni per tutte le famiglie, anche perché oggi come oggi ci sono delle realtà che registriamo, in città come Merano e Laives, in cui famiglie si trovano a vivere in condizioni drammatiche, in appartamenti realmente piccoli, ma per la legge tali da poterci vivere. Ecco che laddove vi è una proposta ad ampliare questo limite, ben venga, quindi la voteremo.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Mi pare di ricordare che con la precedente normativa i metri quadri erano 38 per persona. Qual è oggi la ratio che ha portato il legislatore a diminuirla a 28 metri quadri? E' un terzo in meno, e noi sappiamo benissimo che ogni unità abitativa di 28 metri quadrati è giusta per sopravvivere. Se anche una persona singola volesse, oltre che sopravvivere, avere anche un minimo di comfort, sono sicuramente pochini.

Se fossero di più - 40 mi vanno bene - potrebbe essere risolto il problema, qualora dovesse prospettarsi una convivenza o un matrimonio, di un cambio di alloggio, con tutto quello che segue, una spesa in più, contributi ecc. Già con 40 metri quadri cominciamo ad avvicinarci ad un mini appartamento che potrebbe essere adeguato ad una coppia. La previsione di 28 metri quadrati sinceramente non l'ho capita, a meno che non ci siano dei costruttori interessati a questo tipo di misure. Come ha detto poco fa la collega Zendron, addirittura l'Ipeaa ha degli standard superiori.

L'emendamento troverà quindi il mio voto favorevole.

**KLOTZ (UFS):** 40 Quadratmeter sind gerade 12 Quadratmeter mehr, also ein kleines Zimmer 3x3 Meter, denn wenn man sich die 28 Quadratmeter einmal vorstellt, sind das 5x5 Meter und einiges dazu. Dann ist das sehr, sehr knapp. Auch wenn es sich um eine Kleinküche handelt, Naßzelle, Dusche wahrscheinlich, nicht einmal ein Bad und dann Wohnzimmer mit Schlafzimmer zusammen, das ist sehr sehr knapp bemessen. Infolgedessen würde ich schon auch von meinem Gefühl her meinen, daß 40 Quadratmeter nicht zu hoch angesetzt wären. Ich möchte allerdings den Herrn Landesrat auch fragen, warum man hier genau 28 Quadratmeter gewählt hat. 30 Quadratmeter wären noch einigermaßen vorstellbar, aber 28 m<sup>2</sup> gerade ... Ist dieses Limit auf ein bestimmtes Angebot zugeschnitten oder worauf ist das ausgerichtet? Man muß sich dabei etwas gedacht haben, wenn man diese Quadratmeterzahl gewählt hat. Be trifft es jetzt Projekte, die so zugeschnitten sind oder weshalb?

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** Anch'io ritengo che la misura di 28 metri quadri sia insufficiente per considerare un appartamento vivibile. Posso dire che il minimo da prendere in considerazione è 40 metri quadri, perché si riesce a realizzare una stanza, cucina-soggiorno e il bagno. Sotto i 40 metri quadri è praticamente impossibile poter vivere in modo decente. Sono giuste anche le osservazioni che ha fatto il collega Bolzonello, perché se una persona eventualmente si sposa, con 40 metri quadri per un po' possono starci dentro. Altrimenti viene avanzata la richiesta che spesso vediamo al Cer dove chiedono di poter aumentare la superficie vivibile nel caso in cui il nucleo familiare dovesse aumentare. Come minimo ci vogliono i 40 metri quadri: una stanza decente, una cucina abitabile, il bagno, un minimo di ingresso per poterci mettere almeno un abito o un soprabito di un ospite che viene a fare visite, per non appoggiarlo sul letto. Lo posso dire per esperienza, proprio perché avevamo un locale di 40 metri quadri con queste caratteristiche: ci voleva lo spazio per poter appendere il soprabito di una persona che ci veniva a trovare, per non farle vedere la camera da letto, non potendo mettere il soprabito sul tavolo della cucina.

Spero che l'emendamento venga approvato, così come farò io.

**WILLEIT (Ladins):** Auch ich schließe mich den Vorrednern an. Ich verstehe wirklich die 28 Quadratmeter Nutzfläche nicht, das ist nämlich keine Wohnung, sondern ein Zimmer und dieses Zimmer sollte als Wohnzimmer, als Schlafzimmer, als Küche, als Abstellraum und mehr dienen. Eine Wohnung, auch die kleinste, übersteigt normalerweise die 40 Quadratmeter Nutzfläche.

Ganz einverstanden bin ich auch nicht mit den folgenden Absätzen. Eine Wohnung ist dann nicht leicht erreichbar, wenn sich 40 Kilometer zwischen Arbeitsplatz und Wohnung befinden, sondern wenn man eine bestimmte Zeit oder bestimmte Umstände auf sich nehmen muß, um die Wohnung zu erreichen. Die Abstände zwischen Bozen-Brixen sind leicht zu überwinden, auch in einer halben Stunde und weniger. Aber es gibt viel kürzere Strecken, die man ohne privatem Fahrzeug überhaupt nicht überwinden kann, und dann auch nur in 1 bzw. 2 Stunden täglich. Also nicht ganz das Richtige.

Nicht angemessen finde ich auch den dritten Absatz, welcher die überfüllten Wohnungen pauschal von der Förderung ausschließt, denn man muß die Förderung dieser Wohnungen nicht nur in bezug auf die einzelne Familie oder Person sehen, sondern man muß sie in ihrer Zweckbestimmung, die übertragbar ist, die weitergegeben werden kann, betrachten, und da würde ich mich nicht für den Ausschluß der Förderung aussprechen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich muß mich hier meinen Vorrednern anschließen, denn in Zeiten, wo man so viel von Lebensqualität spricht, glaube ich, ist eine Wohnung, die die Erstwohnung für jemanden ist, mit 28 Quadratmetern keine Wohnung. Wir haben hier nicht japanische Verhältnisse, dort kann

man vielleicht diese Maße anwenden. Wenn man das vergleichen möchte, kenne ich keinen internationalen Vergleich, wo ähnliches vielleicht gilt.

Zu Punkt 2 schließe ich mich genau dem an, was Kollege Willeit gesagt hat. Es ist ein Unterschied, ob ich von Bozen nach Brixen fahre oder ob ich von einem Hof ins Tal fahren muß oder z.B. von Rojen nach Glurns, wo es manchmal sicherlich nur wenige Kilometer sind, die Verbindungen aber ganz andere sind. Deshalb muß auch die Entlegenheit und Erreichbarkeit eine Rolle spielen und nicht nur die Distanz alleine. Das kann man nicht vergleichen.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Chiedete perché 28 metri quadrati? Il dott. Bene-dikter nelle sue precedenti leggi, quando era assessore all'urbanistica, ha fatto menzione a questa cifra che è rimasta tale da allora. Giustamente si può ben dire che 28 è poco, meglio 40, ma provate a pensare, chi va a comperare 28 metri, per comperarne 30 deve pensare se ha il portafoglio pronto. Mettiamoci nei panni di chi compra, ed è pur sempre uno che cerca di arrivare ad avere un tetto sulla testa, che facendo i conti con il portafoglio non arriva a comperarsi i 4 metri in più.

Se quello che compra non ce la fa, quello che la riceve in locazione dall'Ipeaa deve averne il diritto. Questa è una considerazione di cornice.

Qui si dice "non inferiore a 28". Proprio all'articolo 2 lettera o) l'Ipeaa applica progetti pilota, e quindi anche in questo senso attiverà sicuramente non i 28 metri ma di più. Non è detto che siano 35 o 40 metri. Nel momento in cui si dice "non inferiore a 28" non si esclude neanche 40 metri. All'articolo 2 lettera o) si parla di progetti pilota e promozione di cubatura che sia soprattutto a livello di standard urbanistico, popolare, economico, attuale e compatibile con i tempi d'oggi, e l'Ipeaa negli ultimi progetti che ha fatto non ha mai fatto di questi alloggi. Però poniamoci il discorso di tutti quegli alloggi che sono sotto metratura e che quindi diventerebbero automaticamente sovraffollati se mettessimo 30 o 35 metri quadri. L'Ipeaa si troverebbe con molti alloggi che sarebbero automaticamente dichiarati inadeguati, che non potrebbero neanche essere riassegnati. Questo per dirvi cosa succederebbe.

Ripeto che avendo specificato "non inferiore a 28 metri quadri" non si esclude che possano essere 35 o 40, e l'Ipeaa sicuramente è orientata in quel senso.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'emendamento. La consigliera Zendron e altri due consiglieri hanno chiesto la votazione per appello nominale. E' stato estratto il numero 24:

**MAYR S. (SVP):** Nein.

**MESSNER (SVP):** Nein.

**MINNITI (AN):** Sì.

**MONTEFIORI (Italia Federale):** No.

**MUNTER (SVP):** Nein.

**PAHL (SVP):** Nein.

**PETERLINI (SVP):** (Abwesend)

**SAURER (SVP):** Nein.

**TARFUSSER (Die Freiheitlichen):** (Abwesend)

**VIOLA (Autonomia Dinamica):** (Assente)

**WILLEIT (Ladins):** Ja.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Sì.

**ACHMÜLLER (SVP):** Nein.

**ATZ (SVP):** Nein.

**BENEDIKTER (UFS):** (Abwesend)

**BENUSSI (AN):** (Assente)

**BERGER (SVP):** Nein.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Sì.

**CIGOLLA (PPTAA):** No.

**DENICOLO' (SVP):** Nein.

**DI PUPPO (PPI):** (Assente)

**DURNWALDER (SVP):** Nein.

**FEICHTER (SVP):** Nein.

**FRASNELLI (SVP):** (Abwesend)

**FRICK (SVP):** Nein.

**HOLZMANN (AN):** (Assente)

**HOSP (SVP):** Nein.

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** Sì.

**KASSLATTER-MUR (SVP):** Nein.

**KLOTZ (UFS):** Ja.

**KOFLER (SVP):** Nein.

**KURY (GAF-GVA):** Ja.

**LAIMER (SVP):** Nein.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ja.

**MAYR C. (SVP):** Nein.

Comunico l'esito della votazione: con 19 voti contrari e 8 voti favorevoli l'emendamento è respinto.

Leggo il prossimo emendamento presentato dai consiglieri Minniti, Benussi e Holzmann, che dice: Al comma 2 sostituire "40" con "30".

Im Absatz 2 wird die Zahl "40" durch die Zahl "30" ersetzt.

La parola al consigliere Minniti per l'illustrazione.

**MINNITI (AN):** Anche qui suggeriamo la possibilità di ampliare le agevolazioni. Oggi come oggi ormai le vicinanze esistono fra un centro e l'altro. Noi chiediamo che abitazione che si considera facilmente raggiungibile non disti più di 30 km e non più di 40 dal posto di lavoro.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Trovo che questo emendamento sia giusto. A parte che bisognerebbe fare una differenziazione profonda a seconda del tipo di collegamento. Come dicevo prima c'è una differenza tra chi fa 30 km in treno e chi abita in un posto dove deve prendere tre autobus perché sono mal collegati fra loro.

Però aumentare troppo la distanza significa anche aumentare il traffico che c'è in circolazione. Le persone tendono al pendolarismo in quantità maggiore. Si allarga il cerchio. Vediamo ogni momento quali sono le conseguenze di questa pendolarizzazione, 60 mila entrate la mattina a Bolzano con le auto, più tutti quelli che si muovono con i mezzi pubblici. Credo che il fatto di andare invece in una situazione opposta in cui casa e lavoro sono più vicini è un concetto sicuramente più vicino a quello di una società in cui non si passa tutto il tempo sul mezzo di trasporto. Questi modelli giapponesi o che si vanno

diffondendo in Francia per cui uno abita a Parigi e lavora a Bruxelles, a mio parere non sono adeguati al modo di vivere il più gradito possibile e al modello di sviluppo sudtirolese. E' bene rimanere alla misura dei 30 km.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Non condivido l'emendamento presentato per due motivi. Primo perché credo che oggi i tempi e la praticità dei collegamenti siano molto diversi per cui non spaventano più 10 km in più o in meno, specie da Merano a Bolzano, da quando è stata aperta la MeBo.

Il ragionamento da fare è non tanto sulla distanza chilometrica quanto piuttosto sui tempi di percorrenza tra luogo di lavoro ed abitazione. 40 km fatti da qui lungo l'asse autostradale, posto che non vi siano ingorghi, piuttosto che andare verso San Lugano, Trodena o Sarentino, sono molto diversi tra loro. Fare 30 km su strada agevole o con la possibilità di usare un solo mezzo di comunicazione è molto diverso che non dover aspettare coincidenze o affrontare delle strade di montagna.

Ritengo che oggi, si parla di un mondo assai ristretto, le distanze si siano accorciate per cui anche 40 km possono essere ragionevoli. Secondo me però il parametro dovrebbe essere un altro.

**KURY (GAF-GVA):** Ich ersuche um geheime Abstimmung.

**PRESIDENTE:** La consigliera Kury e altri quattro consiglieri hanno chiesto la votazione a scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - Geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 28, sì 12, no 13, schede bianche 3. L'emendamento è respinto.

Abbiamo un nuovo emendamento presentato dai consiglieri Ianieri e Willeit. E' in fase di traduzione. Quindi sospendo la trattazione di questo articolo e passiamo al prossimo.

#### Art. 42

##### *Nucleo familiare*

1. Agli effetti della presente legge concorrono a comporre il nucleo familiare il richiedente, e purché conviventi, il coniuge, i discendenti in linea retta minori, nonché quelli tra 18 e 25 anni di età che siano studenti e fiscalmente a carico; concorrono anche i genitori e i suoceri conviventi con il richiedente alla data di presentazione della domanda da almeno un anno. Ai figli minori sono equiparati i figli portatori di handicap ai sensi della legge provinciale 21 agosto 1978, n. 46. Si considera non più convivente il coniuge qualora venga accertata dall'autorità giudiziaria la separazione di fatto dello stesso da oltre un anno, e fintantoché non sia comunque ripresa la convivenza.

-----  
*Familie*

1. Für die Rechtswirkungen dieses Gesetzes zählen bei der Berechnung der Zahl der Familienmitglieder der Gesuchsteller, und soweit zusammenlebend, der Ehegatte, die minderjährigen Nachkommen in gerader Linie, sowie jene zwischen 18 und 25 Jahren, die Schüler oder Studenten und steuermäßig zu Lasten sind; zur Anzahl der Familienmitglieder zählen auch die Eltern und die Schwiegereltern, die mit dem Gesuchsteller zum Zeitpunkt des Einreichens des Gesuches seit mindestens einem Jahr zusammenleben. Den minderjährigen Kindern sind die behinderten Kinder im Sinne des Landesgesetzes vom 21. August 1978, Nr. 46, gleichgestellt. Als nicht mehr zusammenlebend gilt der Ehegatte, falls von der Gerichtsbehörde festgestellt wird, daß eine mehr als ein Jahr zurückliegende De-facto-Trennung gegeben ist, und auf jeden Fall so lange, bis das Zusammenleben wieder aufgenommen wird.

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

**Dr. SABINA KASSLATTER-MUR**

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENTIN:** Es gibt einen Änderungsantrag, welcher vom Landeshauptmann Durnwalder und dem Abgeordneten Berger eingebracht worden ist und der folgendermaßen lautet: In Absatz 1 sind die Worte "der Gesuchsteller, und soweit zusammenlebend, der Ehegatte" ersetzt durch die Worte "der Gesuchsteller, der Ehegatte und, soweit zusammenlebend".

Al comma 1 le parole "il richiedente, e purché conviventi, il coniuge" sono sostituite dalle parole "il richiedente, il coniuge e, purché conviventi".

Das Wort hat die Abgeordnete Zendron.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Chiedo venga illustrato.

**BERGER (SVP):** Ich glaube, daß es notwendig gewesen ist, eine textliche Richtigstellung zu machen. Im Kommissionstext heißt es "der Gesuchsteller und, soweit zusammenlebend, der Ehegatte ...". Das würde bedeuten, daß zur Feststellung der Familie der Ehegatte nur dann in Betracht gezogen wird, wenn er unter der gleichen Adresse lebt wie sein Ehepartner. Zur Ermittlung der Bemessensgrundlage, glaube ich, müssen beide Elternteile herangezogen werden, auch wenn sie nicht mehr zusammenleben sollten, sofern kein gerichtliches Trennungsurteil besteht. Deswegen hat man hier diese Richtigstellung machen müssen und zwar in dem Sinne, daß es heißt "der Gesuchsteller und der Ehegatte und, soweit zusammenlebend, auch die anderen Familienmitglieder", d.h. die Kinder. Diese Präzisierung, glaube ich, müßte eigentlich zu keinen größeren Diskussionen Anlaß geben.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Io non credo sia così, perché è evidente l'intenzione della Giunta quando si prende il prossimo emendamento che cancella l'ultima frase. Uno dei nuclei di discussione che hanno fatto andare per le

lunghe i lavori della commissione era proprio il fatto che in realtà non è vero, come pensa questo santo Consiglio, che esistano solo le famiglie della pubblicità del "Mulino bianco". Purtroppo ci sono anche delle famiglie di fatto, delle famiglie in cui i due coniugi si separano. Nei periodi in cui ancora dal punto di vista giuridico non è chiara la separazione o la convivenza, questo comporta tutta una serie di conseguenze pesantissime sulle persone che rimangono. Qual è stato lo sforzo, anche da parte della Presidente della commissione, in questo caso? Di cercare di far entrare almeno un po' il concetto di una famiglia che in realtà ha anche dei problemi, senza che poi il fatto di avere già una crisi matrimoniale non significhi automaticamente che anche tutta una serie di altri gravissimi problemi economici che già ci sono di per sé facciano ancora crescere il disagio facendolo diventare anche tragedia in alcuni casi. Qui succede che la Giunta finge che nulla sia accaduto e che si ritorni a questo modello di pubblicità di famiglia che non ha mai problemi, si ignorano le separazioni ecc. Il testo dell'emendamento dice: "Il richiedente e, purché convivente, il coniuge, i discendenti ...". In questo emendamento si dice anche il coniuge che non è convivente. Se un coniuge va ad abitare da un'altra parte, ci sta per tre anni senza che sia intervenuta la separazione di fatto, succede che per l'Ipeaa il suo reddito viene sommato a quello del coniuge residuo. Questa è una tragedia, perché significa che quello residuo, che di solito sono le donne, che non hanno fonti di reddito, si trovano a dover pagare ad esempio dei canoni di locazione tre volte quello che è il totale lordo delle loro entrate. Faccio un esempio banale, ma pensate quanto poco banale è per chi vive un'esperienza del genere. L'assessore prima ancora di noi deve affrontare questi problemi.

Sulla base di questa legge mi sembra che questa modifica comporti ancora un peggioramento. Il consigliere Berger dice che il reddito del coniuge, sia che conviva, sia che non conviva, comunque conta. E se il coniuge vive da un'altra parte e paga un affitto da un'altra parte conta lo stesso reddito? Qualcuno dice che è una correzione linguistica. Ma non scherziamo. O uno vuole ridere delle disgrazie altrui, o preghiamo chi lo dice di riflettere un attimo di cosa significa. Ci sono anche queste situazioni in cui due persone vivono in due posti differenti. Ognuno ha il suo appartamento perché hanno lavori differenti, perché la distanza è troppo grande per essere coperta in una sola giornata ad esempio. Qui si considera che il fatto di aver ricevuto quella famosa benedizione si trasforma immediatamente in maledizione. Diventa perfino imbarazzante quando questo Consiglio sente la parola sociale in periodo elettorale, su tutti con la mano, oppure la famiglia. Ma quale famiglia? Qual è il centro dell'interesse di un organismo legislativo? Dovrebbero essere le persone con i loro problemi reali e non secondo i nostri sogni, che poi rimangono tali anche quando le situazioni sono diverse. Cerchiamo di fare le leggi che valgano per tutti e pensiamo che potrebbe succedere, non lo auguro a nessuno, anche a qualcuno di noi. Non quando si dice che si può vivere in 28 metri quadri come abbiamo fatto prima, perché nessuno di noi vivrebbe, ma per gli altri va benissimo. Noi invece abbiamo i condoni favorevoli, le varie gentilezze che ci permettono di fare normalmente quello che non viene permesso ad altri.

Fare una legge sulla casa che tenga conto effettivamente di quelli che sono i problemi delle persone vere è una cosa necessaria. Qui stiamo emendando un testo che in fondo offriva una soluzione addirittura migliore di quella che viene proposta adesso dall'emendamento Durnwalder e Berger. Franca-mente devo dire che ogni passo avanti che si fa con questa legge mi sembra un passo indietro rispetto alla legislazione sociale sulla casa di questa provincia. Che poi siano le ali sociali che la portano avanti, insieme poi abbiamo visto anche chi, mi fa rimanere assolutamente perplessa, perché non ci si rende conto evidentemente di cosa si sta approvando.

**MAYR C. (SVP):** Wir sind jetzt bei einem juristisch ganz delikaten Problem angelangt, und ich teile nicht die Ausführungen der Kollegin Zendron. Das heißt, ich verstehe ihre Hintergründe und ihre Überlegungen, aber um da Abhilfe zu schaffen, müssen andere Maßnahmen gesetzt werden als solche, um die es hier geht. Laut Familienrecht - und diese Festlegung in Familienrecht war eine ganz große Forderung der Frauen und eine Forderung, die zum Vorteil der Frauen war - ist es in einer Familie oder in einer Ehe nicht mehr notwendig, daß alle beide Ehepartner den gleichen Wohnsitz haben. Also kann man zwar verheiratet sein und trotzdem zwei verschiedene Wohnsitze haben, weil aufgrund der Berufstätigkeit, aufgrund der verschiedenen Interessen eben nicht beide Eheleute den gleichen Wohnsitz haben müssen. Das ist ein Vorteil, nichtsdestotrotz gilt man als Familie, gilt man als Ehepartner und gilt man als zusammenlebend, ohne daß das eben angeführt werden muß. Was die Kollegin Zendron meint, ist die Situation, wo beide wirklich nicht mehr zusammenleben, wo wir eine De-facto-Trennung haben. In diesem Falle, also wenn wir eine De-facto-Trennung haben, müssen wir dann unterscheiden. Aber in diesem Fall hat der Partner, ob Mann oder Frau, die Möglichkeit, eine Trennung zu beantragen, was in diesem Fall auch notwendig ist, notwendig für alle anderen Angelegenheiten, ob für eine Förderung, ob für die Zuweisung einer Sozialwohnung, ob für Stipendien usw. Wenn also de facto die Situation da ist, daß man eine Familie nicht mehr als zusammenlebend annehmen kann, weil eben die Ehepartner sich trennen wollen, dann sollten diese die Trennung auch durchführen und sollten sie vor Gericht durchführen, damit sie auch einen Rechtstitel haben. Umgekehrt aber, wenn wir den derzeitigen Wortlaut beibehalten würden, würde dies bedeuten, daß eine Familie, wo der Mann z.B. in Mailand arbeitet und damit einen anderen Wohnsitz hat, am Wochenende aber mit seiner Familie zusammenlebt, zu keiner Förderung kommen könnte, weil die Ehepartner nicht zusammenleben. Sie bilden also zwar eine intakte Familie, haben ein gutes Familienleben, haben aber aus beruflichen Gründen nicht den gleichen Wohnsitz. Das kommt sehr sehr oft vor. Es kann ebenso gut sein, daß ich den Wohnsitz in Bruneck habe und de facto meine Familie in Bozen lebt. Um das zu vermeiden, ist das Wort "zusammenlebend" herausgenommen worden, weil laut Bürgerlichen Gesetzbuch eine Familie auch zwei Wohnsitze haben kann und dennoch als zusammenlebend gilt. Um die Problematik der sogenannten De-facto-Trennungen zu eliminieren, die wirklich viele Frauen betrifft, muß man

all diesen Frauen einfach raten, doch Trennung zu beantragen. Dann haben sie nämlich den Titel, daß sie getrennt sind und haben auch die Möglichkeit, zu den Förderungen zugelassen zu werden. Wenn sie also nicht mehr zusammenleben, dann sollten sie auch die Trennung beantragen.

**PRÄSIDENTIN:** Wir müssen die Behandlung für kurze Zeit aussetzen, weil die Abgeordnete Kury einen Änderungsantrag zu diesem Änderungsantrag eingereicht hat. Ich muß die Sitzung für 5 Minuten unterbrechen.

UHR 17.08 ORE

-----

UHR 17.16 ORE

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Sie haben den Änderungsantrag den Kollegen Kury und Zendron zum Änderungsantrag Durnwalder/Berger zum Absatz 1 vorliegen, welchen ich jetzt verlese:

Nach den Worten "der Ehegatte" wird eingefügt "oder die mit dem Gesuchsteller in eheähnlicher Beziehung lebende Person".

E' stato presentato un subemendamento da parte delle consigliere Kury e Zendron all'emendamento Durnwalder/Berger al comma 1 che dice:

Dopo le parole "il coniuge" sono inserite le seguenti parole: "ovvero la persona convivente con il richiedente in una relazione more uxorio ...".

Frau Kury, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**KURY (GAF-GVA):** Ich entschuldige mich auch für die Unterbrechung, aber es ist mir wieder aufgefallen, daß das, was man immer wieder als Positivum bezeichnet, nämlich daß man auch den in eheähnlicher Beziehung mitlebenden Partner in der Familie wirtschaftlich heranzieht, also überall dort, wo negative Auswirkungen sind, dort nichts tut, wo es um positive Auswirkungen geht. Entweder man erkennt diese Art des Zusammenlebens an, und dann müßte man natürlich alles berücksichtigen, was sich positiv und negativ auswirkt, oder man erkennt sie nie an. Aber in dem Augenblick, wo in diesem Gesetz sowohl im Artikel 94 Absatz 7 als auch im Artikel 107 ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß zur Berechnung des Gesamteinkommens der Familie auch das Einkommen des in eheähnlicher Beziehung lebenden Partners dazugezählt wird, dann sollte man dies auch im Zuge der Formulierung dieses Artikels miteinbeziehen. Also entweder immer oder nie, denke ich, denn ein Gesetz sollte konsequent sein. Insofern also müßte hier bei der Zusammensetzung der Familie das auf alle Fälle auch so einfließen.

**KLOTZ (UFS):** Frau Kury! Nur damit ich sicher bin, daß ich das richtig lese. Es würde also stehen: "Für die Rechtswirkungen dieses Gesetzes zählen bei der Berechnung der Zahl der Familienmitglieder der Gesuchsteller, der Ehegatte oder die mit dem Gesuchsteller in eheähnlicher Beziehung lebende Person". Habe ich das richtig verstanden? Die Frage an den Herrn Landesrat.

Wir haben in der Sitzung der Fraktionssprecher mit dem Landeshauptmann, der uns die zusätzlichen Änderungsanträge kurz erläutert hat, einen Text gehabt, in dem dieser Situation Rechnung getragen wird. Das heißt also, daß einmal diejenigen natürlich als Familienmitglieder zählen, die effektiv zusammenleben. Daß die auch als solche erfaßt werden, finde ich richtig, denn umgekehrt wollen wir ja alle möglichen Spekulanten, Zusammenlebende oder Ehegatten, ausschließen, die nur deshalb irgendwo anders einen Wohnsitz beantragen, damit sie eine Wohnbauförderung bekommen. Es gibt alle möglichen Mißbräuche und alle möglichen unvorstellbaren Varianten, unvorstellbaren Tricks, um in den Genuß einer Wohnbauförderung zu kommen. Deshalb kommt mir vor, wäre das eine ganz logische Formulierung. Wer zusammenlebt, der soll auch als zusammenlebend berechnet werden, soll auch für den Zweck der Wohnbauförderung als zusammenlebend gezählt werden und natürlich kann man, wenn man dem Rechnung trägt, gewisse Spekulationen ein bißchen eingrenzen. Die Spekulationen und die Tricks wird man nie zur Gänze ausschalten können, denn dort, wo wir einen Trick ausschalten, gibt es halt einen anderen. So wie man dann auch zum Antrag der Abgeordneten Mayr noch sagen muß, daß wir damit zwar eine Tür zutun, aber eine andere Möglichkeit wird dadurch sicherlich geöffnet. Die Frage ist immer, wie verhindert man soweit als möglich den Mißbrauch, darum geht es. Aus diesem Grunde halte ich diesen Antrag für nicht nur gerechtfertigt, sondern auch der Realität angepaßt.

**MAYR C. (SVP):** Wir haben im Artikel 45 bei den Vorzugskriterien unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der Familie diese eheähnlichen Lebensgemeinschaften vorgesehen, also daß zur Feststellung des Vermögens einer Familie auch das des in eheähnlicher Gemeinschaft zusammenlebenden Partners zählt. Aus diesem Grund ist ohne weiters auch unter dem Artikel 42 die Anführung der eheähnlichen Lebensgemeinschaften angebracht, und daher stimmen wir diesem Abänderungsantrag zu.

**PRÄSIDENTIN:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine. Dann stimmen wir über den Abänderungsantrag ab: mit 2 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Wer möchte noch zum so geänderten Antrag Durnwalder/Berger reden? Abgeordneter Willeit hat das Wort.

**WILLEIT (Die Ladins):** Ich verstehe nicht ganz diesen Antrag. Den Kommissionstext, der vom Ehegatten oder vom Ehepartner spricht, sofern er zusammenlebt, habe ich besser verstanden. Ich glaube, diese Formulierungen oder dieser Änderungsantrag, welcher das Zusammenleben auf die Kinder bezieht und überhaupt auch die weitere Regelung dieser Familie, die nicht auf einer gesetzlichen Grundlage beruht oder wenigstens nicht auf der richtigen ... Man muß nämlich davon ausgehen, daß die Familie eine sehr genau geregelte Institution ist und, wo sie nicht geregelt ist, sie sich selber die Regelung gibt, geben kann und muß. Ich glaube nicht, daß wir jetzt hergehen und die Familie

neu gestalten können, vor allem was die minderjährigen Kinder anbelangt, aber auch nicht, was den Ehepartner anbelangt. Ich habe mir auch die Unterlagen beschafft, nachdem ich die Frau Abgeordnete Mayr gehört hatte, die von der zweifachen Residenz gesprochen hatte. Die Pflicht des Zusammenlebens besteht und ist nicht aufgehoben, wenn auch zwei Wohnsitze möglich sind, aber sie müssen zusammenleben. Wenn sie nicht mehr zusammenleben, dann gehen wir in Richtung Trennung, konsensuale oder gerichtliche Trennung. Wenn Sie es im Sinne des Domiziles gemeint haben, dann bitte, das umsomehr. Aber das, glaube ich, ist auch schon früher möglich gewesen. Das ändert nichts an der Pflicht des Zusammenlebens. Ich verstehe nicht, warum wir da den Fall des Nicht-Zusammenlebens in Betracht ziehen, unabhängig von der Trennung. Noch weniger verstehe ich dieses Nicht-Zusammenleben in bezug auf die minderjährigen Kinder. Welches sind diese Fälle? Es sind nochmals die Trennungsfälle, die Scheidungsfälle, andere gibt es nicht und ich frage mich, warum wir diese Regelung einführen. Es sind die Eltern, die die Ernährungs-, Erziehungs- und Kontrollpflicht haben. Sie haben sämtliche Pflichten, denn sie müssen die Kinder bei sich haben, mit Ausnahme während der Studienzeit oder wenn sie behindert sind. Ich kenne keine normalen Ausnahmefälle, die wir da berücksichtigen. Noch bunter wird es, wenn wir nach dem Steuerrecht gehen oder versuchen, die Familie nach dem Steuerrecht zu definieren. Nein, nein, es gibt ein Familienrecht, nicht ein Steuerrecht. Es gibt ein Familienrecht und auch ein konventionelles Familienrecht, nicht nur ein gesetzliches, und nach dem ist zu gehen, nicht nach dem Steuerrecht.

Ich füge noch eine kleine Bemerkung in bezug auf die soeben genehmigte Änderung hinzu. Ich verstehe diese auch nicht ganz, denn entweder bekommen wir oder sehen wir die Gemeinschaften vor, andere Gemeinschaften, aber hier in diesem Falle eine neue Familie festzulegen für diese Zwecke, glaube ich, ist nicht möglich. Erklären Sie mir, Frau Kury, wie wir nach irgend einem anderen Familienrecht und einer anderen Religion, laut der es üblich ist, mehrere Frauen zu haben, ein Recht, das wir auch hier berücksichtigen müssten, wenn diese Fälle auftreten, vorgehen sollten. Das hätte ich gerne gehört, aber bitte, es ist überholt. Soviel wollte ich zu diesem Punkt bemerken. Ich würde am ehesten beim alten Text bleiben.

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** L'intervento del collega Willeit va interamente recepito. Con l'emendamento delle colleghe Zendron e Kury che è stato appena approvato di fatto andiamo a riconoscere una famiglia dove vi è una presenza di persone conviventi con i richiedenti in una relazione more uxorio. Nel contempo, con l'emendamento della Giunta diciamo "il richiedente, il coniuge purché convivente". Il coniuge potrebbe essere in vita ma non convivente. Sono in due residenze diverse, e ambedue hanno una relazione; pertanto costituiscono di fatto una convivenza in una relazione more uxorio. Cosa succede qui? Esistono casi di questo genere, ne conosco molti solo a Bolzano. Esistono anche casi dove di fatto c'è una separazione regolar-

mente registrata di coniugi che poi vivono insieme per sfruttare i contributi, il lavoro, il reddito ecc.

Io sono più d'accordo sulla prima interpretazione approvata in commissione: "Concorrono a comporre il nucleo familiare il richiedente nonché, purché conviventi ..." altrimenti non c'è più un nucleo familiare. Ci può essere un domicilio diverso dalla residenza anagrafica effettiva per motivi di lavoro, ma la residenza anagrafica e la convivenza ci deve essere per costituire il nucleo familiare. Può essere anche una convivenza non sancita dal matrimonio, ma ci deve essere una convivenza effettiva.

Assessore, bisogna tener conto di queste osservazioni, perché altrimenti andiamo a creare famiglie e famigliole. Ha detto bene che ci sono più mogli, ma anche più mariti. Noi oggi andiamo incontro ad una società diversa rispetto a quella alla quale siamo abituati, che consente la costituzione di nuclei familiari particolari. Non si può approvare una modifica di questo genere. Voto contro per i motivi che ho esposto.

**KURY (GAF-GVA):** Ich möchte dem Herrn Willeit und dem Herrn Ianieri antworten. Herr Ianieri, ich bin ganz mit Ihnen einverstanden. Der Optimalfall wäre gewesen, wenn man den Artikel 42, so wie er in der Kommission ausgearbeitet worden ist, abgeändert hätte, indem man nach den Wörtern "sofern zusammenlebend der Ehegatte" die Worte "oder ein in eheähnlicher Beziehung lebender Partner" eingefügt hätte. Es lag nicht in meiner Möglichkeit. Wir wissen, daß der Abgeordnete Berger eine Abänderung vorgelegt hat und wir wissen auch, daß 99,9 Prozent der Abänderungen, die von der Mehrheit eingebracht werden, durchgehen. Was konnte ich jetzt tun? Ich konnte nur mehr versuchen, den Abänderungsantrag des Abgeordneten Berger dahingehend zu verbessern, daß - jetzt antworte ich dem Abgeordneten Willeit - man ein Prinzip, das man in diesem Gesetz eingeführt hat - im Artikel 94 und im Artikel 107 ist nämlich auf diese eheähnliche Beziehung Bezug genommen - ...

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen)*

**KURY (GAF-GVA):** Nein, Artikel 94 mit Bezug auf den Artikel 45. Im Artikel 94 ist erklärt, daß zur Berechnung des Einkommens einer Familie auch jenes des eheähnlich zusammenlebenden Partners dazugezählt wird. Insofern, Herr Willeit, kann ich Ihnen auf die philosophische Frage, ob ein Harem da auch hineinfällt, nicht antworten. Ich kann Ihnen auf eine andere Frage antworten, nämlich, daß es mir richtig erscheint, daß, wenn in einem Gesetz ein Prinzip eingeführt ist, dieses Prinzip von A bis Z durchgehalten wird. Wenn also das Einkommen dieses eheähnlich zusammenlebenden Partners zählt, dann muß er konsequenterweise auch als Familienmitglied zählen. Das war mein Anliegen und ich denke, soweit sind wir uns ohne weiters einig.

**WILLEIT (Ladins):** *(unterbricht)*

**KURY (GAF-GVA):** Das eine ist in zwei Artikeln des Kommissionstextes schon unwidersprochen verankert. Also nehme ich an, daß ich, wenn es mir darum geht, dieses Prinzip durchzuhalten, ich diese Bestimmung vorne einfügen muß. Wir hätten es natürlich auch hinten wieder hinausschmeißen können, aber wir schaffen es nicht. Dies nur zur Erklärung, warum ich es so formuliert habe, obwohl ich ganz eindeutig der Meinung bin, daß Herr Ianieri recht hat. Die ideale Lösung wäre natürlich gewesen, wenn man unter dem Artikel 42 eben das in dieser Form von der Kommission dazufügen hätte können. Nach kurzer Rücksprache aber war es mir nicht möglich.

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** Io dico che è ancora possibile rimediare. Deve essere respinto l'emendamento presentato dalla Giunta provinciale. Di conseguenza viene a cadere l'emendamento approvato dei verdi, e si ripropone l'emendamento al primo comma dell'articolo 42 così come concepito. Così diamo veramente la definizione esatta della famiglia. Altrimenti non si capisce più niente. Pensiamo alle conseguenze che ci potranno essere un domani.

Respingiamo l'emendamento della Giunta. Va ripresentato l'emendamento dei verdi come modifica al testo approvato dalla commissione. Penso che involontariamente non si sia tenuto conto delle conseguenze di questa leggera inversione di termini e di parole. Quando noi parliamo di "un nucleo familiare composto dal richiedente e, purché convivente, dal coniuge" perché se non sono conviventi non c'è più nucleo familiare, e aggiungiamo il testo dell'emendamento dei Verdi, allora può andare bene. Invito la maggioranza a ritirare il suo emendamento e procedere come ho spiegato prima. Questo per rispondere alla consigliera Kury. Così salviamo il concetto di quella che è la forma, la costituzione di un nucleo familiare.

**KLOTZ (UFS):** Hier diese Umstellung hat so sicher keinen Sinn. Das "und, soweit zusammenlebend" würde sich also auf die minderjährigen Kinder beziehen sowie auf jene zwischen 18 und 25 Jahren, soweit zusammenlebend ... Wir können doch nicht Normen schaffen, die so ausgelegt werden können, daß beispielsweise junge Leute, die eine gewisse Zeit aus beruflichen oder Studiengründen nicht bei der Familie wohnen - die sind dann nicht zusammenlebend -, daß diese Kinder praktisch kein Zuhause mehr haben ...

**MAYR C. (SVP):** *(unterbricht)*

**KLOTZ (UFS):** Wenn sie steuermäßig abhängig sind, ja und wenn sie steuermäßig nicht mehr abhängig sind ... Aber sie können doch größtenteils in der Familie weiterhin bleiben. Herr Landesrat! Ich bin absolut nicht glücklich mit dieser Formulierung.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Quello che ha detto la dot-

toressa Kury mi sembra concreto. E' una situazione di vita quotidiana. Infatti diciamo che se uno convive di fatto, anche il reddito di questa persona dovrebbe essere conteggiato perché facente parte del nucleo in questione. Capisco che ci sono altre religioni ecc. Giustamente dice il collega Willeit dice che famiglia è fin tanto che due vivono sotto lo stesso tetto, se non vivono assieme cessa la denominazione di famiglia. Però siamo in un settore talmente delicato, ognuno ha una coscienza personale tale che mi affido al vostro buon senso.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Abänderungsantrag Durnwalder/Berger ab: mit 13 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wir haben jetzt einen nächsten Änderungsantrag, welcher vom Landeshauptmann Durnwalder und dem Abgeordneten Berger eingebracht worden ist, der wie folgt lautet: "Absatz 1, Satz 3 ist gestrichen. Il periodo 3 del comma 1 è soppresso."

Abgeordnete Mayr, Sie haben das Wort.

**MAYR C. (SVP):** Ich anerkenne zwar den guten Willen der Kollegin Zendron, nur kann ein Gericht nicht ... Es gibt kein Gerichtsurteil, das feststellt, daß jemand de facto getrennt ist. Wenn jemand getrennt sein will, dann muß er eben einen Antrag auf Ehetrennung einreichen, aber es gibt keinen gerichtlichen Nachweis, daß jemand de facto getrennt ist, und aus diesem Grund ist der 3. Satz des Absatzes 1 rechtlich nicht haltbar.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Io insisto sul fatto che la soluzione che è stata approvata in commissione fa un passo avanti nell'affrontare un problema reale, esistente. Questa formulazione che mette in collegamento alcuni rari casi che sono quelli in cui esiste un procedimento giudiziario e la legislazione a me sembra che sia necessaria. Quando due persone si separano, non è che litigano, poi uno se ne va e subito vanno dagli avvocati. Di solito uno aspetta che il coniuge faccia ritorno. E' umano che ci sia un periodo di stallo. In questa situazione normalmente la donna rimane a casa, magari ha una certa età, la pensione minima di 600.000 lire, e ci sono casi in cui le viene richiesto di pagare un canone di affitto di 800 mila lire o un milione. Il marito invece che se ne è andato, da cui non tempestivamente ha fatto la separazione, continua a guadagnare. L'Ipeaa, quando fa il calcolo, somma il reddito, magari anche molto elevato, del marito con quello della pensione minima o magari degli assegni alimentari che sappiamo sono davvero ridicoli, e questo diventa una situazione incredibile. Questo riguarda sia le case sociali ma anche tutti i tipi di incentivazione, sostegno, contributi che sono possibili da parte delle famiglie. Sono situazioni realmente drammatiche e non posso credere che non vi sia capitato di aver avuto dei casi molto drammatici, voi che dite di stare molto attenti ai vostri elettori. Ovviamente non si può aprire la porta a tutti e dire che quando c'è una separazione di fatto, che non vuol dire un granché, si ritorna indietro e si considera il reddito solo del coniuge residuo. Questo non si può fare

perché ovviamente ci sarebbero tante separazioni di fatto. Invece questa è una limitazione che dice che nel momento in cui c'è un procedimento di separazione in atto, e l'autorità giudiziaria prende atto che c'è una separazione già in atto, che può essere dimostrata per esempio con un contratto di affitto di un'altra casa, l'IPES, e comunque la Provincia se si tratta di altri casi, tiene conto di questa situazione di reddito. Questa è una cosa troppo importante perché sia ignorata o sorpassata con leggerezza.

Io so che non esiste un punto fino a quando uno non chiede la separazione e questa non viene fatta anche legalmente, però io credo che la legge debba prevedere degli spazi di comprensione di quella che è la realtà nuova che si viene a configurare. Non può esserci una legge che dice o è così o è così, da un giorno all'altro, da un minuto all'altro senza che si tenga conto di questa situazione. Non credo che sarebbe un danno per l'erario o che coinvolgerebbe tantissime persone con la limitazione che si dica "quando viene accertata dall'autorità giudiziaria la separazione di fatto da oltre un anno" e si tenga conto di questa separazione, senza calcolare il reddito di entrambi i coniugi con grave danno delle persone. Poi succede, come capita, che la Provincia con una mano prende, l'IPES chiede ad una persona cifre abominevoli, dall'altra parte, sapendo il problema, attraverso l'ECA gli dà gli stessi soldi o non tutti, costringendo la persona a sacrifici grandissimi per poter pagare il debito di cui non è colpevole.

Non si può chiedere ad un cittadino che si sa benissimo che non può pagare delle cifre iperboliche, e poi, convinto che non li può pagare, dargli soldi perché possa effettuare questo passaggio da una mano all'altra. La legge deve essere in grado, senza permettere degli abusi, di garantire valutazione esatta di quello che è il reddito della persona in quel momento in cui gli si chiede di pagare una determinata cifra. Per l'accertamento del reddito non si può sempre rimanere insensibili quando queste situazioni cambiano la capacità di spesa di una famiglia.

Io considero un passo indietro molto grave l'eliminazione di questo emendamento introdotto in commissione. Sarebbe interessante sapere quali valutazioni faccia la Giunta, perché è chiaro che riguarda poche persone, dato che l'autorità giudiziaria deve dare il suo parere. Allora sarebbe veramente un accanimento verso delle situazioni di difficoltà che non si vogliono assolutamente comprendere. Non lo capisco. Anche in questo caso, come abbiamo visto nell'articolo precedente, c'è un'incapacità di comprendere quelli che sono i reali accadimenti della nostra società rincorrendo dei principi che non sono realistici. La legge in questo caso dovrebbe affrontare la situazione in maniera più realistica, lasciando il testo così come è e respingendo l'emendamento dei signori Berger e Durnwalder.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

**Dott. UMBERTO MONTEFIORI**

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** Nessun altro desidera intervenire sull'emendamento? No. Metto in votazione l'emendamento: approvato con 14 voti favorevoli, 5 voti contrari e 3 astensioni.

Chi vuole intervenire sull'articolo? Nessuno. Allora lo pongo in votazione. Prego di contare, perché la consigliera Klotz ha chiesto la verifica del numero legale: approvato con 15 voti favorevoli, 5 voti contrari e 2 astensioni.

Torniamo sull'emendamento all'articolo 41, comma 2 presentato dai consiglieri Ianieri e Willeit, di cui avevamo sospeso la trattazione, perché doveva essere tradotto.

Leggo l'emendamento che dice: Articolo 41, comma 2: Aggiungere alla fine del 2° comma: "e comunque in località raggiungibile in un tempo non superiore a 30 minuti con normali mezzi pubblici o, in mancanza di idonei collegamenti, con mezzi privati".

Artikel 41, Absatz 2: Am Ende von Absatz 2 hinzufügen: "und jedenfalls in höchstens 30 Minuten mit gewöhnlichen öffentlichen Verkehrsmitteln oder mangels geeigneter Verbindungen mit dem Privatfahrzeug zu erreichen ist". La parola al consigliere Ianieri, ne ha facoltà.

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** Voglio ritornare su questo articolo dove è stato chiaramente detto che non è tanto la distanza chilometrica quella che deve essere presa in considerazione ai fini di rendere facilmente raggiungibile dall'abitazione il posto di lavoro, quanto il tempo, le difficoltà, il tipo di percorso che ci può essere dall'abitazione, che possono essere causati da un insieme di fattori indipendenti dalla distanza effettiva. Ad esempio Bolzano da Bressanone, o anche da Trento, con l'autostrada o il treno, è raggiungibile più velocemente che da un paesino in una valle o in montagna dove i mezzi pubblici scarseggiano, o non ci sono, o dove il percorso è tortuoso, dove in particolari periodi dell'anno per poter fare 20 km ci vuole un'ora. Quindi anche il tempo deve essere preso in considerazione. Lo leghiamo a quello che è un tempo convenzionato stabilito, che è quello del mezzo pubblico, o, in mancanza del mezzo pubblico, teniamo presente la necessità di doversi servire di un mezzo privato, ma comunque la distanza in base al traffico, al tipo di strada, e a tutta una serie di fattori che devono essere considerati deve essere percorribile in un tempo di 30 minuti.

Resta immutata la questione della distanza, che è di 40 km, comunque anche con una distanza inferiore in base al tempo che ci vuole per poter raggiungere detta località. Se c'è il mezzo pubblico è legata al tempario ufficiale del mezzo pubblico stesso, in mancanza dello stesso, tenendo presente tutta una serie di considerazioni, questo tempo non deve essere superiore ai 30 minuti. Vi invito a riflettere su questo mio emendamento che credo sia sensato e logico.

**KURY (GAF-GVA):** Ich ersuche um geheime Abstimmung.

**PRESIDENTE:** La consigliera Kury e altri quattro consiglieri hanno chiesto la votazione a scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - Geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 26, sì 11, no 15. L'emendamento è respinto.

Qualcuno vuole intervenire sull'articolo 41? Nessuno. Allora lo metto in votazione: Prego contare, perché la consigliera Klotz ha chiesto la verifica del numero legale: approvato con 17 voti favorevoli, 1 voto contrario e 4 astensioni.

#### Art. 43

##### *Requisiti generali per l'ammissione alle agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione, l'acquisto e il recupero di abitazioni*

1. Per essere ammessi alle agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione, l'acquisto e il recupero di abitazioni destinate al fabbisogno abitativo primario i richiedenti devono essere in possesso dei seguenti requisiti generali:
  - a) avere da almeno cinque anni la propria residenza o il posto di lavoro nella provincia;
  - b) non essere proprietari, titolari del diritto di usufrutto, uso o abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia e facilmente raggiungibile, o avere ceduto nei cinque anni antecedenti la presentazione della domanda la proprietà, il diritto di usufrutto, uso o abitazione di un tale alloggio; lo stesso vale per il coniuge non separato e per il convivente more uxorio;
  - c) non essere componenti di famiglia che sia stata ammessa ad un contributo pubblico per la costruzione, l'acquisto o il recupero di un'abitazione, salvo il caso di costituzione di nuova famiglia;
  - d) non avere un reddito complessivamente superiore ai limiti massimi di reddito fissati in misura differenziata dall'articolo 56 in relazione ai diversi tipi di agevolazione edilizia.
2. Il requisito di cui alla comma 1, lettera a), non si applica ai richiedenti emigrati all'estero già residenti in provincia prima dell'emigrazione per almeno cinque anni, i quali intendano ristabilire la loro residenza in provincia. Lo stesso vale per il loro coniuge non separato.
3. In caso di recupero per l'abitazione destinata al fabbisogno abitativo primario del proprietario non si applica la causa di esclusione contenuta al comma 1, lettera b), neppure nel caso che il proprietario abbia alienato nello stesso edificio in cui si trova l'abitazione da recuperare altre abitazioni a parenti in linea retta.
4. Il requisito di cui alla comma 1, lettera b), limitatamente all'alloggio oggetto della prima richiesta, non si applica in caso di rigetto della domanda di agevolazione edilizia, purché la domanda sia ripresentata entro 60 giorni dalla comunicazione del rigetto e purché al momento della presentazione della prima domanda sussistessero i requisiti per essere ammessi all'agevolazione edilizia.

5. Il requisito di cui alla comma 1, lettera c), non si applica per il recupero, qualora dalla concessione della precedente agevolazione per il medesimo alloggio siano passati almeno 25 anni e in caso di mutuo questo sia stato interamente rimborsato.

-----

*Allgemeine Voraussetzungen für die Zulassung zur Wohnbauförderung des Landes für den Bau, den Kauf und die Wiedergewinnung von Wohnungen*

1. Um zur Wohnbauförderung des Landes für den Bau, den Kauf und die Wiedergewinnung von Wohnungen für den Grundwohnbedarf zugelassen zu werden, müssen die Gesuchsteller folgende allgemeine Voraussetzungen erfüllen:
  - a) sie müssen ihren Wohnsitz oder ihren Arbeitsplatz seit mindestens fünf Jahren im Lande haben,
  - b) sie dürfen nicht Eigentümer einer dem Bedarf ihrer Familie angemessenen und leicht erreichbaren Wohnung sein, das Fruchtgenuß- Gebrauchs- oder Wohnungsrecht an einer solchen Wohnung haben, oder in den fünf Jahren vor Einreichen des Gesuches das Eigentum, das Fruchtgenuß- Gebrauchs- oder Wohnungsrecht an einer solchen Wohnung veräußert haben; dasselbe gilt für den nicht getrennten Ehegatten und für die in eheähnlicher Beziehung lebende Person,
  - c) sie dürfen nicht Mitglieder von Familien sein, die zu einem öffentlichen Beitrag für den Bau, den Kauf oder die Wiedergewinnung einer Wohnung zugelassen worden sind; dies gilt nicht für den Fall, daß eine neue Familie gegründet wird,
  - d) sie dürfen nicht über ein Gesamteinkommen verfügen, welches die Einkommenshöchstgrenzen übersteigt, die je nach den verschiedenen Förderungsarten von Artikel 56 unterschiedlich festgelegt werden.
2. Die Voraussetzung laut Absatz 1 Buchstabe a) findet nicht auf die ins Ausland Abgewanderten Anwendung, die vor der Abwanderung für mindestens fünf Jahre im Lande ansässig waren, und beabsichtigen, ihren Wohnsitz wieder im Lande aufzuschlagen. Dasselbe gilt für deren nicht getrennten Ehepartner.
3. Im Falle der Wiedergewinnung kommt der in Absatz 1 Buchstabe b) enthaltene Ausschlußgrund für die Wohnung, die dem Grundwohnbedarf des Eigentümers dient, nicht zur Anwendung, auch nicht wenn der Eigentümer im selben Gebäude, in dem sich die wiederzugewinnende Wohnung befindet, andere Wohnungen an Verwandte in gerader Linie veräußert hat.
4. Wird ein Wohnbauförderungsgesuch abgelehnt und innerhalb von 60 Tagen nach der Mitteilung des Ablehnungsbescheides erneuert, kommt die Voraussetzung laut Absatz 1 Buchstabe b), beschränkt auf die Wohnung, die Gegenstand des ersten Gesuches ist, nicht zur Anwendung, wenn zum Zeitpunkt des Einreichens des ersten Gesuches die Voraussetzungen bestanden haben, um zur Wohnbauförderung zugelassen zu werden.
5. Die Voraussetzung laut Absatz 1 Buchstabe c) findet auf die Wiedergewinnung nicht Anwendung, falls seit der Gewährung der ersten Förderung für dieselbe Wohnung mindestens 25 Jah-

re vergangen sind und im Falle eines Darlehens, dieses gänzlich getilgt worden ist.

L'emendamento al comma 1 lett. a) presentato dai consiglieri Minniti, Benussi e Holzmann è stato ritirato. Ne è stato presentato uno nuovo da parte dei consiglieri Minniti e Holzmann al comma 1, lettera a), che dice: "stralciare - streichen."

La parola al consigliere Minniti per l'illustrazione.

**MINNITI (AN):** Non riteniamo che sia comprensibile o comunque accettabile che debbano essere previsti degli anni di residenza per essere ammessi alle agevolazioni edilizie. Già la questione 5 anni sembrava strana. Perché prevedere 5 anni quando per esempio il diritto al voto ne richiede 4? Però il discorso comunque di inserire un certo numero di anni per poter essere ammessi a queste agevolazioni determina una esclusione per tutti i cittadini che vengono in Alto Adige e quindi una discriminazione anche a livello europeo. Perché un cittadino europeo non può avere determinati diritti, quali quello di essere ammesso a questa agevolazione edilizia? E' chiaro che non ci sono problemi di nessun genere, il punteggio lo si ha anche sulla base di residenza del cittadino. Quindi se lo spagnolo, il portoghese o l'africano dovessero giungere in Alto Adige dall'oggi al domani potrebbero, secondo noi, fare la domanda per l'ammissione alle agevolazioni edilizie. Poi bisogna vedere se hanno il punteggio. Chiaro che chi appena giunge in Alto Adige non può avere benefici di questo tipo. Allora ci sembra discriminatorio mantenere in piedi un principio che riteniamo inutile. Se in un primo momento pensavamo fosse sufficiente portare da 5 a 4 gli anni, avendo fatto un maggiore riflessione, abbiamo ritenuto che non fossero giusti neppure i 4 anni. Chiediamo quindi che venga stralciato questo principio e che tutti possano fare la domanda di agevolazioni. Saranno poi gli organi competenti a dover valutare se una persona residente ha il punteggio o meno.

**PRESIDENTE:** Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: respinto con 5 voti favorevoli, 2 astensioni e 16 voti contrari.

Il consigliere Ianieri ha presentato un emendamento che dice: "Il comma 2 dell'articolo 43 viene sostituito dal seguente:

"2. Il requisito di cui al comma 1, lettera a) non si applica ai richiedenti trasferiti in altre regioni o province o emigrati all'estero, già residenti in provincia per almeno 5 anni prima del trasferimento o dell'emigrazione, i quali intendano ristabilire la loro residenza in provincia. Lo stesso vale per il loro coniuge non separato".

Der Absatz 2 des Artikels 43 wird durch folgenden ersetzt:

"2. Die Voraussetzung laut Absatz 1 Buchstabe a) findet nicht auf die in andere italienische Regionen oder Provinzen Übersiedelten oder auf die ins Ausland Abgewanderten Anwendung, die vor der Übersiedlung oder Abwanderung für

mindestens fünf Jahre im Lande ansässig waren, und beabsichtigen, ihren Wohnsitz wieder im Lande aufzuschlagen. Dasselbe gilt für deren nicht getrennten Ehepartner”.

La parola al consigliere Ianieri per l'illustrazione.

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** Questo emendamento tende a modificare il secondo comma dell'articolo 43, secondo il quale il requisito di avere da almeno cinque anni la residenza o il posto di lavoro nella provincia non si applica ai residenti o immigrati all'estero già residenti in provincia prima dell'emigrazione per almeno 5 anni i quali intendono ristabilire la loro residenza in provincia. Questo requisito deve essere riconosciuto e non deve essere applicato solo a tutti i richiedenti trasferitisi all'estero ma anche a quelli trasferitisi in altre regioni o province italiane, oltre a quelli emigrati all'estero che erano già residenti in provincia per almeno 5 anni prima del trasferimento o dell'emigrazione. Se ad un certo momento una persona si trasferisce ad Innsbruck per motivi di lavoro o di studio e poi rientra, è giusto che conservi questo diritto. Ma se la stessa persona, dello stesso nucleo familiare, sempre per motivi di studio va a Padova e trasferisce lì la sua residenza e poi rientra, perché non deve essere riconosciuto anche per questa persona questo diritto, visto che era residente in provincia? Questo è il concetto: parità di diritti e parità di doveri. Non ci devono essere solo dei doveri per tutti e dei diritti solo per alcuni. Io devo avere dei doveri a cui devo ottemperare. Non riesco a capire perché di due fratelli, due cugini, due compaesani, tutti e due nati qua, tutti e due costretti a trasferirsi per motivi di lavoro o di studio, uno a Innsbruck e uno a Padova, al momento del rientro uno conserva i diritti e l'altro no.

Dobbiamo avere la parità nei doveri e nei diritti. Vi prego di riflettere, tanto più che ormai entriamo in un contesto di unità europea, quindi prima o dopo non ci sarà più questo vincolo. L'unione europea verrà considerata tutto uno stato. Non si andrà più in Austria, in Italia o in Francia, ci sarà la libera circolazione per lavoro, per studio, per svago, per tutto. Un questione di giustizia vuole che non si commetta una ingiustizia ai danni di alcuni cittadini che devono comunque ottemperare a dei doveri e non possono esercitare dei diritti.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** L'emendamento è ampiamente condivisibile. Semmai c'è da chiedersi come abbia fatto il legislatore proponente ad inserire il passaggio attualmente base della discussione. Qui si introduce una discriminazione palese, una violazione nei confronti di quel cittadino, di quell'altoatesino che dovesse andare in un'altra provincia e dovesse tornare poi in Alto Adige, nei confronti invece di quell'altoatesino che andrà a risiedere all'estero. Visto che non vi è motivo per introdurre un'altra volta una differenziazione fra cittadini che per necessità debbono recarsi in un'altra provincia o regione piuttosto che un altro stato, questo emendamento deve essere accolto. Non lo sarà, per scelta politica che viene fatta dalla maggioranza di questo Consiglio, perché questa decisione parte dalla presunzione che la maggior parte di coloro i quali si trasferiscono in altre province o regioni d'Italia siano

italiani e quindi sono ben contenti che se ne vadano, così, quando poi tornano, hanno più difficoltà di riacquisire i diritti per avere i requisiti per l'ammissione alle agevolazioni edilizie.

Non condivido questo, perché è una cosa insensata, quindi voterò tranquillamente l'emendamento che ritengo piuttosto importante.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Anch'io sono favorevole all'emendamento lanieri e ho presentato un emendamento che ha lo stesso significato. Capisco come è nata questa normativa, è nata sulla base di quella che era l'esperienza del passato, non c'era in realtà una differenza fra la persona di lingua italiana che stava qui o nel resto del paese, e c'era stato un fenomeno storico di emigrazione di massa sia nel periodo delle opzioni sia negli anni 50, per mancanza di lavoro, da parte della popolazione di lingua tedesca verso l'ambito culturale di lingua tedesca. Poi ci saranno stati anche quelli che non trovando lavoro qui pur essendo di lingua tedesca sono andati nel resto d'Italia. Comunque la ragione storica è questa.

Proprio per questo credo che oggi si debba prendere atto che non è più così e che chi va fuori provincia in fondo lo fa, grazie a Dio, andando da una parte o dall'altra indifferentemente. Oltretutto con l'entrata in vigore dell'accordo di Schengen, l'Euro e l'Europa, andare verso nord o verso sud non fa una grande differenza. Per questo questa normativa adesso sembra tanto strana, tanto discriminatoria. Non si capisce perché debba essere privilegiato un giovane che va ad Innsbruck, se ne sta lì, magari abita a Vipiteno e quindi potrebbe tornare a casa alla sera, e invece la persona che va in Sicilia, che è molto lontana con difficoltà di collegamento, debba essere praticamente cancellata dalla comunità locale e non più ammessa a quei benefici.

In generale l'aiuto pubblico per farsi la casa dovrebbe essere piuttosto per le persone che ci sono. E' un po' questo vantaggio dell'origine "DOC" che non mi convince tanto, oggi nel mondo dove tutti si muovono e dove uno ha diritto, se va da un'altra parte, anche ad avere una casa da un'altra parte. Però questa normativa è una, ma non l'unica, che conserva tutto il peso e il sapore della storia. Nella discussione generale ho detto che sulla definizione della normativa sulla casa si è esercitato tutto il sapere, il potere e anche la perfidia del conflitto etnico, perché era una questione importante che, definita in un modo o nell'altro, ha portato via via discriminazione, malessere ecc. Proprio per questo ci si dovrebbe aspettare oggi, che riteniamo composto questo conflitto nelle sue grandi linee, a parte qualche problema, e soprattutto risolto per quello che riguarda proprio l'abitazione, perché qui la differenza non è più sociale, ma di vario tipo, anche secondo me un po' di fortuna, ma è sicuramente non più etnica. Non c'è più chi non ha la casa e ha molti punti, più o meno con gli stessi punti da tutte le parti si ha accesso allo stesso beneficio. Proprio per questo bisognerebbe cominciare ad eliminare queste previsioni vecchie, come questa che crea una discriminazione inammissibile, all'interno anche di una stessa famiglia, tra due giovani dei quali, come si è detto, uno va ad Innsbruck, l'altro invece a Padova. Uno avrà un vantaggio e l'altro no. Qualcuno deve spiegare il

perché di questa discriminazione. Se noi ne facciamo una questione legata al passato si può capire fino ad un certo punto, perché può esserci stato lì un andare in un'altra direzione, ma altrimenti è difficilmente comprensibile perché ci sia un privilegio.

Io ho molti parenti che nel 1939 hanno optato per la Germania e sono poi rimasti a vivere in Austria e in Germania. Oggi non riterrei tanto giusto che gli stessi miei parenti, o le loro mogli, dopo avere fatto la loro vita tutto ad un tratto venissero qui e si facessero una casa avendo un vantaggio. In fondo la vita è andata. Ci sono delle ingiustizie storiche, la riparazione sarebbe avvenuta prima se loro ne avessero voluto godere, se avessero potuto farlo. Però è andata come è andata e non mi sembra che coinvolgere anche le nuove generazioni in questo ricordo del passato sia una cosa che può fare bene. Non vedo dove sia il vantaggio e dove stia la giustizia di un principio che privilegia chi si sposta verso nord, magari solo di pochi chilometri, rispetto chi si sposta verso sud, magari allontanandosi molto dalla casa.

**WILLEIT (Ladins):** Ich gedenke nicht wieder die Frage der verschiedenen Behandlung zwischen ins Ausland Abgewanderten und in die Nachbarprovinz oder nach Sizilien Abgewanderten aufzuwerfen. Ich habe bereits im Zusammenhang mit Artikel 4 darüber gesprochen und auch meine Bedenken dazu geäußert. Aber ich stelle fest, soweit ich im Bilde bin, daß man hier eine neue Voraussetzung für die Zulassung zur Wohnbauförderung schafft, bestehend in fünf Jahren Wohnsitz oder Arbeitsplatz im Lande. Diese Voraussetzung müßte neu sein, soweit ich im Bilde bin. Und ich frage mich, welchen Sinn diese Bestimmung hat, denn wenn jemand überhaupt nicht oder erst seit kurzer Zeit ansässig ist, dann bekommt er weniger Punkte, also hat er weniger Chancen zur Wohnbauförderung zugelassen zu werden. Warum diese Zulassungsbedingung?

Der zweite Punkt betrifft den Buchstaben b). Soweit sind wir zwar noch nicht, aber ich darf dies trotzdem vorwegnehmen und zwar indem ich die Bemerkung des zuständigen Landesrates im Zusammenhang mit dem vorhergehenden Artikel 41 korrigiere, wonach die 28 Quadratmeter nur eine untere Grenze ist, man könne ja drübergehen. Nein, es ist eine fixe Grenze, denn wenn einer eine 28 Quadratmeter große Wohnung besitzt, wird er bereits ausgeschlossen. Als Ausschlußgrund ist es eine fixe Grenze, und zwar die Höchstgrenze. Wenn einer eine Wohnung von 28 Quadratmetern besitzt, dann wird er nicht zur Förderung zugelassen, also kann er nicht 29, 35 oder 40 Quadratmeter bekommen. Es genügt, daß er 28 Quadratmeter hat, und er wird als Einzelperson ausgeschlossen. Also ist es wohl eine fixe, in diesem Falle höchste Grenze.

**IANIERI (I LIBERALI - Unione di Centro Liberale):** Chiedo la votazione per appello nominale.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** A titolo personale non posso condividere queste considerazioni...

**PRESIDENTE:** Siamo già in votazione. Ho estratto il numero 34.

**WILLEIT (Ladins):** Ja.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Sì.

**ACHMÜLLER (SVP):** Nein.

**ATZ (SVP):** (Abwesend)

**BENEDIKTER (UFS):** (Abwesend)

**BENUSSI (AN):** (Assente)

**BERGER (SVP):** Nein.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Sì.

**CIGOLLA (PPTAA):** Sì.

**DENICOLO' (SVP):** Nein.

**DI PUPPO (PPI):** (Assente)

**DURNWALDER (SVP):** (Abwesend)

**FEICHTER (SVP):** Nein.

**FRASNELLI (SVP):** (Abwesend)

**FRICK (SVP):** (Abwesend)

**HOLZMANN (AN):** Sì.

**HOSP (SVP):** Nein.

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** Sì.

**KASSLATTER-MUR (SVP):** Nein.

**KLOTZ (UFS):** Nein.

**KOFLER (SVP):** Nein.

**KURY (GAF-GVA):** Ja.

**LAIMER (SVP):** Nein.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Nein.

**MAYR C. (SVP):** Nein.

**MAYR S. (SVP):** Nein.

**MESSNER (SVP):** Nein.

**MINNITI (AN):** Sì.

**MONTEFIORI (Italia Federale):** Sì.

**MUNTER (SVP):** Nein.

**PAHL (SVP):** Nein.

**PETERLINI (SVP):** Nein.

**SAURER (SVP):** Nein.

**TARFUSSER (Die Freiheitlichen):** Nein.

**VIOLA (Autonomia Dinamica):** No.

Comunico l'esito della votazione: con 19 voti contrari e 9 voti favorevoli l'emendamento è respinto.

Leggo due emendamenti al comma 2 presentati dai consiglieri Minniti, Benussi e Holzmann, che discuteremo assieme. Il primo dice: Al comma 2 la parola "all'estero" è stralciata.

Il secondo dice: Dopo le parole "residenza in provincia" aggiungere "e per gli emigrati in altre Province d'Italia".

Im Absatz 2 werden die Wörter "ins Ausland" gestrichen. Nach den Wörtern "im Lande aufzuschlagen" werden folgende Wörter eingefügt: ", ebenso nicht auf in andere italienische Provinzen Abgewanderte".

La parola al consigliere Minniti per l'illustrazione.

**MINNITI (AN):** Come diceva giustamente l'assessore Achmüller, di questo grosso problema se ne è già parlato ampiamente nell'articolo 4. E' bene

che noi si ricordi che siamo in attesa di un parere della Comunità Europea, alla quale abbiamo fatto riferimento per sapere se esistono o meno discriminazioni di diritto comunitario fra i cittadini che vivono nella provincia di Bolzano e tutti gli altri cittadini europei e comunque anche del territorio nazionale che vengono colpiti e in qualche modo discriminati da un provvedimento di questo genere. Quando si parla di emigrazione all'estero non si intende l'emigrazione dalla provincia di Bolzano, ma, stando agli atti della provincia, tutti i dati che vengono pubblicati dall'ASTAT che non è un organo alieno alla provincia, l'immigrazione dall'Italia. Evidentemente vi è la consapevolezza che questa Giunta provinciale considera su due piani diversi coloro che vanno all'estero e coloro che vanno nel resto del territorio nazionale. Per evitare questa discriminazione riteniamo doveroso, anche da parte della Giunta, sgomberare il campo da qualsiasi dubbio, inserendo nel comma 2 di questo articolo 43 anche tutte quelle indicazioni che possono servire. Quando si parla di emigrati all'estero, si deve dire "dalla provincia di Bolzano". Quando noi parliamo di residenza in provincia, aggiungiamo che comunque il provvedimento riguarda tutti quegli emigrati nelle altre province d'Italia, perché è bene che si faccia chiarezza. Non si deve ingenerare una sensazione che i cittadini italiani che vivono in Alto Adige ma anche nel resto del territorio nazionale possono essere in qualche modo discriminati, e che questi siano discriminati è evidente. Noi sappiamo che è più facile per un cittadino italiano, magari dipendente statale o comunque delle forze dell'ordine, dover abbandonare la provincia per motivi di servizio e recarsi nel resto del territorio nazionale, piuttosto che andare all'estero. E' praticamente impossibile, a meno che non si faccia parte delle forze Nato. E' chiaro che oltre ad essere una discriminazione di tutti gli altri cittadini che non vivono in Alto Adige è una particolare discriminazione per la minoranza linguistica italiana locale. Noi a questo vorremmo che si ponesse termine. Auspichiamo pertanto che la Giunta provinciale voglia accogliere entrambi i nostri emendamenti.

**ACHMÜLLER (SVP):** Im Namen der Südtiroler Volkspartei möchte ich erklären, daß wir gegen diese beiden Anträge sind. Im Grund beinhalten diese Anträge inhaltlich dieselbe Bestimmung, über die bereits vorhin abgestimmt worden ist. Es kann uns recht sein, daß von seiten von Alleanza Nazionale die Europäische Kommission mit der Angelegenheit befaßt wird, inwieweit hier Diskriminierungen vorliegen und wenn man hier zu einer Bereinigung der Angelegenheit kommt, d.h. zu einer rechtlichen Klärung, dann wird auch diesbezüglich Klarheit geschaffen. Aber wenn Klarheit geschaffen wird, dann muß sie natürlich nicht nur in bezug auf unser Gesetz hier gelten, sondern auch in bezug auf gesamtstaatliche Gesetze, die ebenfalls von den "Ausgewanderten ins Ausland" sprechen, für die auch besondere Bestimmungen und auch vielleicht irgendwelche Förderungen vorgesehen sind, zum Unterschied von anderen Staatsbürgern, die zwischen einzelnen Regionen hin und her wandern. Ich habe mir vorhin den Zwischenruf erlaubt, daß wir bereits früher, also im Zusammenhang mit dem Artikel 4, diese gesamte Materie abgehandelt und durchdiskutiert haben. Wir bleiben diesbezüglich bei unserer Meinung, daß wir hier zwi-

schen jenen unterscheiden, die ins Ausland abgewandert sind und jenen, die nur in andere Regionen abgewandert sind.

Ich möchte auch dem Kollegen Ianieri sagen, daß es nicht üblich ist, daß man im Zusammenhang mit Studien - er hat Innsbruck und Padova genannt -, gleichzeitig auch seinen Wohnsitz verlegt. Das ist nicht das Normale. Wenn Studenten dorthin gehen, dann behalten sie normalerweise den Wohnsitz hier bei.

Zurückkommend auf die "ins Ausland Abgewanderten" möchte ich sagen, daß das ja nicht auf eine Volksgruppe begrenzt ist; das gilt auch für die italienische Volksgruppe. Ich habe mir sagen lassen, daß beim Institut für geförderten Wohnbau die Gesuche, die zur Zeit dort aufliegen, gerade Gesuche von Gesuchstellern der italienischen Volksgruppe sind. Auch der Abgeordnete Ianieri hat das letzte Mal den Fall seines Sohnes oder eines Verwandten gebracht, der in der Schweiz lebt. Das sind Fälle, die genau auch so behandelt werden und in dieses Gesetz hineinfallen.

Ich möchte aber auch nocheinmal unterstreichen - ich glaube, es ist auch das letzte Mal schon vom Landeshauptmann gesagt worden -, daß das Phänomen nicht sehr groß ist, weil in den letzten zehn Jahren insgesamt nicht mehr als etwa dreißig Personen zur Förderung zugelassen worden sind. Somit, würde ich sagen, sollte man das Ganze wirklich nicht übertreiben und in jenen Dimensionen belassen, in denen es ist.

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** Non ho nessuna difficoltà, collega Achmüller, a risponderLe. Le posso garantire che c'è un parere commissionato dalla Giunta provinciale di Bolzano, del quale si è interessata anche la Magistratura, e colgo l'occasione per precisare che alla Magistratura non ho fatto io l'esposto, ma un cittadino di lingua tedesca a voi molto ben vicino, in merito ad una mia interrogazione che ho presentato in questo Consiglio, a cui ancora non ho ricevuto risposta, e che ho ripresentato, e Lei stesso mi aveva dato la richiesta. Il parere "Hummerer e Schweizer" chiarisce che nell'ambito della Comunità Europea che garantisce la libera circolazione non fa differenza che io mi sposti per andare ad Innsbruck o a Padova. Voi non avete reso pubblico questo parere. Io ancora sto aspettando, e colgo l'occasione per sollecitare il Presidente del Consiglio affinché mi sia data questa risposta, e non facendo riferimento all'ultima interrogazione che ho presentato, di cui non sono ancora scaduti i 60 giorni. E' passato più di un anno, perché c'è una continuità fra la prima interrogazione e la risposta data. Rendiamo noto quel parere, signor Assessore, in tutte le sue parti, e poi vediamo se è giusta la Sua interpretazione o quello che io chiedo! Forse per voi andare a Padova è considerato all'estero, non lo so. Io dico che giustizia vuole che non ci sia differenziazione. Sicuramente il parere dell' Unione Europea darà questa risposta. Quando vi deciderete a rendere noto questo parere, allora molte cose salteranno, a cominciare dalla proporzionale. Lei ha voluto introdurre questo argomento, e io Le rispondo con argomenti. Facciamo una volta per sempre chiarezza, per quanto concerne il censimento, la libera circolazione,

l'applicazione della proporzionale, la divisione in gruppi etnici e in tante altre cose!

Non posso che sostenere gli emendamenti dei colleghi di Alleanza Nazionale perché è una questione di giustizia. Vogliamo parità nei diritti e nei doveri. Non vogliamo avere solo i doveri e rinunciare ad alcuni diritti. Per noi il cittadino che si sposta da Bolzano e va ad Innsbruck e quello che si sposta e va a Padova - e cito queste due città perché conosco una famiglia dove il fratello che è andato a Innsbruck ha ricevuto i contributi, quello che è andato a Padova no; Le posso dare nome e cognome di questa famiglia - sono tutti e due cittadini altoatesini.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Che si tratti di una scelta politica, assessore Achmüller, è evidente, perché nella votazione precedente l'assessore Cigolla, che è il presentatore di questa legge, ha votato a favore di un emendamento che andava contro quanto lui ha sottoscritto, presentato in nome della Giunta. Vuol dire che sotto il profilo politico voi volete agire in questo modo discriminatorio. Non vi è una scelta ragionevole perché venga mantenuto in essere quanto previsto in questo passaggio. Si tratta, come ha detto Lei, di una scelta, di favorire gli emigrati, e per emigrati si intendono coloro i quali sono andati all'estero, piuttosto che coloro i quali trasferiscono la loro residenza in altra provincia d'Italia. E' una scelta politica, assessore. E poco importa se si tratta di soli 30 casi in dieci anni, perché se anche un solo cittadino fosse discriminato, sarebbe grave. Importa il principio che si andrebbe ad introdurre, se non venisse cambiato. Io sono convinto che non sarà cambiato, perché voi non volete. Sono convinto che il Governo interverrà su questa questione, perché se è vero che gli immigrati che rientrano nel loro paese d'origine devono ottenere un occhio di riguardo, è altrettanto vero che non si può nemmeno pensare di porre in essere una discriminazione nei confronti di coloro che vanno in un'altra provincia, che poi qui tornano, perché rendiamoci conto che andare a lavorare in un'altra provincia lo si fa perché il dipendente viene trasferito, perché la Zuegg chiude ecc., il libero imprenditore perché fa una scelta. Comunque se uno dovesse decidere di tornare, è importante anche per la nostra comunità che chiunque sia andato in un'altra zona d'Italia possa poi rientrare mantenendo in essere gli stessi diritti che vengono riconosciuti nel caso in cui si fosse recato all'estero. E' significativo il fatto che il presentatore di questo disegno di legge voti a favore di un emendamento che va contro quanto lui ha sottoscritto e proposto. Che poi magari bisognerebbe attendersi più decisione rispetto altre cose, questo è un altro discorso, è una mia valutazione, ma certamente per questione di principio non si può parlare di 30 casi come insignificante questione rispetto alla materia.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione il primo emendamento: respinto con 8 voti favorevoli, 16 voti contrari e 1 astensione.

Metto in votazione il secondo emendamento: respinto con 7 voti favorevoli, 17 voti contrari e 2 astensioni.

L'emendamento al comma 2 presentato dalle consigliere Zendron e Kury decade perché il contenuto è identico i due emendamenti appena respinti.

Leggo l'emendamento al comma 2 presentato dai consiglieri Bolzonello e Ianieri, che dice: "Dopo le parole "la loro residenza in Provincia" aggiungere "nonché ai cittadini di stati membri della UNIONE EUROPEA".

Im Absatz 2 nach den Worten "... wieder im Lande aufschlagen" werden die Worte "sowie auf die Bürger von Mitgliedsstaaten der EU" hinzugefügt.

La seduta viene interrotta fino alle ore 20.

UHR 18.58 ORE

-----

UHR 20.02 ORE

*(Namensaufruf - Appello nominale)*

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

**Dr. SABINA KASSLATTER-MUR**

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Abgeordneter Bolzonello! Wir hatten den Antrag von Franco Ianieri verlesen. Ich erteile Ihnen das Wort zur Erläuterung.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Vorrei illustrarlo, anche se tutto sommato mi sembra chiaro. Credo che tenuto conto che l'Alto Adige in quanto provincia dell'Italia, e l'Italia in quanto stato membro sono entità dell'Unione Europea non si può non tener conto dei diritti che hanno i cittadini dell'Unione Europea ai quali, con questo emendamento, chiedo venga riconosciuto l'esonero di quanto previsto nel comma 1 lettera a). A parte la discriminazione di cui si è parlato prima nei confronti di cittadini che andranno in altre province d'Italia, si devono anche distinguere cittadini di stati comunitari rispetto a cittadini di stati non comunitari, perché questi devono godere di determinati privilegi che io chiedo debbano essere inseriti anche in questa legge, cioè il fatto che non debbano avere i 5 anni di residenza per poter utilizzare queste agevolazioni in materia di edilizia abitativa. Si devono fare delle distinzioni fra cittadini comunitari ed extra comunitari ai quali personalmente non riconosco lo stesso diritto. Ecco perché ho presentato questo emendamento.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Ricordo al collega Bolzonello che da quando in Italia c'è la legge Martelli, gli extra comunitari che vengono "legalizzati", per usare una parola sintetica, sono parificati ai cittadini dell'Unione Europea. Questa è la legge.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** I cittadini dell'Unione Euro-

pea dovrebbero avere gli stessi diritti e doveri. Nella fattispecie voi ipotizzate un olandese, un inglese che viene qui e utilizza questa normativa. Non so come si riesca a coniugare nella pratica un concetto di questo genere.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Bolzonello und Ianieri ab: mit 1 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Stimment-haltungen abgelehnt.

Wer möchte zum Artikel reden? Niemand.

Dann stimmen wir über den Artikel 43 ab: mit 18 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Art. 44

*Spezifische Voraussetzungen für die Zulassung zur Wohnbauförderung des Landes für den Bau, den Kauf und die Wiedergewinnung von Wohnungen*

1. Um zu den Wohnbauförderungen des Landes für den Bau, den Kauf und die Wiedergewinnung von Wohnungen für den Grundwohnbedarf zugelassen zu werden, müssen die Gesuchsteller außerdem im Besitze folgender Voraussetzungen sein:
  - a) sie müssen das 23. Lebensjahr vollendet haben, falls es sich um ledige Antragsteller ohne unterhaltsberechtigten Familienangehörigen handelt. Diese Voraussetzung findet für behinderte Gesuchsteller nicht Anwendung,
  - b) sie müssen seit mindestens zwei Jahren eine dauerhafte un- selbständige oder selbständige Arbeitstätigkeit ausgeübt haben, oder, im Falle von Saisonarbeit, insgesamt nicht weniger als 18 Monate in den letzten drei Jahren tätig gewesen sein. Für die Dauerhaftigkeit der Arbeitstätigkeit werden Unterbrechungen von insgesamt weniger als 120 Tagen nicht berücksichtigt. Diese Voraussetzung findet für pensionierte, arbeitsun- fähige und behinderte Gesuchsteller nicht Anwendung, ebensowenig für Gesuchsteller mit unterhaltsberechtigten Familienangehörigen die infolge von Trennung, Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe Unterhaltszahlungen beziehen.
2. Von der Wohnbauförderung des Landes für den Bau und Kauf von Wohnungen sind die Gesuchsteller ausgeschlossen, deren Eltern, Schwiegereltern oder Kinder in einem vom Arbeitsplatz oder Wohnort des Gesuchstellers aus leicht erreichbaren Ort Eigentümer einer Wohnfläche sind, deren Konventionalwert größer ist als der Betrag, der sich aus dem Konventionalwert einer Wohnung mit 100 Quadratmeter Konventional- fläche, multipliziert mit der um eins erhöhten Anzahl der Kinder, ergibt. Vom Konventionalwert der Wohnungen werden die hypothekari- schen Darlehen in Abzug gebracht, die für den Bau oder den Kauf dieser Wohnungen aufgenommen wurden. Zum Zwecke der Berechnung werden auch die Woh- nungen berücksichtigt, die in den fünf Jahren vor Einrei-

chen des Gesuches veräußert worden sind. Das Wohnungsvermögen der Schwiegereltern wird im Falle des Ablebens des Ehegatten, durch den die Schwägerschaft begründet ist, sowie im Falle von Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe nicht berücksichtigt.

- 2-bis. Von der Wohnbauförderung ausgeschlossen sind Personen, die eine Wohnung von den Eltern erwerben.
3. Die Voraussetzungen laut Artikel 43 und laut Absatz 1 müssen zum Zeitpunkt des Einreichens des Gesuches erfüllt sein. Der Ausschlußgrund laut Absatz 2 darf nicht zum Zeitpunkt des Einreichens des Gesuches bestehen.
4. Wer Eigentümer, Miteigentümer, Fruchtnießer, Nießnutzer, Wohnungsbe-rechtigter einer nicht angemessenen oder nicht leicht erreichbaren Wohnung ist, oder ein solches Recht in den fünf Jahren vor Einreichen des Gesuches abgetreten hat, kann zur Wohnbauförderung des Landes zugelassen werden. Das Darlehen oder der Beitrag darf in diesem Fall nicht höher sein als die Differenz zwischen dem Konventionalwert der zu kaufenden, zu bauenden oder wiederzugewinnenden und dem der bereits besessenen Wohnung. Dasselbe gilt auch für den nicht getrennten Ehegatten. Für Wohnungen, die sich außerhalb des Landesgebietes befinden, wird der Konventionalwert nach den jeweiligen regionalen Bestimmungen ermittelt. Für die Berechnung des Konventionalwertes der Wohnung finden die Abwertungskoeffizienten laut Artikel 20 und 21 des Gesetzes vom 27. Juli 1978, Nr. 392, Anwendung.
5. Wenn für den Kauf, den Bau oder die Wiedergewinnung der Wohnung Darlehensverträge abgeschlossen werden, kann die Wohnbauförderung nur im Falle gewährt werden, daß nach Abzug der Amortisationsrate des Darlehens die Familie des Gesuchstellers über ein Nettoeinkommen verfügt, das nicht niedriger ist als das Lebensminimum laut Landesgesetz vom 26. Oktober 1973, Nr. 69.

-----

*Requisiti specifici per l'ammissione alle agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione, l'acquisto e il recupero di abitazioni*

1. Per essere ammessi alle agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione, l'acquisto e il recupero di abitazioni destinate al fabbisogno abitativo primario i richiedenti devono essere altresì in possesso dei seguenti requisiti:
- a) avere compiuto 23 anni, qualora si tratti di richiedenti celibi o nubili senza familiari a carico. Tale requisito non si applica a richiedenti portatori di handicap;
- b) avere svolto continuativamente da almeno due anni un'attività di lavoro dipendente o autonomo, o, qualora si tratti di lavoro stagionale, avere svolto un'attività di lavoro complessivamente non inferiore a 18 mesi negli ultimi tre anni. Ai fini della continuazione non vengono computate interruzioni dell'attività lavorativa di durata complessivamente non superiore a 120 giorni. Tale re-

requisito non si applica a richiedenti pensionati, invalidi, portatori di handicap o richiedenti con familiari a carico che percepiscono assegni di mantenimento in seguito a separazione personale, scioglimento o cessazione degli effetti civili del matrimonio.

2. Sono esclusi dalle agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione e l'acquisto di abitazioni i richiedenti i cui genitori, suoceri o figli siano proprietari, in località facilmente raggiungibile dal posto di lavoro o di residenza del richiedente, di una superficie abitabile il cui valore convenzionale sia superiore all'importo che risulta dal valore convenzionale di un alloggio popolare di 100 metri quadrati moltiplicati per il numero dei figli aumentato di un'unità. Dal valore convenzionale delle abitazioni vengono detratti i mutui ipotecari assunti per la costruzione o l'acquisto di tali abitazioni. Ai fini del calcolo si considerano anche le abitazioni alienate nei cinque anni antecedenti la presentazione della domanda. Non si tiene conto del patrimonio abitativo dei suoceri in caso di morte del coniuge da cui deriva il vincolo di affinità, nonché in caso di scioglimento o di cessazione degli effetti civili del matrimonio.
- 2-bis. Sono esclusi dalle agevolazioni edilizie coloro che acquistano dai genitori.
3. I requisiti di cui all'articolo 43 e di cui al comma 1 devono essere posseduti al momento della presentazione della domanda. La causa di esclusione di cui al comma 2 non deve sussistere al momento della presentazione della domanda.
4. Chi sia proprietario, comproprietario, usufruttuario, titolare del diritto di uso o di abitazione di un alloggio inadeguato o non facilmente raggiungibile ovvero abbia ceduto un tale diritto nei cinque anni antecedenti la presentazione della domanda può essere ammesso alle agevolazioni edilizie provinciali. In tal caso l'importo del mutuo e del contributo non può essere superiore alla differenza tra il costo convenzionale dell'alloggio da acquistare, costruire o recuperare e quello posseduto. Lo stesso vale per il coniuge non legalmente separato. Per abitazioni situate al di fuori del territorio provinciale il valore convenzionale viene accertato in base alle rispettive disposizioni regionali. Ai fini del calcolo del valore convenzionale dell'abitazione trovano applicazione i coefficienti di degrado di cui agli articoli 20 e 21 della legge 27 luglio 1978, n. 392.
5. Se per l'acquisto, la costruzione o il recupero dell'abitazione vengono stipulati contratti di mutuo, le agevolazioni edilizie provinciali possono essere concesse solo qualora, detratta la rata di ammortamento del mutuo, il nucleo familiare del richiedente disponga di un reddito netto non inferiore al minimo vitale di cui alla legge provinciale 26 ottobre 1973, n. 69.

Der Abgeordnete Bolzonello hat einen Änderungsantrag zu Absatz 1, Buchstabe a) eingebracht, welcher folgendermaßen lautet: Die Zahl "23." wird durch die Zahl "18." ersetzt.

Comma 1, lettera a: Le parole "avere compiuto 23 anni" sono sostituite da quelle: "avere compiuto 18 anni".

Ich erteile dem Abgeordneten Bolzonello das Wort zur Erläuterung.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Molto brevemente perché il senso dell'emendamento credo sia chiaro a tutti. Perché 18 anni? Perché la maggiore età oggi in Italia si acquisisce a 18 anni, c'è il diritto di voto, si può fare la patente, si fa la maturità a scuola, si può aprire la partita IVA e iniziare un'attività. Sono cambiati anche i tempi per cui può verificarsi il caso per cui uno può decidere di uscire dalla propria famiglia e di crearsi una propria vita privata da single. Qual è allora la ratio del legislatore che ha proposto 23 anni? Non l'ho compresa. Il rischio è di dare contributi ad una persona troppo giovane perché acquisisca un'abitazione. E non ci si può fidare che un diciottenne sia in grado di assolvere agli impegni presi? Di fronte agli impegni di ordine economico anche il diciottenne ha le proprie responsabilità. Di fronte allo Stato, al codice civile ecc. ha le stesse responsabilità del ventitreenne. Anche qui chiedo che vi sia il riconoscimento di questo. Per questo chiedo di abbassare ai 18 anni.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Il discorso dei 18 anni è sì indice di maggiore età che dà titolo e diritto per l'assunzione di oneri e doveri di fronte alla società, ma qui parliamo di acquisto prima casa, risanamento o ricostruzione prima casa, dove ci vuole almeno un risparmio preventivo. Partire da uno che ha 18 anni, che è ancora studente, senza una lira in tasca e si mette in testa di comperare un appartamento non mi sembra saggio. Almeno quello spazio di preventivo risparmio si dovrebbe prevedere.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Chiedo la verifica del numero legale!

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Abänderungsantrag ab: mit 1 Ja-Stimme, 21 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Der nächste zu behandelnde Abänderungsantrag stammt vom Landeshauptmann Durnwalder und dem Abgeordneten Berger und lautet folgendermaßen: "Der Absatz 2-bis ist gestrichen. Il comma 2-bis è soppresso".

Abgeordneter Berger, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**BERGER (SVP):** Dieser Artikel 2-bis, der die Wohnbauförderung für jene ausschließt, die eine Wohnung von den Eltern erwerben möchten, ist in der Kommission eingefügt worden. Die Streichung dieses Absatzes 2-bis wird deswegen beantragt, weil in einem späteren Abänderungsantrag die Einfügung eines verminderten Prozentsatzes der Förderung bei solchen Kaufstätigkeiten von den Eltern vorgesehen ist. Also ist die erste Maßnahme, diesen Absatz zu streichen, um später dann einen verminderten Förderungsprozentsatz einfügen zu können.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Questo comma 2/bis è stato introdotto con mio emendamento, con buona ragione, avendo portato in commissione i motivi

di questa proposta, la proposta di eliminare un sovvenzionamento di false vendite, e se si guardano i documenti del Cer si vede che viene indicata come falsa vendita, che vengono sovvenzionate con denaro pubblico. Non esiste in nessun paese d'Europa, in nessuna regione d'Italia. E' un esempio di autonomia dinamica, di uso anomalo dell'autonomia. Si spreca denaro pubblico per delle cose che non sono vendite. I figli non comprano in realtà, semplicemente incassano questi soldi che vengono dalle tasche di cittadini che forse ne hanno più bisogno di loro. E' una cosa per cui non ci sono delle ragioni, salvo il fatto che si vuole regalare soldi a chi ne ha meno bisogno di altri. Questa è l'esperienza forse più bruciante che si fa all'interno del CER confrontando l'esperienza che si ha fuori sul territorio di persone che fanno fatica a comperarsi la casa, che non se la possono permettere, anche se ne hanno bisogno, e poi questo spreco di denaro pubblico che non è giustificato perché non aiuta a comperarsi una casa che queste persone avrebbero comunque, perché queste persone non la vendono ma gliela regalano.

Per adeguare la nostra normativa a quello che esiste in tutto il resto d'Europa, forse il consigliere Berger sarà andato ad informarsi, è stato inserito dalla commissione questo emendamento, che secondo me è una delle cose più innovative della decenza di questa legge. Questa è l'ennesima cosa che era innovativa del ripristino della decenza e che con indecenza qui si propone di togliere, ripristinando un finanziamento che non ha giustificazioni. L'obiettivo di questa legge è aiutare le persone che vogliono arrivare ad avere una casa, e queste persone non ne hanno bisogno perché ce l'avrebbero comunque.

A me piacerebbe sentire da parte della Giunta una giustificazione seria dei motivi per cui si fa una cosa così autonoma rispetto a quella che è la scelta che viene fatta da tutti gli altri. Qual è il motivo speciale per cui in Sudtirolo anche il fatto di ricevere una casa regalata poi comporta un ulteriore dono da parte dell'ente pubblico? Può rispondere, Assessore, a questa domanda a nome della Sua Giunta? Questa è una domanda importante, perché o facciamo finta che i soldi ci piovono dal cielo e possiamo buttarli via in qualsiasi modo oppure prima o poi dovremmo cominciare a pensare dove sono le cose necessarie e le cose importanti.

Oggi con questa legge ad esempio andiamo a modificare i limiti di reddito perché ci rendiamo conto che i costi delle case sul mercato sono tali per cui chi ha anche due persone che lavorano ne hanno bisogno, però dobbiamo mettere comunque un limite, e spesso viene superato, ma che comunque anche se viene superato di un po' non garantisce la possibilità delle persone di comperarsi una casa. Però noi intanto regaliamo, dissipiamo denaro pubblico dandolo a quelli che non ne hanno bisogno. E questo secondo me è una scelta che deve essere spiegata. Prima abbiamo spiegato delle cose francamente incomprensibili, vecchie, dicendo che è una legge dello Stato, che era sempre stato così. Se in futuro verranno a mancare soldi, li negheremo a quelli che ne hanno bisogno, che non hanno la casa per darli a quelli che ricevono in dono la casa dai genitori, oppure ci porremo il problema di togliere prima a questi e poi a quelli che non hanno niente?

**KLOTZ (UFS):** Der Ersteinbringer ist nicht anwesend, aber ich würde sagen, daß dieser Änderungsantrag zurückgezogen gehört, wenn man Spekulationen wirklich ausschließen will und wenn man nicht wieder Türen für jene öffnen will, die immer mit Tricks zur Stelle sind, denn Kollegin Zendron hat die wichtigsten Argumente bereits genannt. Wir haben in einem vorhergehenden Absatz noch die Bestimmung enthalten, daß von der Wohnbauförderung all jene ausgeschlossen sind, deren Eltern, Schwieger-eltern oder Kinder Eigentümer einer Wohnfläche in einem vom Arbeitsplatzwohntort des Gesuchstellers aus leicht erreichbaren Ort sind; also die diesbezüglichen Ausnahmen. Es ist allzu offensichtlich, daß, wenn man das hier so stehen läßt, sich Leute eine Wohnung finanzieren lassen, die kein Anrecht darauf haben. Aber es kommt noch etwas anderes dazu, nämlich, daß dadurch beispielsweise auch sehr viel Druck auf alte Leute ausgeübt werden könnte, auf die Eltern beispielsweise. Ich würde mich da nicht darauf verlassen, daß das alles im Rahmen der Solidarität und im Rahmen der Kinder- bzw. Elternliebe abläuft, keineswegs, denn entweder vererben die Eltern die Wohnung, überlassen sie den Kindern gratis, was man eigentlich normalerweise annimmt, wenn sie die Eltern nicht mehr brauchen. Und wenn sie eine zu verkaufen haben, dann heißt es, daß sie so reich sind, daß sie gefälligst den Kindern eine schenken sollen, wenn sie schon eine übrige Wohnung haben. Sonst sollen sie eben in einer anderen Art dazu beitragen, daß die Kinder zu einer Wohnung kommen, aber das hier sind Wohnungsschenkungen, meines Erachtens. Gerade in diesem Bereich, wo so viel Geld ausgegeben wird, muß man aufpassen, daß hier nicht wieder die Falschen profitieren. Wir wissen, daß gerade im Sektor Wohnbau sehr viel Schindluder getrieben wird. Ich komme dann noch zu einigen Fragen zu einem anderen Absatz dieses Artikels. Wir wissen, daß Mißbrauch getrieben wird. Wir wissen, daß es hier sehr viele Schmarotzer gibt und wir sollen doch nicht noch eine neue Kategorie von Schmarotzern begünstigen, sondern wir sollen wenschon darauf ausgehen, daß wir mehr Gerechtigkeit schaffen. Aber mit einem solchen Artikel schafft man wieder ein Hintertürchen für Betrüger und das geht für mich einfach nicht in Ordnung. Deshalb sollte man diesen Abänderungsantrag sofort zurückziehen, wenn man es mit der sozialen Gerechtigkeit ernst nimmt.

**BERGER (SVP):** Ich weiß nicht, ob der Frau Abgeordneten Klotz nicht bewußt ist, daß im heutigen Gesetz die Möglichkeit des Kaufes von den Eltern so gehandhabt wird als ob von Dritten gekauft würde, also hier überhaupt kein Bezug genommen wird, ob ich von den Eltern kaufe oder von einem Dritten. Das ist die heute geltende Gesetzgebung, Frau Abgeordnete Klotz! Wenn Sie meinen, jetzt das warme Wasser erfunden zu haben, indem sie die heutige Gesetzgebung so angreifen und als unrechtmäßig darstellen, dann muß ich sagen, daß diese Gesetzgebung eben schon Jahre und fast jahrzehntelang angewendet wurde und hier in einem ersten Schritt in der Kommission die Streichung dieser Förderung eingefügt worden ist. Und da muß ich der Frau Abgeordneten Zendron sagen, daß sie wahrscheinlich davon ausgeht, daß jedes Ehepaar nur

ein Kind hat. Wenn dem so wäre, dann gäbe ich ihr recht. Es gibt aber Ehepaare mit mehr Kindern, aber nur einer Wohnung. Die Folge davon ist, daß derjenige, der die Wohnung von den Eltern übernimmt, den anderen Geschwistern anteilmäßig irgend einen Betrag auszahlen muß, um hier abzugelten, was er an Wohnung übernimmt. Um dies machen zu können, ist sicherlich nicht ungerne gerechtfertigt, daß er auch eine Förderung bekommen kann, und diese Förderung ist in einem späteren Artikel mit der Mindestförderung, die überhaupt in dieser Gesetzgebung möglich ist, definiert. Also ist sie nicht abgeschafft, sondern um mehr als das Doppelte vermindert. Ich bin der Meinung, daß die Förderungsmöglichkeit aufrecht bleiben soll. Es gibt Fälle des Mißbrauches, aber das darf man nicht pauschalisieren. Man kann nicht sagen, daß wegen einigen Fällen des Mißbrauches grundsätzlich alles abgeschafft werden soll, was die Förderung ermöglicht. Hier bin ich der Meinung, daß der Weg, der hier mit diesen Abänderungsanträgen, die vorliegen, eingeschlagen wird, sicherlich der richtige ist.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Sapevamo benissimo, consigliere Berger, che fino adesso l'acquisto da genitori viene considerato come da terzi. Ma il problema è che bisogna eliminarlo del tutto. Se vediamo una cosa chiaramente indecente, quando stiamo cambiando la legge cambiamo soprattutto le cose che non vanno bene. Lei parla di chi ha tanti figli, poi ci può essere qualche caso di cose irregolari. Il 99% sono irregolari. Basta che si legga le carte del Cer dove c'è scritto che si tratta di falsa vendita. Lo dice anche l'ufficio che se ne accorge e segnala. Eppure la normativa attuale dà tutto, poi una parte, ma il principio è lo stesso. Quando si riceve una cosa regalata, una volta è il regalo grande, una volta è il regalo piccolo, ma non mi sembra che si debba aggiungere a questo regalo una mancia dell'ente pubblico. La ragione della legge è di aiutare chi comunque non può comprarsi la casa. Se poi i figli per questo avranno dei problemi, avranno i contributi sulla base del loro reddito, ma non, perché c'è già una casa aggiungere ancora qualcosa. Questo francamente non penso possa essere spiegato, e forse potremmo anche pensare, perché noi siamo poco autonomi quando ci fa comodo e tanto autonomi quando ci fa comodo, il fatto che da nessun'altra parte esiste una normativa di questo genere. Ci ha mai pensato? Non è una cosa strana che non ci sia dalle altre parti? Perché dalle altri parti c'è un po' più di rettitudine e di giustizia!

**ACHMÜLLER (SVP):** Ich möchte auch noch zwei Überlegungen anschließen an das, was der Abgeordnete Berger vorhin schon gesagt hat. Einmal möchte ich in Erinnerung rufen, daß bisher eigentlich kein Unterschied gemacht worden ist, ob jemand die Wohnung von seinen Eltern gekauft hat oder nicht, es ist gleich gefördert worden. Ich bin auch der Meinung, daß das ungerecht ist, weil auch die Familie eine Verpflichtung gegenüber den Kindern hat. Durch diesen Streichungsantrag ist es nicht so, daß man jetzt wieder zum alten System zurückkehren will, sondern eben nur zu einer kleinen Förderung. Man will einen Anreiz geben, daß weiterhin von der Übertragung von Wohnungen von den Eltern auf die Kinder Gebrauch gemacht wird. Dabei möchte ich

eine Klammer auftun. Zur Zeit ist es ja auch nicht so, daß unabhängig von der Anzahl der Wohnungen, die eine Familie besitzt, gefördert werden konnte, sondern die Bestimmung sah vor, daß, wenn die Eltern eine Wohnung mehr hatten als sie Kinder hatten, dann nicht mehr gefördert werden konnte. Das ist heute schon geltendes Recht und es bleibt auch weiterhin aufrecht. Aber ich stelle die Frage: Was nützt es uns, wenn wir einfach die Förderung total streichen? Dann wird der Fall eintreten, daß sich die Eltern sagen, mir konveniert es nicht mehr, die Wohnung an meine Kinder weiterzugeben, mir konveniert es die Wohnung an einen Dritten zu verkaufen. Der Dritte, der bekommt dann die volle Förderung durch das Land und mein Sohn, meine Tochter, die kaufen eine andere Wohnung und bekommen dafür auch die volle Förderung. Ich glaube, diese Überlegung wird jeder machen. Deswegen haben wir uns gesagt, wir bieten weiterhin zumindest einen kleinen Anreiz, daß nicht gesagt werden kann, daß man in diesem Fall total ausgeschlossen ist. Also ein Anreiz soll weiterhin sein, wenn auch ein verhältnismäßig kleiner!

**BOLZONELLO (Unitalia):** L'introduzione del comma 2/bis è nato perché vi sono una serie di abusi che andrebbero evitati perché si sottrae a coloro che ne hanno veramente bisogno del denaro pubblico per l'acquisto della casa. Però se vi sono degli abusi che già i funzionari del Cer segnalano sulla pratica scrivendo "false vendite" mi auguro che anche chi di dovere agisca di conseguenza e segnali all'autorità preposta al controllo che facciano gli accertamenti sui patrimoni. Se vi è una vendita, a fronte di questa devono essere consegnati anche degli assegni, devono esserci dei movimenti di denaro. Allora esistono gli strumenti per verificare anche questi abusi. Se non si è mai fatto, c'è una omissione da parte degli uffici del Cer. Non basta scrivere "falsa vendita", bisogna andare fino in fondo e verificare se veramente vi è un abuso.

Personalmente sono a favore dell'emendamento soppressivo perché mi domando perché solo ai genitori. Perché colui che acquista dal fratello piuttosto che dal nonno deve godere delle agevolazioni e colui il quale acquista veramente dai genitori non deve goderne? Allora siamo seri e non lamentiamoci del fatto che questa sia una provincia a statuto speciale con ampia autonomia - dinamica ha detto qualcuno - per cui si può fare quello che si vuole! La realtà dei fatti è che spesso e volentieri si fanno cose contro logica. A me pare contro logica andare a non prevedere delle cessioni fra persone fisiche diverse ancorché legate da grado di parentela quale genitori e figli, per cui sono favorevole all'emendamento soppressivo. Il Cer ha degli strumenti per chiedere la verifica sulla verità o meno della cessione dell'appartamento. E perché limitare questo divieto ai genitori e non a tutti i parenti in genere?

**IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):** Questo comma 2/bis è stato introdotto dalla commissione, in cui ci sono anche componenti del Cer, e, tolto il sottoscritto, sono tutti della SVP. Condivido il fatto che è stato introdotto "sono esclusi dalle agevolazioni edilizie coloro che acquistano dai genitori". Mia madre, poverina, vedova di guerra, con i suoi sacrifici ha comperato l'appartamento, l'ha girato ai figli, e non abbiamo chiesto nulla alla provincia,

anche se potevamo chiederlo. Se noi andiamo a vedere, sono quelli che hanno le maggiori possibilità che ricorrono a questo sotterfugio di passare l'abitazione da genitori a figli, perché chi non ha la possibilità non può vendere ai figli. Sono sicuramente favorevole.

Io la norma l'ho trovata, esiste, devo attenermi a questo, ma è un atto di giustizia se viene approvato così e non stralciato. I soldi sono sempre lì, sono comunque del figlio, si fa finta che li rende ai genitori, e poi magari gli diamo anche il contributo per il risanamento. Sono invece d'accordo a conservare il contributo per il risanamento, perché è giusto, ma quando c'è un passaggio fra genitori e figli no, perché nella maggior parte dei casi sono solo quelli che hanno tanti di quei soldi, proprietà e terreni, mentre invece trovo raramente una famiglia povera che ha un solo appartamento e lo può passare ai figli. Quando c'è già un patrimonio nell'ambito della famiglia lo si dà ai figli, ma non si può fare una finta vendita.

Sono contrario alla soppressione del comma 2/bis. Chiedo che resti così come è stato approvato dalla commissione. La Presidente della commissione fa parte del CER, se non sbaglio. Chiedo che venga mantenuto quanto la commissione giustamente ha approvato.

**KLOTZ (UFS):** Kollege Berger! Bitte verkaufe uns hier nicht für dumm, denn es geht nicht um den Ankauf oder Verkauf von Wohnungen, sondern es geht ja immer noch um die Wohnbauförderung. Ich gehe jetzt einmal davon aus, daß Eltern, die nur die Erstwohnung haben, solange sie leben, diese Wohnung nicht verkaufen, es sei denn, sie haben die finanzielle Möglichkeit, diese Wohnung den Kindern zu übergeben und sich dafür eine kleinere zu beschaffen. Das wird der Normalfall sein und für diese Leute wird das auch kaum zutreffen, also für den Normalfall. Die Argumente des Abgeordneten Achmüller verstehe ich schon besser. Also muß man davon ausgehen, daß dieser Passus hier vor allen Dingen verhindern soll, daß Eltern oder ein Familienvater, der drei, vier Wohnungen besitzt, noch ein zusätzliches Geschäft macht. Natürlich kann man sagen, er kann sie ja immer auch an andere verkaufen, aber dann geht es auch um die Einkommensstufe. Es könnte auch sein, daß sonst zusammenlebende oder noch in der Familie lebende Kinder einen Anreiz finden irgendwo anders hinzugehen. Sie erklären nach einer gewissen Zeit, daß sie eben minderbemittelt sind oder machen einen anderen Fall geltend und kommen dadurch zur Wohnbauförderung. Wenn sie die Wohnung von den Eltern überlassen bekommen, ist das eines. Aber hier geht es noch um die zusätzliche Förderung dazu. Das soll meines Erachtens nicht sein, daß also Leute, die mehrere Wohnungen besitzen und vielleicht ein wenig geschickt auch ihre Kinder vorschicken, dann auch noch Steuergelder kassieren. Das kann ich nicht einsehen.

**KURY (GAF-GVA):** Ich denke, daß alle Argumente etwas für sich haben, aber etwas habe ich in der Argumentation von Landesrat Achmüller nicht verstanden. In Ihrer Argumentation gehen Sie davon aus, daß es für uns, die

wir hier Gesetze machen, politisch wünschenswert ist, daß Wohnungen von den Eltern auf die Kinder übergehen. Das war irgendwo die Basis ihres Gedankengangs. Da bin ich eigentlich nicht so hundertprozentig überzeugt, warum wir aus diesem Grund öffentliche Gelder dafür zur Verfügung stellen sollten. Ich denke mir, wenn meine Mutter, mein Vater, mein Großvater eine eigene Wohnung hat und sie geben sie mir - ich denke, an einer Wohnungsübernahme hängt auch sehr viel Emotionales und es ist der erste Weg, den man geht, einfach aufgrund von Ortsgebundenheit und von Vertrautheit -, so ist dies in Ordnung, aber wenn dann tatsächlich dann jemand sagt "Nein, meine Wohnung, wo ich aufgewachsen bin, die verkaufe ich lieber einem Dritten, damit er von der öffentlichen Hand Geld bekommt und dafür kauft mein Sohn dann eine Wohnung von jemand anderen", so muß dies ebenso in Ordnung sein. Ich glaube nicht, daß das sehr oft eintreten wird, aber politisch habe ich eigentlich da nichts dagegen. Insofern komme ich mit Ihrer Grundvoraussetzung nicht klar, daß wir deshalb, weil wir wünschen, daß Eltern ihre Wohnung an die Kinder weitergeben, eben auch bestimmte Tricks, die von niemanden hier bestritten werden, und bestimmte Schummeleien unterstützen sollen. Ich habe mit diesen Fällen wenig zu tun gehabt, aber aus der Diskussion ist klar hervorgegangen, daß alle davon wissen und daß es offensichtlich offiziell ist, daß hier Scheinverkäufe stattfinden. Dann sollte politisch doch eigentlich unser Ziel eher sein, das zu unterbinden, als ein Prinzip zu unterstützen, das irgendwo, vielleicht moralisch, seine Rechtfertigung hat, aber eigentlich doch auch nicht so hundertprozentig.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** In Giunta provinciale ho votato contro questa presa di posizione. Lascio al vostro senso di responsabilità e alla vostra coscienza la decisione in merito.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Abänderungsantrag ab: mit 17 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wir kommen zum nächsten Abänderungsantrag, welcher vom Landeshauptmann Durnwalder und dem Abgeordneten Berger eingebracht worden ist und welcher folgendermaßen lautet: In Absatz 4 Satz 2 des italienischen Textes sind die Worte "costo convenzionale" ersetzt durch die Worte "valore convenzionale".

Nel periodo 2 del comma 4 del testo italiano le parole "costo convenzionale" son sostituite dalle parole "valore convenzionale".

Möchte dazu jemand reden? Niemand.

Dann stimmen wir über den Abänderungsantrag ab: mit 19 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wer möchte zum so geänderten Artikel reden? Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort.

**KLOTZ (UFS):** Einmal die Frage, ob es hier nicht die "Nutznießer" sind?

**PRÄSIDENTIN:** Wir haben das abgeklärt. Herr Paungger hat mir bestätigt, daß dieses Wort existiert.

**KLOTZ (UFS):** In Ordnung, Frau Präsidentin! Dann folgende Frage zum letzten Satz: *"Für Wohnungen, die sich außerhalb des Landesgebietes befinden, wird der Konventionalwert nach den jeweiligen regionalen Bestimmungen ermittelt"*. Man hört immer wieder, wenn man mit Leuten spricht, die über Ungerechtigkeiten bei der Zuweisung von geförderten Wohnungen oder überhaupt bei der Verteilung von Wohnbaumitteln klagen, den Vorwurf: ja, da bekommen Leute Wohngeld, die irgendwo in Kalabrien oder Apulien ein Haus besitzen. Herr Landesrat! Wie kann hier solcher Mißbrauch verhindert werden? Hier steht ausdrücklich, daß der Konventionalwert ermittelt wird. Aber geht das Institut, beispielsweise Ihr Amt, solchen Anschuldigungen und solchen Gerüchten nach, daß beispielsweise Leute, die die Wohnbauförderung erhalten, woanders tatsächlich ein Haus besitzen; denn das wäre dann natürlich auch nicht in Ordnung und nicht gerecht.

**BOLZONELLO (UNITALIA):** Intervengo su una questione che non è così secondaria. Il comma 2 recita: *" Sono esclusi dalle agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione e l'acquisto di abitazioni i richiedenti i cui genitori, suoceri o figli siano proprietari, in località facilmente raggiungibile dal posto di lavoro"* ecc. Non è indicato che cosa è "località facilmente raggiungibile dal posto di lavoro". Prima si è parlato di 40 km. Forse anche qui sarebbe stato meglio indicare una percorrenza. Ma il ragionamento che voglio fare è un altro. Se si tiene conto di quanto recita uno dei successivi passi: "Ai fini del calcolo si considera anche le abitazioni alienate nei cinque anni antecedenti la presentazione della domanda" vuol dire che se una famiglia, due genitori con un figlio, hanno l'alloggio in cui vivono e un altro alloggio, alienano il secondo alloggio, nel pieno diritto, il figlio non può per cinque anni chiedere le agevolazioni provinciali. Non lo trovo giusto, perché questo figlio potrebbe un domani pensare di costruirsi una famiglia, di aver compiuto i 23 anni, di avere da parte un piccolo capitale necessario, ma non potrà richiedere i contributi provinciali per almeno 5 anni perché i genitori, per ragioni loro, hanno alienato l'alloggio. Credo sia qualcosa non di secondaria importanza, comunque una discriminazione nei confronti di questo richiedente ventitreenne, o cinquantenne che sia, che si trova impossibilitato a chiedere le agevolazioni provinciali solamente perché i genitori in piena libertà hanno venduto un alloggio, per necessità loro, scelta o altro, ma sta di fatto che questo cittadino è privo dei diritti che invece dovrebbe secondo me avere.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Nachdem die Abgeordnete

Klotz eine Frage gestellt hat, möchte ich darauf antworten. Der Konventionalwert einer Wohnung wird in jedem Land, in jeder Region durch die zuständige Behörde der dortigen Ortschaft festgelegt und zwar unterschiedlich in Sizilien, Kalabrien oder in Südtirol. Deswegen wird diese Differenz angewandt und dementsprechend abgezogen und gerechnet.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Artikel 44 ab: mit 16 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

#### Art. 45

##### Bevorzugungskriterien

1. Bei der Gewährung der Wohnbauförderung des Landes sind vorwiegend zu berücksichtigen:
  - a) die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie, bzw. die wirtschaftliche Verhältnisse der Lebensgefährten, die in eheähnlichen Lebensgemeinschaften zusammenleben,
  - b) die Anzahl der Familienmitglieder,
  - c) die Dauer der Ansässigkeit in einer oder mehreren Gemeinden des Landes.
2. Weitere Bevorzugungskriterien sind:
  - a) die Zwangsräumung, sofern sie nicht wegen Nichterfüllung der Vertragsverpflichtungen oder wegen Sittenwidrigkeit angeordnet worden ist, soweit sie sich auf einen abgelaufenen Mietvertrag mit einer Dauer von nicht weniger als vier Jahren bezieht und der Antragsteller mittels meldeamtlicher Bescheinigung vorweisen kann, daß er für einen Zeitraum von mindestens vier Jahren den Wohnsitz in der betreffenden Wohnung hatte,
  - b) der Widerruf von Dienstwohnungen wegen Pensionierung infolge des Erreichens der Altersgrenze oder Dienstgrenze oder wegen Ablebens des berechtigten Ehegatten und unter der Voraussetzung, daß der Gesuchsteller vor seiner Pensionierung Dienstwohnungen für die Dauer von mindestens zehn Jahren besetzt hat,
  - c) das Bewohnen einer im Sinne des Gesetzes für unbewohnbar erklärten Wohnung,
  - d) das Bewohnen einer überfüllten Wohnung,
  - e) die Gründung einer neuen Familie,
  - d) der Umstand, daß der Gesuchsteller oder ein unterhaltsberechtigtes Familienmitglied ein Versehrter, Arbeits- oder Zivilinvalide ist.
3. Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie wird der Bestand des Immobilienvermögens der Eltern, Schwiegereltern und Kinder berücksichtigt, auch wenn diese nicht zusammenleben. Das Vermögen der Schwiegereltern wird im Falle des Ablebens des Ehegatten, durch den die Schwägerschaft begründet ist, sowie im Falle von Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe nicht berücksichtigt.
4. Die Gesuchsteller müssen den Immobilienvermögensbestand der Eltern, Schwiegereltern und Kinder in einer im Sinne von Ar-

tikel 4 des Gesetzes vom 4. Jänner 1968, Nr. 15, abgefaßten Erklärung angeben.

5. Mit Durchführungsverordnung wird die Punktezah, die für die Bevorzugungskriterien laut Absätzen 1 und 2 zuerkannt wird, festgesetzt; ebenso werden einheitliche Kriterien für die Bewertung des Immobilienvermögens von Eltern, Schwiegereltern und Kindern festgesetzt, die bei der Zulassung zur Wohnbauförderung des Landes anzuwenden sind.
6. Die Punktezah für die Zwangsäumung wird zuerkannt, wenn das Gesuch um Wohnbauförderung innerhalb folgender Fristen vorgelegt wird:
  - a) im Falle der Bestätigung der Aufkündigung wegen Vertragsablaufes nach Ablauf des Mietvertrages und auf jeden Fall innerhalb eines Jahres,
  - b) im Falle der Bestätigung der Aufforderung zur Äumung innerhalb eines Jahres ab der Bestätigung der Aufforderung selbst.
7. Die Punktezah für die Zwangsäumung wird jedenfalls zuerkannt, solange der Gesuchsteller die Wohnung weiterbesetzt, oder eine andere provisorische Unterkunft hat.
8. Für die Bestimmung der Punktezah werden Zwangsäumungen unter Verwandten in gerader Linie nicht anerkannt.
9. Den von Zwangsäumung betroffenen Familien laut Absatz 2 Buchstabe a) sind die Ehegatten mit zu Lasten lebenden Kindern gleichgestellt, die infolge von Trennung die gemeinsame Wohnung verlassen müssen. Wenn nach dreijähriger Dauer der Trennung nicht innerhalb der darauffolgenden sechs Monate der Antrag auf Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe eingebracht wird und das nachfolgende rechtskräftige Urteil der Auflösung oder Erlöschung der bürgerlichen Wirkungen der Ehe nicht nachgereicht wird, wird die Wohnbauförderung widerrufen, wenn die Punktezah für die Zwangsäumung bei der Zulassung zur Wohnbauförderung ausschlaggebend gewesen ist.

-----

#### *Criteri di preferenza*

1. Nella concessione delle agevolazioni edilizie provinciali devono essere considerati prevalentemente:
  - a) le condizioni economiche della famiglia nonché le condizioni economiche dei conviventi more uxorio;
  - b) la consistenza numerica della famiglia;
  - c) l'anzianità di residenza in uno o più comuni della provincia.
2. Costituiscono ulteriori criteri di preferenza:
  - a) lo sfratto non dovuto ad inadempienza o ad immoralità, purché si riferisca ad un contratto di locazione scaduto di durata non inferiore a quattro anni e purché il richiedente dimostri attraverso la certificazione anagrafica di avere avuto per almeno quattro anni la residenza nell'alloggio da cui viene sfrattato;
  - b) la revoca di alloggi di servizio per pensionamento per raggiunti limiti di età anagrafica o di servizio, o per decesso del coniuge avente diritto, purché il richiedente abbia occupato alloggi di

- servizio prima del pensionamento per la durata di almeno dieci anni;
- c) il fatto di abitare un alloggio dichiarato inabitabile ai sensi di legge;
  - d) l'abitazione di un alloggio sovraffollato;
  - e) la costituzione di una nuova famiglia;
  - f) il possesso da parte del richiedente o di un familiare convivente a carico della qualità di mutilato, invalido del lavoro o civile.
3. Nella valutazione delle condizioni economiche della famiglia si tiene conto della consistenza del patrimonio immobiliare dei genitori, suoceri e figli anche non conviventi. Non si tiene conto del patrimonio dei suoceri in caso di morte del coniuge da cui deriva il vincolo di affinità, nonché in caso di scioglimento o di cessazione degli effetti civili del matrimonio.
  4. I richiedenti devono indicare la consistenza del patrimonio immobiliare dei genitori, dei suoceri e dei figli mediante dichiarazione resa ai sensi dell'articolo 4 della legge 4 gennaio 1968, n. 15.
  5. Con regolamento di esecuzione è stabilito il punteggio da attribuire ai criteri di preferenza di cui ai commi 1 e 2; sono inoltre stabiliti criteri unitari per la valutazione del patrimonio immobiliare dei genitori, suoceri e figli ai fini dell'ammissione alle agevolazioni edilizie provinciali.
  6. Il punteggio in caso di sfratto viene riconosciuto qualora la domanda di agevolazione sia presentata entro i seguenti termini:
    - a) in caso di convalida di licenza per finita locazione successivamente alla scadenza del contratto di locazione e comunque entro un anno;
    - b) in caso di convalida di sfratto entro un anno dal provvedimento di convalida di sfratto.
  7. Il punteggio per lo sfratto viene comunque riconosciuto finché il richiedente continui ad occupare l'abitazione o abbia un'altra provvisoria sistemazione.
  8. Ai fini dell'attribuzione del punteggio in caso di sfratto non vengono riconosciuti gli sfratti tra parenti in linea retta.
  9. Alle famiglie sfrattate di cui al comma 2, lettera a), è equiparato il coniuge con prole a carico che deve abbandonare l'abitazione in conseguenza di separazione personale. Se decorsi tre anni dalla separazione personale, entro i successivi sei mesi non viene proposta la domanda di scioglimento o di cessazione degli effetti civili del matrimonio e successivamente non viene presentata la sentenza definitiva di scioglimento o cessazione degli effetti civili del matrimonio, si procede alla revoca dell'agevolazione edilizia, qualora il punteggio per lo sfratto sia stato determinante ai fini dell'ammissione all'agevolazione stessa.

Der Abänderungsantrag, eingebracht durch den Landeshauptmann Durnwalder und dem Abgeordneten Berger zu Absatz 1 ist zurückgezogen.

Ich verlese den Abänderungsantrag, welcher von den Abgeordneten Ianieri und Zendron eingebracht worden ist: Nach Absatz 1 wird folgender Ab-

satz 1-bis eingefügt: "1-bis: Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie werden auch die von den Antragstellern in den zwei Jahren vor Einreichung des Gesuches bezahlten Mietzinse berücksichtigt".

Dopo il comma 1 viene aggiunto il seguente comma 1-bis: "1-bis: Ai fini della valutazione delle condizioni economiche della famiglia si tiene anche conto dei canoni di affitto corrisposti dai richiedenti negli ultimi due anni precedenti la data della domanda".

Abgeordneter Ianieri hat das Wort zur Erläuterung.

**IANIERI (I LIBERALI - Unione di Centro Liberale):** Con questo emenda-mento intendo far sí che venga preso in considerazione, ai fini della valutazione delle condizioni economiche di una famiglia, anche il canone che questa famiglia ha corrisposto negli ultimi due anni precedenti la data della domanda di agevolazione.

Noi qui prevediamo "*le condizioni economiche della famiglia nonché le condizioni economiche dei conviventi more uxorio; la consistenza numerica della famiglia; l'anzianità di residenza in uno o più comuni della provincia*". Io chiedo che venga aggiunto anche quello che negli ultimi due anni la famiglia ha dovuto pagare per gli affitti.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Dal punto di vista della contabilità di ciascuna famiglia non si può non tenere in evidenza che anche i canoni di locazione fanno parte di oneri che escono. A questo punto però dovremmo rivisitare tutta la normativa pregressa, non solo introdurla a questo punto. In Giunta provinciale si era rimarcata anche questa osservazione, non è prevalso però l'orientamento sottoscritto dai consiglieri proponenti.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Abänderungsantrag ab: mit 6 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der nächste Abänderungsantrag eingebracht durch den Landeshauptmann und dem Abgeordneten Berger zu Absatz 2 Buchstabe b) ist zurückgezogen.

Ich verlese den nächsten Abänderungsantrag eingebracht von den Landesräten Achmüller und Saurer, der wie folgt lautet: Absatz 2, Buchstabe b): die Worte "oder Dienstaltersgrenze" werden gestrichen.

Comma 2 lettera b): le parole "o di servizio" vengono stralciate.

Landesrat Achmüller hat das Wort zur Erläuterung.

**ACHMÜLLER (Landesrat für Arbeit - SVP):** Ich lege diesen Änderungsantrag in Absprache auch mit dem Landeshauptmann vor, der im Moment nicht hier sein kann. Meines Wissens hat es hier auch im Vorfeld irgendwelche Gespräche mit Abgeordneten gegeben und man hat sich hier auf folgenden Kompromiß geeinigt, nämlich, daß das Wort "Dienstaltersgrenze" bzw. "Dienstgrenze" gestrichen werden soll. Die Landesregierung erklärt aber, daß sie die-

ses Problem "Dienstalters-grenze" oder "Ausscheiden aufgrund von Dienstalter" über Kriterien regeln will, die von der Landesregierung im Wege von Durchführungsbestimmungen erlassen werden. Man möchte diesen Umstand, wenn es sich also um das Ausscheiden nicht aus Altersgründen, sondern wegen Erreichung der Dienstaltersgrenze handelt, mit drei Punkten bewerten.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Um es klar zu sagen. Hier handelt es sich um diesen Kuhhandel zwischen SVP und Alleanza Nazionale, weshalb letztere die eingebrachten Änderungsanträge größtenteils zurückgezogen hat. Wer diesen Kuhhandel mitmachen will, soll ihn mitmachen, wir sicherlich nicht.

**BOLZONELLO (Unitalia):** E' il famoso "inciucio" di cui parla oggi un quotidiano locale. Non credo che togliere le parole "di servizio" e poi affidarsi ad un regolamento di esecuzione che sarà emanato dalla Giunta provinciale, che dalla stessa potrà essere modificato all'infinito senza che passi attraverso il vaglio del legislatore, possa dare soluzione alla vera questione che è quella del riconoscimento degli sfratti da alloggi di servizio parificati a qualsiasi altro tipo di alloggio. L'aver cercato la mediazione, accontentarsi di tre punti per lo sfratto di un alloggio di servizio quando si tratta comunque di uno sfratto che mette in strada una famiglia, è un po' pochino.

Ho delle remore che venga affidato alla Giunta provinciale attraverso un regolamento. Diceva l'assessore Achmüller che nel regolamento sarà inserito un criterio di preferenza. E' veramente vergognoso parlare di una cosa del genere quando la dizione qui riportata parificherebbe gli alloggi dello Stato, gli alloggi di servizio a tutti gli altri. Questa è una scelta politica fatta, ne prendo atto, ma credo sia vergognoso e soprattutto estremamente pericoloso perché la Giunta provinciale un regolamento lo può modificare tutti i giorni, mentre una legge sarebbe una cosa molto più seria e avrebbe valenza di legge, ben diverso che non un accordo di tipo politico in grado di far arrivare questa legge in fondo senza troppi patemi d'animo.

**KLOTZ (UFS):** Zum zweiten Teil der sogenannten Abmachung werden wir ja dann noch kommen, nehme ich an. Da gibt es dann noch eine Präzisierung, wie Landesrat Achmüller eben wegen der drei Punkte hier mit schwerer Not zum Ausdruck gebracht hat.

Meine diesbezügliche Frage wäre folgende. Wir wissen also inzwischen, daß es hier einen politischen Kuhhandel gibt. Aber die konkrete Frage, Herr Landesrat Achmüller. Wenn Beamte, sagen wir einmal Staatsbeamte oder andere Beamte, mehr oder weniger ein Arbeitsleben lang eine Wohnung gratis oder zu einem sehr sehr günstigen, also symbolischen Mietzins, bewohnt haben, dann haben sie wahrscheinlich sehr viel Geld im Laufe dieser Arbeitsjahre gespart. In diesem Fall müßte dann eigentlich das bei den wirtschaftlichen Verhältnissen der Familie aufscheinen oder nicht? Gilt für diese Familie nicht auch, daß Punkt 1a zum Tragen kommt. Wenn jemand solange in einer Wohnung ist bis seine Dienstverpflichtung endet, er also keine eigene Wohnung inzwischen

gekauft hat, man aber zusammenrechnen kann, was der Mensch in all den Jahren verdient hat, wie wenig er Mietzins bezahlt hat, da müßte das ja auch Rückschlüsse auf seinen Vermögensstand bzw. auf seine finanziellen Möglichkeiten zulassen, denn ansonsten fördert man natürlich wieder die Schlaunen, die nämlich so lange in einer Dienstwohnung bleiben, bis sie praktisch gehen müssen, bis die Kündigung kommt. Dann bekommen sie diese Bevorzugungskriterien zugestanden, bekommen dann noch vielleicht zusätzlich drei Punkte, wie man es jetzt hört, und haben möglicherweise, Herr Landesrat, in diesen Arbeitsjahren soviel Geld gespart, daß sie sich irgendwo anders, wo die Ämter der Landesregierung nicht nachforschen, ein schönes Ferienhäuschen gebaut haben. Dann sind wieder einmal die Schlaunen die Nutznießer, dann haben wieder einmal Leute davon profitiert. Wir sollten nicht die Schlaumeier oder diejenigen, die hier Tricks anwenden wollen, bevorzugen oder ihnen entgegenkommen, sondern wir sollten den Mißbrauch verhindern! Wer eine Gratiswohnung jahrelang zur Verfügung hat oder eine Wohnung zu einem sehr günstigen Mietzins, soll sich in der Zeit, in der er viel sparen kann, auch mit seiner Vorsorge auseinandersetzen. Er soll sich dann bereits etwas schaffen, wenn er die Möglichkeit hat und nicht es darauf ankommen lassen, daß er, wenn er den Dienst quittiert und die Kündigung bekommt, dann Bevorzugungskriterien geltend macht. Das sehe ich nicht ein.

**IANIERI (I LIBERALI - Unione di Centro Liberale):** Assessore Achmüller, prendo atto della dichiarazione che Lei ha fatto, sicuramente ha un valore, ma c'è stato un protocollo d'intesa che ad un certo momento è stato contestato, ed era un protocollo d'intesa sottoscritto. Quando sono arrivate le revoche dell'Ipeaa a queste famiglie, benché fosse stato regolamentato in un certo modo, con un contratto di locazione che non era da considerare a tempo determinato, è stato messo in discussione. Io prendo per buono quello che Lei ha detto, perché è una dichiarazione pubblica e verbalizzata. Il Presidente della Giunta ha assunto questo impegno di riconoscere tre punti per la revoca dell'alloggio di servizio. Resta invece regolamentata in pieno la revoca per gli alloggi di servizio per pensionamento, per anzianità. Ma allora non si poteva lasciare anche la parola "o di servizio" e per questi ultimi con regolamento verrà stabilito il punteggio? Così sarebbe stato legiferato. Questo invece viene rimandato ad un regolamento di attuazione che non ha mai costituito legge, in qualsiasi momento può essere modificato. Lei è d'accordo con quello che dico. Anche il regolamento di attuazione del codice della strada non costituisce legge, benché precisi i singoli articoli, entra nel merito spiegando come e cosa fare, ma se viene applicato l'articolo del regolamento non è perseguibile, se viene applicato l'articolo del codice è perseguibile. Ma perché dobbiamo depennare "o di servizio"? Poteva restare aggiungendo "la revoca a seguito di raggiunti limiti di servizio verrà regolamentata nell'apposito regolamento". Sarebbe stato chiaro che veniva legiferato, c'era nero su bianco, restava comunque valido, e nel regolamento si doveva solo determinare il punteggio da assegnare. Potrebbe, per varie cause, non essere inserito questo riconoscimento nel regolamento.

mento. Prendo per buona la dichiarazione che avete fatto, ma Lei stesso mi dice che il regolamento è suscettibile di modifiche in qualsiasi momento. Allora potrebbe accadere di tutto. Perché, se c'è questa volontà politica, se si è arrivati ad una trattativa, fatta da Alleanza Nazionale ma anche fatta dal sottoscritto, perché anche il sottoscritto si è adoperato molto per questo caso e l'assessore all'edilizia è perfettamente a conoscenza delle richieste che sono arrivate da parte delle persone direttamente interessate, ci voleva un riconoscimento anche per la revoca per servizio. Poi andiamo a vedere quale punteggio dare. Ma deve essere legiferato, non che in qualsiasi momento con una modifica del regolamento si possa togliere questo riconoscimento, perché abbiamo avuto l'esperienza chiara e precisa con le revoche dei contratti di locazione che sono stati emanati dalla Presidente dell'Ipeaa. Non è servita nemmeno la decisione della Giunta provinciale. Infatti alla lettera che l'assessore all'edilizia ha scritto alla Presidente dell'Ipeaa dove si diceva di revocare quel provvedimento di revoca la risposta è stata che si aspettava la legge. Quindi quello che voi le avete chiesto non conta niente, quello che è legge è legge, quello che non è legge non è legge. Questo vorrei che fosse chiaro.

Mi vanno bene i tre punti, sono d'accordo, ma lasciamolo nella legge. Aggiungiamo "per la revoca di alloggi a seguito di raggiunti limiti di servizio verrà stabilito il punteggio con regolamento di esecuzione alla legge". Signor assessore, in questo momento non c'è il Presidente, Lei fa da portavoce, "ambasciatore non porta pena", però mi conferma che in qualsiasi momento può essere revocato quello che viene stabilito. Questa è la mia grossa preoccupazione, suffragata dal fatto di quello che è successo e di quello che ha destato in queste 107 famiglie grande preoccupazione.

Signor assessore all'edilizia, Lei in Giunta ha seguito tutta questa tematica, le richieste che Le sono giunte, le pressioni che ha avuto anche da parte del sottoscritto, oltre che quelle dei colleghi di Alleanza Nazionale, e anche pressioni contrarie a quelle che erano le richieste nostre o dei singoli interessati. Cosa ne pensa del fatto che non si voglia legiferare per un riconoscimento legislativo della revoca per raggiunti limiti di servizio e demandata al regolamento? Questo sinceramente mi preoccupa, anche se ritengo valida la parola del Presidente. Ma domani il Presidente può cambiare. Cosa succederebbe? E se l'assessore cambia, e un assessore diverso non se la sente più di sostenere questo, e dice "io non c'ero"? Quante volte mi sento dire "io non c'ero e non assumo responsabilità"? Io sostengo che deve restare così come è con l'aggiunta: "Verrà regolamentato il punteggio da assegnare per le revoche per raggiunti limiti di servizio". Assessore Achmüller, se la sente di sposare questa mia tesi? Devo demandarlo ai colleghi di Alleanza Nazionale? Se loro mi dicono che accettano la soluzione che dico io, poi per Lei va bene?

**ZENDRON (GAF-GVA):** Protesto contro questa trattativa tra l'assessore Achmüller e Alleanza Nazionale in aula. Fate, ma fatelo fuori perché è un po' un'indecenza per il Consiglio provinciale che ci siano le trattative così. Domani il Mattino lo intitolerei "l'inciucio che va solo in una direzione". Col-

leggi, come fate a fidarvi di una dichiarazione? Ma quante dichiarazioni sono state fatte in questo Consiglio che non sono state mantenute? Voi potrete avere qualche segnale segreto, il Presidente Durnwalder è un genio della convinzione. Vi ha detto in quale dei 22 regolamenti metterà questa cosa? Chissà se sarà il primo o il ventiduesimo? Se non fosse che si tratta di un problema reale di persone che poi subiscono un po' le conseguenze di quello che è un conflitto fra lo Stato, la Provincia, le loro ideologie, questi poveretti che sono qua a fare i poliziotti o altre cose, diventano poi le vittime di una difficoltà di vedere mettere in primo piano le persone o in secondo piano. Se non fosse per quello mi verrebbe da ridere, perché se l'inciucio, "Tschamperle" in tedesco, dalla traduzione fatta stamattina dal Sender Bozen, fosse così il Presidente avrebbe inciuciato voi ma non è che sia un inciucio alla pari.

Voto contro questa cosa. E' una situazione un po' delicata, non credo che si possa giocare sulla pelle delle persone. E' vero che non cambia chissà che cosa. Sarei stata per una delle proposte che aveva fatto il Presidente che chiudeva un po' tutto il contenzioso. Bisogna trovare una regolamentazione che sani il passato e che apra una prospettiva nuova e un po' più distesa per il futuro in cui non si parta dal presupposto che queste persone, solo perché sono dipendenti dello Stato, diventano un po' l'oggetto di scambio, perché non hanno fatto niente di male al mondo. Però devo dire che questo accordo, a parte che io non mi sento legata da un accordo fatto dalla SVP e da Alleanza Nazionale, perché eventualmente sarebbe sicuramente una Giunta alternativa a quella che io vorrei che governasse il futuro Sudtirolo per tutte e due le parti, però non si tratta di una cosa seria. Sarà inserito in uno dei 22 regolamenti e varie deliberazioni, e in cambio noi togliamo una disposizione di legge. Anch'io dico che non si può. Facciamo una proposta in cui si mette qualcosa dentro la legge, perché la legge è legge, il regolamento no. Cari consiglieri di Alleanza Nazionale, qui si parla di regolamenti che verranno fatti dal prossimo esecutivo. E voi pensate che il prossimo esecutivo andrà a guardare quello che ha detto l'assessore uscente Achmüller e prenderà i verbali? Non penso che ci possa basare su una cosa di questo genere. Quando si trova una soluzione, deve essere ancorata nella legge e non basata sulle promesse. Se si trattasse di uno scherzo, di una prova di avvicinamento e di alleanze, sarebbe una cosa su cui possiamo anche ridere, ma poiché si tratta di persone, voterò contro questo emendamento, sperando davvero che non venga approvato perché non garantisce le famiglie che sono in ballo.

**HOLZMANN (AN):** Prendo volentieri la parola su questa questione perché più di un collega nel suo intervento si è richiamato all'articolo oggi sul "Mattino". Titolo infelice rispetto al contenuto, ma ognuno fa il suo gioco, e le parti fanno il loro. Personalmente non trovo affatto scandaloso che in Consiglio provinciale si trovino degli accordi tra forze politiche anche diverse, di maggioranza e di opposizione, nell'interesse comune, non nell'interesse delle forze politiche ma nell'interesse delle persone sulle quali i provvedimenti ricadono. Qui abbiamo alcune questioni aperte. Ce n'è una che riguarda 107 famiglie che

hanno avuto una lettera di sfratto e che verranno sanate nella loro situazione. Non credo che questo sia un particolare trascurabile.

Potrei fare altre obiezioni rispetto alle cose che sono state dette, ma certamente Alleanza Nazionale ha fatto il suo dovere, o cerca di farlo, senza per questo avere sottoscritto nessun accordo politico programmatico né di linee né di concezioni, ma semplicemente valutando una situazione in termini obiettivi. Allora bisogna anche argomentare la propria contrarietà. Quando ci si viene a dire che chi ha un alloggio di servizio non paga nulla di affitto, come ha detto la collega Klotz, dice una cosa che forse poteva essere vera nel passato quando alcune categorie di lavoratori, soprattutto nello Stato, essendo sottopagate, avevano alcuni benefici, tra questi alloggi particolarmente vantaggiosi per quanto riguarda i canoni di locazione. Come lei sa, da alcuni anni lo Stato ha disciplinato diversamente la concezione degli alloggi di servizio, pertanto i canoni oggi sono equi. Un sottufficiale che oggi occupa un appartamento di servizio del Ministero della Difesa paga affitti di 700, 800, 900 mila lire mensili. Quando queste persone se ne vanno, si trovano nella situazione simile a quella di un qualsiasi sfratto. I tre punti garantiscono a queste famiglie la possibilità di accedere ad alcune agevolazioni provinciali, in particolare contributi interessi, mutui per acquisto prima casa e l'ingresso nelle cooperative edilizie.

Tra zero e tre punti, sinceramente preferisco i tre punti. Sono contento di inciuciarmi, se questo è il termine che è stato usato usiamolo pure, quando la posta in gioco è di questo tipo. Ad ogni modo, siccome anche noi in più occasioni abbiamo criticato il fatto che per comodità si ricorra a regolamenti di esecuzione sulle leggi, come abbiamo anche criticato su questi 22 regolamenti, chiedo alla Presidente del Consiglio se è possibile spostare a domani mattina la votazione su questo articolo per vedere con il Presidente della Giunta se è possibile trovare un accordo che da un certo punto di vista garantisca meglio la questione degli alloggi di servizio per le famiglie che in futuro diventeranno titolari di alloggi di servizio.

**PRÄSIDENTIN:** Gerade ist ein Abänderungsantrag vom Abgeordneten Ianieri zum Abänderungsantrag der Landesräte Achmüller und Saurer eingelangt. Der Landesrat ist mit der Aussetzung der Behandlung des Änderungsantrages bis morgen vormittag einverstanden. Deshalb schlage ich vor, daß wir den Artikel aussetzen, d.h. wir müssen den Artikel aussetzen und kommen damit zum Artikel 46.

#### Art. 46

##### Fristen für die Einreichung der Gesuche

1. Die Gesuche um Wohnbauförderung können bei der Landesabteilung Wohnungsbau ganzjährig eingereicht werden.
2. Die Landesregierung kann beschließen, daß die Einreichung der Gesuche für bestimmte Zeiträume ausgesetzt wird.
3. Die Gesuche werden nach der zeitlichen Reihenfolge der Einreichung laufend zugelassen. Die Gesuche, die im laufenden Jahr nicht zugelassen werden, werden im folgenden Jahr mit

Vorzug gegenüber den später eingereichten Gesuchen zugelassen.

-----

Termini di presentazione delle domande

1. Le domande di agevolazione edilizia possono essere presentate alla Ripartizione provinciale edilizia abitativa tutto l'anno.
2. La Giunta provinciale può disporre che venga sospesa la presentazione delle domande per determinati periodi.
3. Le domande vengono ammesse correntemente secondo l'ordine cronologico di presentazione. Le domande non ammesse nell'anno corrente vengono ammesse nell'anno seguente con precedenza su quelle successivamente presentate.

Ich verlese den Abänderungsantrag, welcher vom Abgeordneten Bolzonello eingebracht worden ist, der wie folgt lautet: Absatz 2 wird durch folgenden ersetzt:

“2. Die Landesregierung kann beschließen, daß die Behandlung der Gesuche für bestimmte Zeiträume ausgesetzt wird”.

Il comma 2 è sostituito dal seguente: “2. La Giunta provinciale può disporre che venga sospeso l'esame delle domande per determinati periodi”.

Abgeordneter Bolzonello hat das Wort zur Erläuterung.

**BOLZONELLO (Unitalia):** Questo emendamento è molto elementare, non bisogna essere dei geni per comprenderlo. L'attuale versione recita: *“La Giunta provinciale può disporre che venga sospesa la presentazione delle domande per determinati periodi”*. Io credo che la presentazione di una domanda alla pubblica amministrazione non possa mai essere sospesa, dovrebbe essere ricevuta dall'ufficio e semmai essere discussa dall'ufficio quando è in grado di espletare l'esame preventivo.

Chiedo che la Giunta provinciale semmai disponga che venga sospeso l'esame della domanda per determinati periodi, ma non certo la possibilità di presentazione delle domande. E' diritto di qualsiasi cittadino presentare le domande ed è dovere dell'amministrazione regolare al meglio il tempo e la lavorazione all'interno dei propri uffici, ma non deve sospendere la presentazione delle domande stesse.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Che significato avrebbe presentare delle domande che rimangono in un purgatorio in attesa di poter essere redente e suffragate da finanziamento? Se si arriva a fine settembre e non ci sono più soldi, tanto vale dire di aggiornare al primo gennaio successivo quando soldi ci saranno. Non si vieta a nessuno il diritto di presentarle, ma se mancano i quattrini è inutile far presentare la domanda.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Abänderungsantrag ab. Ich bitte einen der Präsidialsekretäre zu zählen, weil der Abgeordnete Bolzonello die

Feststellung der Beschlußfähigkeit beantragt hat: mit 1 Ja-Stimme, 16 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Wer wünscht das Wort zum Artikel 46? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

#### Art. 47

##### Beilagen zum Gesuch

1. Dem Gesuch um Wohnbauförderung ist die Baukonzession beizulegen, wenn es sich um Bau oder Wiedergewinnung handelt, oder der registrierte Kaufvorvertrag, wenn es sich um einen Kauf handelt, sowie die mit Durchführungsverordnung vorgesehenen Unterlagen. Für Wiedergewinnungsarbeiten, für die laut Landesraumordnungsgesetz eine vom Projektanten bestätigte Bauanzeige vorgeschrieben ist, genügt der Nachweis, daß die Bauanzeige bei der Gemeinde vorgelegt wurde.
2. Zur Wohnbauförderung des Landes für den Kauf können auch Gesuchsteller zugelassen werden, die schon den endgültigen Kaufvertrag abgeschlossen haben, sofern das Gesuch innerhalb von sechs Monaten ab Registrierung des Kaufvertrages eingereicht wird.

-----

##### Allegati alla domanda

1. Alla domanda di agevolazione edilizia devono essere allegati la concessione edilizia, in caso di costruzione o recupero, e il contratto preliminare registrato, in caso di acquisto, nonché la documentazione prevista con regolamento di esecuzione. Per interventi di recupero per i quali ai sensi dell'ordinamento urbanistico provinciale sia richiesta una dichiarazione asseverata del progettista, è sufficiente la prova che la dichiarazione asseverata è stata presentata al comune.
2. Possono essere ammessi alle agevolazioni edilizie per l'acquisto anche i richiedenti che abbiano già stipulato il contratto definitivo di acquisto, purché la domanda venga presentata entro sei mesi dalla registrazione del contratto di acquisto.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 18 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen genehmigt.

#### Art. 48

##### Fertigstellungs- und Besetzungsfrist

1. Die geförderten Wohnungen müssen innerhalb von drei Jahren nach der Genehmigung der Förderung fertiggestellt und vom Wohnbauförderungsempfänger und den Familienmitgliedern bewohnt werden, die im Gesuch um Wohnbauförderung angegeben sind. Auf begründeten Antrag des Förderungsempfängers kann der Landesrat für Wohnungsbau diese Frist um ein Jahr verlängern. Längere Fristen können nur aufgrund von Umständen eingeräumt werden, die nicht vom Willen

des Förderungsempfängers abhängen und die Ausführung der Arbeiten verzögern.

2. Im Falle des Kaufs von bestehenden Wohnungen, für die keine Wiedergewinnungsmaßnahmen notwendig sind, muß die Wohnung innerhalb eines Jahres nach Genehmigung der Förderung dauerhaft bewohnt werden.
3. Nach fruchtlosem Ablauf der Fristen laut Absätzen 1 und 2 spricht der Landesrat für Wohnungsbau den Verfall der Wohnbauförderung aus. Der Förderungsempfänger muß die erhaltenen Beträge zuzüglich der gesetzlichen Zinsen zurückerstatten.

-----

#### Termine di ultimazione dei lavori e di occupazione

1. Le abitazioni agevolate devono essere ultimate e abitate dal beneficiario e dai familiari indicati nella domanda di agevolazione edilizia entro tre anni dalla data del provvedimento di concessione dell'agevolazione. Su richiesta motivata del beneficiario l'assessore all'edilizia abitativa può prorogare di un anno detto termine. Termini maggiori possono essere concessi solo per fatti estranei alla volontà del beneficiario che ritardino i lavori durante la loro esecuzione.
2. In caso di acquisto di abitazioni esistenti per le quali non siano necessari interventi di recupero, l'abitazione deve essere abitata stabilmente entro un anno dall'approvazione dell'agevolazione.
3. Decorsi infruttuosamente i termini di cui ai commi 1 e 2, l'assessore all'edilizia abitativa pronuncia la decadenza dall'agevolazione edilizia. Il beneficiario è obbligato a rimborsare le somme percepite, maggiorate degli interessi legali.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich bitte einen der Präsidialsekretäre zu zählen, weil die Abgeordnete Klotz die Feststellung der Beschlußfähigkeit beantragt hat: mit 18 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen genehmigt.

#### Art. 49

##### Förderungsarten

1. Die Wohnbauförderung des Landes für den Bau, den Kauf und die Wiedergewinnung der eigenen Wohnung für den Grundwohnbedarf besteht:
  - a) in der Gewährung von zinslosen Darlehen mit fünfzehn- oder zwanzigjähriger Laufzeit,
  - b) in der Gewährung von gleichbleibenden Zinsenbeiträgen auf Darlehen mit fünfzehnjähriger Laufzeit,
  - c) in der Gewährung von zehnjährigen gleichbleibenden Beiträgen,
  - d) in der Gewährung von einmaligen Beiträgen.

-----

##### Tipi di agevolazione

1. Le agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione, l'acquisto e il recupero della propria abitazione per il fabbisogno abitativo primario consistono:
  - a) nella concessione di mutui senza interesse di durata quindicennale o ventennale;

- b) nella concessione di contributi per interessi costanti su mutui di durata quindicennale;
- c) nella concessione di contributi decennali costanti;
- d) nella concessione di contributi a fondo perduto.

Es ist ein Abänderungsantrag von den Abgeordneten Zendron und Kury eingebracht worden, der wie folgt lautet: Absatz 1: Nach Buchst. d) wird folgender Buchst. f) eingefügt:

"f) in einer Sparprämie, die als zusätzlicher Zinsenbeitrag auf die angesparte Summe in folgendem Ausmaß gewährt wird:

- 1. Einkommensstufe: 2 %
- 2. Einkommensstufe: 1,5 %
- 3. Einkommensstufe: 1 %
- 4. Einkommensstufe: 0,5 %."

Alla lettera d) del comma 1 viene aggiunta la seguente lettera f):

"f) in un premio al risparmio da corrispondersi sotto forma di contributo interessi aggiuntivo sul risparmio accumulato, con le seguenti percentuali:

- 1. fascia di reddito: 2 per cento
- 2. fascia di reddito: 1,5 per cento
- 3. fascia di reddito: 1 per cento
- 4. fascia di reddito: 0,5 per cento."

Frau Zendron hat das Wort zur Erläuterung.

**ZENDRON (GAF-GVA):** La questione del risparmio è una delle più interessanti che sono state promesse con questa legge. E' stato anche inserito nell'articolo 1 che uno degli obiettivi è il favorire il risparmio casa, affinché tutti si possano comperare la casa. Curiosamente è anche una delle cose che gli Arbeitnehmer vanno propagando da tanti anni. Però il problema è che in questa legge, quando è arrivata in commissione, non c'era assolutamente nulla che rendesse il risparmio casa una cosa pratica. Non credo ci sia un modo più semplice di dilleggiare il cittadino che quello di dirgli che noi facciamo questa legge per questo, farsi propaganda sui giornali dicendo che questo è l'obiettivo e poi in realtà non mettere nulla nella legge. Così la commissione ha pensato di inserire alcune cose. Vedremo che più avanti ci sono dei vincoli che la Provincia chiede alle banche perché il risparmio casa sia tale, perché, come è stato anche recentemente detto in una conferenza stampa del Centro tutela consumatori, l'offerta dei prodotti chiamata anche risparmio casa da parte delle banche è una truffa.

Il secondo aspetto che favorisce il risparmio casa è il fatto che la Provincia dia un premio a chi risparmia, che non può che essere un premio in denaro, quindi un contributo di interessi aggiuntivo sul risparmio accumulato. Questa proposta concreta è stata fatta assieme al Centro tutela consumatori studiando le forme che sono in atto da molti anni in Germania per esempio, che è molto avanzata in questo campo. La proposta è quella di dare a seconda della fascia di reddito un premio aggiuntivo decrescente, maggiore a chi ha di meno, perché avendo un reddito inferiore può risparmiare di meno, e minore a

quelli che hanno redditi più elevati. Se si parla di agevolazioni, come in questo articolo, agevolazioni di mutui senza interessi, contributi ecc. sono le solite forme. Per fare entrare il risparmio casa dentro le categorie di contribuzione da parte della Provincia questo è il metodo, quello di premiare, di favorire in ogni categoria chi mette via i soldi per comprarsi la casa, che poi sarà il modo con cui nel futuro si arriverà a comperarsi la casa.

Questo emendamento cerca di rendere concreto un obiettivo che rimane di pura enunciazione se non è seguito da effettivi passi concreti che possano renderlo attuato.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Ich ersuche um Vertagung zwecks Besprechung mit der Landesregierung.

**PRÄSIDENTIN:** Frau Zendron! Sind Sie damit einverstanden? Ja! Die Behandlung von Artikel 49 ist bis morgen ausgesetzt.

#### Art. 50

##### Rotationsfonds für den geförderten Wohnbau

1. Für die Gewährung der zinslosen Darlehen, die von Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben E1) und F1) vorgesehen sind, ist der Rotationsfonds für den geförderten Wohnbau errichtet. An diesen Rotationsfonds fließen die Mittel, die im jährlichen Einsatzprogramm laut Artikel 6 für die Einsatzarten laut Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben E1) und F1) vorgesehen sind, die Rückflüsse der aus diesem Fonds gewährten Darlehen, die Rückflüsse der Darlehen laut Landesgesetz vom 10 Juli 1961, Nr. 6, sowie sämtliche Rückflüsse der Darlehen aus dem Rotationsfonds, der mit Artikel 6 des Landesgesetzes vom 2. April 1962, Nr. 4, abgeändert durch Artikel 3 des Landesgesetzes vom 25. November 1978, Nr. 52, errichtet wurde.
2. Der Dienst der Führung des Rotationsfonds kann einer oder mehreren Kreditanstalten oder Repräsentanzen derselben, die in Südtirol tätig sind und die über geeignete Strukturen für die Gewährung von langfristigen Darlehen verfügen, anvertraut werden.
3. Voraussetzung für die Zulassung zum Dienst der Führung des Rotationsfonds ist die Bereitschaft der Kreditanstalten, breiten Schichten der Bevölkerung Bausparformen anzubieten und außerdem den Empfängern von Darlehen aus dem Rotationsfonds Zusatzdarlehen mit einer Laufzeit von nicht weniger als zehn Jahren zu gewähren.
4. Die weiteren Modalitäten für die Anvertrauung des Dienstes zur Führung des Rotationsfonds werden von der Landesregierung mit Beschluß festgelegt. Im Beschluß der Landesregierung muß im besonderen folgendes festgesetzt werden:
  - a) die Pflicht der Kreditanstalten zur Information und jährlichen Rechnungslegung gegenüber dem Land;
  - b) die Modalitäten zur Auszahlung der Darlehen;

- c) die Voraussetzungen für die Gewährung von allfälligen Zusatzdarlehen;
  - d) die den Kreditanstalten für die Führung des Fonds zustehende Provision;
  - e) die Modalitäten und Verfahren der Eintreibung der Kreditbeträge für den Fall der Aufhebung oder des Widerrufs der Darlehensgewährung, oder für den Fall der Säumigkeit bei der Bezahlung der einzelnen Raten von seiten des Förderungsempfängers,
  - f) die detaillierten Angaben über die Formen des Bausparens.
5. Die Kreditanstalten müssen weiters folgende Voraussetzungen erfüllen:
- a) sie müssen Währungsfonds zwecks Kapitalansammlung anbieten, die - ohne Eintritts- oder Austrittsgebühr - einen variablen Nettoertrag sicherstellen, der nicht unter jenem der staatlichen Schatzscheine (BOT) mit sechsmonatiger Laufzeit liegen darf;
  - b) sie müssen sich zur Gewährung eines geförderten festverzinslichen Wohnbaurdarlehens verpflichten, das folgende Eigenschaften aufweisen muß:
    - 1. Der angewandte Zinssatz muß jenem des Wohnbauinstituts für den Ankauf der Erstwohnung entsprechen, wobei eine prozentuelle Rückstufung (mindestens 15 %) zu Lasten der Bank vorzusehen ist und der Zinssatz keinesfalls einen festzulegenden Parameter von mittel- bis langfristigen Zinssätzen überschreiten darf.
    - 2. Die Laufzeit des geförderten Darlehens muß der Dauer der Kapitalansammlung entsprechen, wobei letztere zumindest 5 Jahre betragen muß.
    - 3. Das Ausmaß des gewährten Darlehens muß dem im Fonds angesammelten Betrag entsprechen.

-----

#### Fondo di rotazione per l'edilizia abitativa agevolata

- 1. Per la concessione di mutui senza interessi previsti dall'articolo 2, comma 1, lettere E1) ed F1), è istituito il fondo di rotazione per l'edilizia abitativa agevolata. A questo fondo affluiscono i mezzi previsti nell'annuale programma di interventi di cui all'articolo 6 per i tipi di intervento di cui all'articolo 2, comma 1, lettere E1) ed F1), i rientri dei mutui concessi da questo fondo, i rientri dei mutui concessi ai sensi della legge provinciale 10 luglio 1961, n. 6, nonché tutti i rientri dei mutui dal fondo di rotazione istituito dall'articolo 6 della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, modificato dall'articolo 3 della legge provinciale 25 novembre 1978, n. 52.
- 2. Il servizio di gestione del fondo di rotazione può essere affidato ad uno o più istituti di credito o enti di rappresentanza degli stessi operanti in Alto Adige che dispongano di adeguate strutture per la concessione di mutui a lungo termine.
- 3. Condizione per l'ammissione al servizio di gestione del fondo di rotazione è la disponibilità degli istituti di credito ad offrire a larghi strati della popolazione forme di risparmio edilizio e comun-

que di concedere a beneficiari di mutui dal fondo di rotazione mutui aggiuntivi di durata non inferiore a dieci anni.

4. Le ulteriori condizioni per l'affidamento del servizio di gestione del fondo di rotazione sono disciplinate con deliberazione della Giunta provinciale. Nella deliberazione della Giunta provinciale dovrà essere stabilito in particolare:
  - a) l'obbligo di informazione e di rendicontazione annuale degli istituti di credito nei confronti della Provincia;
  - b) le modalità di erogazione dei mutui;
  - c) le condizioni per la concessione di eventuali mutui aggiuntivi;
  - d) la commissione spettante agli istituti di credito per la gestione del fondo;
  - e) le modalità ed i procedimenti di recupero dei crediti in caso di annullamento o revoca della concessione del mutuo o di morosità nel pagamento delle singole rate da parte del beneficiario;
  - f) le disposizioni dettagliate sulle forme di risparmio edilizio.
5. Gli istituti di credito devono adempiere inoltre ai seguenti presupposti:
  - a) offrire l'accumulazione delle somme attraverso Fondi Monetari, che offrano un rendimento variabile netto finale garantito, almeno pari ai BOT semestrali, senza alcuna commissione di ingresso o di uscita;
  - b) impegnarsi a corrispondere un mutuo edilizio agevolato a tasso fisso con le seguenti caratteristiche:
    - 1) tasso corrispondente a quello praticato dallo stesso istituto per l'acquisto della prima casa con una retrocessione percentuale (minimo 15%) a carico della banca e comunque non superiore ad un parametro di tassi a medio-lungo termine da stabilire;
    - 2) durata del mutuo agevolato pari a quella del periodo di accumulazione, durata minima di accumulazione prevista di 5 anni;
    - 3) entità del mutuo garantito pari alla cifra accumulata nel fondo.

Es ist ein Abänderungsantrag vom Landeshauptmann Durnwalder und dem Abgeordneten Berger eingebracht worden, der wie folgt lautet: Absatz 1: Die Worte "die Rückflüsse der Darlehen laut Landesgesetz vom 10. Juli 1961, Nr. 6" sind ersetzt durch die Worte "die Erlöse der Obligationen, die laut Artikel 9 bis des Landesgesetzes vom 2. April 1962, Nr. 4, eingefügt durch Artikel 76 des Landesgesetzes vom 21. November 1983, Nr. 45, vom Wohnbaukomitee erworben wurden".

Comma 1, le parole "i rientri dei mutui concessi ai sensi della legge provinciale 10 luglio 1961, n. 6" sono sostituite dalle parole "i ricavi dalle obbligazioni acquistate dal comitato per l'edilizia residenziale ai sensi dell'articolo 9/bis della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, inserito dall'articolo 76 della legge provinciale 21 novembre 1983, n. 45".

Landesrat Cigolla hat das Wort zur Erläuterung.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Questo emendamento è stato

presentato per quanto riguarda due tipologie di rientri e ricavi. Il CER attraverso i soldi del comitato edilizia residenziale e del bilancio ha acquistato circa 20 miliardi di obbligazioni e con questi rientri si sostituiscono le parole "rientri dai mutui concessi ai sensi della legge n. 6 del 1961" con "ricavi dalle obbligazioni ai sensi della legge n. 4 del 1962". Si tratta di 20 miliardi di cartelle che sono state acquistate dal CER e che in questa maniera diventano oggetto di rientro.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Sull'ordine dei lavori. Chiedo una breve sospensione perché questo è un emendamento importante. Vogliamo sapere cosa c'è dentro. Se uno dei due presentatori ha dei problemi, l'altro dovrebbe spiegarlo. Non ci sembra del tutto chiaro quello che è stato proposto. Poi è anche curioso quando viene spiegato dall'assessore e viene presentato da altri, senza la sua firma.

**PRÄSIDENTIN:** Frau Zendron! Ich gebe Ihrem Antrag statt und unterbreche die Sitzung für 10 Minuten und wünsche mir, daß, wenn es möglich ist, diese Angelegenheit am Rande der Sitzung jetzt geklärt werden kann.

ORE 22.08 UHR

-----

ORE 22.19 UHR

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.  
Frau Zendron hat das Wort zum Abänderungsantrag.

**ZENDRON (GAF-GVA):** E' stata una sospensione produttiva. L'assessore e il dott. Spitaler ci hanno spiegato. Abbiamo capito finalmente di cosa si tratta e quindi siamo contenti di questo aumento del patrimonio dell'assessore di 25 miliardi che vengono ricavati da un rientro di questi mutui.

**PRÄSIDENTIN:** Wer wünscht noch das Wort zum Abänderungsantrag? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 17 Ja-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen genehmigt.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

**Dott. UMBERTO MONTEFIORI**

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** Leggo il prossimo emendamento, presentato dal consigliere Ianieri che recita: Al comma 3 dell'art. 50 viene aggiunto il seguente periodo: "Gli istituti di credito ammessi al servizio di gestione del fondo di rotazione dovranno essere disponibili ad offrire per prefinanziamenti condizioni più vantaggiose di quelle offerte da altri istituti di credito".

Am Ende von Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

“Die zum Dienst der Führung des Rotationsfonds zugelassenen Kreditanstalten müssen Vorfinanzierungen zu besseren Bedingungen anbieten als die anderen Kreditanstalten”.

Consigliere Ianieri, ha la parola per l'illustrazione.

**IANIERI (I LIBERALI - Unione di Centro Liberale):** Il comma 3 dell'articolo 50 stabilisce le condizioni per l'ammissione al servizio di gestione del fondo di rotazione e la disponibilità degli istituti di credito ad offrire, qui si dice a larghi strati della popolazione, forme di risparmio edilizio nonché mutui aggiuntivi di durata non inferiore 10 anni.

Io chiedo che gli istituti di credito che vengono ammessi al servizio di gestione del fondo di rotazione siano disponibili ad offrire per i prefinanziamenti, perché molto spesso ci troviamo di fronte al fatto che la persona singola ha bisogno di un prefinanziamento, condizioni più vantaggiose di quelle che vengono offerte dai normali istituti di credito. Molte volte invece ci troviamo di fronte al fatto che per il prefinanziamento pagano un tasso di interesse molto alto. Questo lo dobbiamo disciplinare, mettendolo tra le condizioni, cioè che il prefinanziamento deve essere dato a condizioni più vantaggiose di quelli che sono i tassi normali, in modo tale che queste persone possano far fronte subito all'impegno che hanno assunto, non vedano crescere il loro debito, dato che se non pagano sicuramente il costruttore chiederà maggiori interessi. L'ente pubblico deve dare la possibilità di affrontare anche questo, visto che a volte i tempi sono lunghi per tante cause, a volte non imputabili all'amministrazione. Ecco che dobbiamo prevedere questa forma di vantaggio nei confronti dell'utente che si rivolge a questi istituti che gestiscono questo fondo di rotazione che è molto sostanzioso.

L'assessore Mayr assentiva e ho avuto occasione di poter verificare che è molto sensibile a queste cose. Chiedo quindi di sostenere questo emendamento.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Quando si stipula una convenzione con istituti di credito che dovranno poi in futuro gestire questo denaro, e quindi con delibera di Giunta provinciale e con allegata convenzione riferita all'istituto di credito che assume questa gestione, si mettono anche tutte le condizioni più favorevoli inerenti a questa gestione. Sarà oggetto della delibera quindi, con allegata convenzione.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'emendamento con preghiera di contare perché la consigliera Klotz ha richiesto la verifica del numero legale: respinto con 10 voti favorevoli e 13 voti contrari.

Leggo adesso l'emendamento successivo, presentato dal Presidente della Giunta provinciale Durnwalder e dal consigliere Berger che dice: "Il comma 4 è così sostituito: "Le ulteriori condizioni per accedere alla gestione del fondo di rotazione sono disciplinate dalla Giunta provinciale in una convenzione

tipo, cui possono aderire i singoli istituti di credito. Nella convenzione dovrà essere stabilito in particolare:

- a) l'obbligo di informazione e di rendicontazione annuale degli istituti di credito nei confronti della Provincia;
- b) le modalità di erogazione di mutui;
- c) le condizioni per la concessione di eventuali mutui aggiuntivi;
- d) la commissione spettante agli istituti di credito per la gestione del fondo;
- e) le modalità ed i procedimenti di recupero dei crediti in caso di annullamento o revoca della concessione del mutuo o di morosità nel pagamento delle singole rate da parte del beneficiario;
- f) le disposizioni dettagliate sulle forme di risparmio edilizio.

Absatz 4 ist durch folgenden ersetzt:

“4. Die weiteren Modalitäten für den Zugang zur Führung des Rotationsfonds werden von der Landesregierung in einer Mustervereinbarung geregelt, welcher die einzelnen Kreditanstalten beitreten können. In der Vereinbarung muß im besonderen folgendes festgesetzt werden:

- a) die Pflicht der Kreditanstalten zur Information und jährlichen Rechnungslegung gegenüber dem Land;
- b) die Modalitäten zur Auszahlung der Darlehen;
- c) die Voraussetzungen für die Gewährung von allfälligen Zusatzdarlehen;
- d) die den Kreditanstalten für die Führung des Fonds zustehende Provision;
- e) die Modalitäten und Verfahren der Eintreibung der Kreditbeträge für den Fall der Aufhebung oder des Widerrufs der Darlehensgewährung, oder für den Fall der Säumigkeit bei der Bezahlung der einzelnen Raten von seiten des Förderungsempfängers;
- f) die detaillierten Angaben über die Formen des Bausparens”.

La parola all'assessore Cigolla per l'illustrazione.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Poc'anzi il collega Ianieri aveva presentato un emendamento nel quale si prefiggeva di mettere da parte dell'istituto di credito a disposizione "condizioni più vantaggiose". Se leggiamo adesso questo emendamento che rispecchia l'atto esecutivo della Giunta provinciale che viene codificato in una convenzione tipo, nella quale si pattuisce esattamente come condizioni più vantaggiose dovrebbero essere esplicitate in un rapporto di affidamento. Ciò riguarda l'affidamento all'informazione, le modalità, le condizioni, la commissione e i procedimenti per quanto riguarda il recupero dei crediti. Non è nient'altro che una esemplificazione di quello che la convenzione allegata alla delibera di affidamento di incarico da parte della Giunta provinciale attua nel prevedere le condizioni più vantaggiose per la gestione di questo fondo.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Questo emendamento deve essere visto in collegamento con quello successivo che abroga il comma successivo che è stato introdotto dalla commissione. Questo è un altro capitolo importante di questa

questa legge, come dicevamo prima sull'articolo 49. La legge all'articolo 1 dice che uno degli obiettivi della legge è di favorire il risparmio casa, però di fatto non fa niente di concreto. In commissione su mia proposta, con un progetto elaborato dal Centro tutela consumatori, posso anche dirlo, con l'aiuto dei loro esperti, sono stati fatti degli interventi concreti affinché questa dichiarazione di favorire il risparmio casa diventasse qualcosa di concreto. Uno era quello all'articolo 49 che è stato sospeso e che prevede un premio aggiuntivo per coloro che risparmiano, e l'altra è una questione importantissima, che è stata oggetto di una accurata e precisa informazione da parte del Centro tutela consumatori proprio nei giorni scorsi. In questo comma 5 si prevedevano delle garanzie concrete che la Provincia chiede agli istituti di credito affinché i prodotti chiamati risparmio casa, si chiama prodotto in termine tecnico, ma è la proposta che la banca fa al cittadino, abbia le caratteristiche di particolare favore che il risparmio casa ha. Può avere un particolare favore, come si vede in Germania e in Austria dove è nato, perché è un fondo molto consistente per chi lo gestisce. E' chiaro che la banca ne ha un vantaggio e anche prestigio e può permettersi di offrire un prodotto più favorevole. La provincia deve intervenire mettendo le garanzie. Questo era il contenuto del comma 5 che la Giunta provinciale vuole abrogare.

Il cambiamento che è stato introdotto al comma 4, probabilmente per rendere un po' più favorevole l'abolizione della sostanza al comma 5, a mio parere non è sufficiente. Qui si dice che si farà una convenzione. Tuttavia i criteri che vengono richiesti non garantiscono quelle richieste precise che devono essere fatte perché il risparmio casa sia una cosa seria e non sia una truffa - forse è una parola troppo forte - ma non sia un risparmio casa come tanti altri.

Per chiarire questo vorrei citare le parole dette dall'esperto del Centro consumatori che parla positivamente del testo uscito dalla commissione legislativa e dice che l'esigenza di qualificare il risparmio edilizio era diventata fondamentale dopo la comparsa sul mercato di prodotti bancari che si autodefinivano risparmio edilizio ma che in effetti erano normali fondi comuni di investimento che nulla avevano a che fare con questa forma di risparmio particolare e mirata. Così senza offrire nulla di nuovo alcuni istituti di credito locali si autocandidano alla gestione del fondo di rotazione della Provincia che movimentava circa 1000 miliardi. Qui c'è una frattura forte fra il vantaggio che ha un istituto di credito e quello che viene a offrire. Questa differenza dovrebbe essere coperta proprio dalla Provincia come garante dei soldi dei cittadini che poi vengono messi in ballo. "Una legge dispone come requisito per le banche che vogliono gestire il fondo di proporre ai clienti forme di risparmio edilizio e nello stesso tempo lasciano ad esse il compito di fissarne i criteri"?, si chiede l'esperto del centro tutela consumatori. E questa domanda dovremo porcela tutti. E' una grossa questione, sono tanti soldi che noi chiediamo alle banche di gestire, facciamo loro un favore e nello stesso tempo però diciamo che loro devono definire i criteri. Questo vuol dire rinunciare al proprio compito di tutelare il denaro pubblico. E' un po' quello che è successo per tanti anni nell'Istituto per l'edilizia sociale in cui si dava l'incarico di progettazione delle case sociali senza dire quali fossero i criteri che dovevano essere rispettati. Adesso è un po' cambiato,

criteri che dovevano essere rispettati. Adesso è un po' cambiato, ma quanti danni sono stati fatti! Quante cucine senza finestre sono state costruite? Qui si tratta di soldi. 1.000 miliardi non possono essere messi come se i cittadini fossero delle pecore che danno la loro lana senza avere un minimo di tutela dai loro amministratori qui seduti.

Finisco di dire quello che dicono gli esperti del Centro tutela consumatori. *"Un simile atteggiamento non può che dare adito al sospetto che certi istituti bancari riescono a condizionare con pressioni di lobbies la politica della Provincia anche contro gli interessi dei cittadini."* Io vi chiedo, nonostante la stanchezza e il chiaro disinteresse nel valutare i doveri che abbiamo come amministratori, di riflettere un attimo sulla responsabilità che noi abbiamo qui. Stiamo aprendo una situazione in cui mettiamo in ballo una quantità notevolissima di denaro pubblico, e vorrei una risposta molto chiara dall'assessore e dalla Giunta, però credo che sia una responsabilità di tutti, perché quando si fanno cose non spiegabili con i soldi pubblici tutti sono responsabili. C'è una ragione, quale? Come vi giustificate nel dire che stasera introducete un generico impegno a promuovere una convenzione senza stabilire dei criteri? E nello stesso tempo vi apprestate a togliere approfittando della distrazione, dello scarso amore per il proprio dovere di tanti consiglieri che vengono qua, alzano la mano senza rendersi conto, per quale ragione togliete i criteri che sono stati introdotti, studiati francamente non da me che non sono un'esperta ma dalle persone a cui voi dovrete andare a chiedere che cosa si deve fare, perché vi apprestate a togliere le garanzie che voi siete in obbligo di dare ai cittadini che mettono a disposizione i loro soldi.

Questa è una cosa molto grave che con leggerezza ci si appresti con questa modifica del comma 4 a demandare alla Giunta provinciale una deliberazione, togliendo contemporaneamente i criteri che dovrebbero anch'essi entrare, secondo me, nella legge, essere fissati senz'altro per legge. Quando si tratta di tanto denaro pubblico è una cosa che grida vendetta al cielo che il denaro delle tasse di tante persone, comprese pensionati e persone che fanno fatica a pagarli, vengano trattati con tanta leggerezza. E' una cosa gravissima. Non trovo una possibile spiegazione per cui la Provincia non voglia fungere da garante dei soldi dei cittadini ma li voglia in qualche modo regalare demandando alle banche stesse il diritto di scegliere loro i criteri con cui devono gestirli.

**PRESIDENTE:** I consiglieri Ianieri e Willeit hanno presentato un subemendamento all'emendamento della Giunta che dice: Al comma 4 viene aggiunta la lettera g):

"g) condizioni per la concessione di prefinanziamenti".

Absatz 4: Folgender Buchstabe g) wird hinzugefügt:

"g) die Voraussetzungen für die Gewährung von Vorfinanzierungen".

La parola al consigliere Ianieri per l'illustrazione.

**IANIERI (I LIBERALI - Unione di Centro Liberale):** Non è per contraddirla, ma il comma 4 Lei mi ha fatto presente che conteneva quello che io chiedevo e quindi l'emendamento è stato respinto, ma non è assolutamente vero. Il comma 4 come viene proposto dice: ""Le ulteriori condizioni per accedere alla gestione del fondo di rotazione sono disciplinate dalla Giunta provinciale in una convenzione tipo, cui possono aderire i singoli istituti di credito. Nella convenzione dovrà essere stabilito in particolare:

- a) l'obbligo di informazione e di rendicontazione annuale degli istituti di credito nei confronti della provincia;
- b) le modalità di erogazione di mutui;
- c) le condizioni per la concessione di eventuali mutui aggiuntivi; - questo nulla ha a che vedere con il prefinanziamento;
- d) la commissione spettante agli istituti di credito per la gestione del fondo;
- e) le modalità ed i procedimenti di recupero dei crediti in caso di annullamento o revoca della concessione del mutuo o di morosità nel pagamento delle singole rate da parte del beneficiario;
- f) le disposizioni dettagliate sulle forme di risparmio edilizio".

Visto che comunque si vuole far gestire questo fondo di rotazione agli istituti di credito, che quello che rende lo sappiamo tutti, e visto che comunque stabiliamo una convenzione per delle condizioni che devono essere rispettate, sappiamo che molto spesso gli utenti sono obbligati a chiedere un prefinanziamento, se non quasi sempre, allora aggiungiamo che in caso di prefinanziamento lo stesso istituto che gestisce il fondo di rotazione lo deve dare a condizioni più vantaggiose. Stabilite le modalità anche per il prefinanziamento, non solo per il resto!

Nella convenzione vanno bene tutti i punti che avete indicato, metteteci anche le condizioni per i prefinanziamenti, che nulla hanno a che vedere con i mutui aggiuntivi.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** D'intesa con i colleghi della Giunta provinciale, in quanto non è che una interpretazione estensiva di quanto esiste nell'articolo al comma c), laddove si parla di mutui aggiuntivi, aggiungiamo "e prefinanziamenti". Così abbiamo risolto il Suo problema.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Ianieri ritira il suo emendamento e firma l'emendamento presentato dal Presidente Durnwalder e dal consigliere Berger, che viene così integrato al punto c) "Le condizioni per la concessione di eventuali mutui aggiuntivi e prefinanziamenti". Nella parte tedesca al punto c) viene aggiunto "und Vorfinanzierungen".

Qualcuno chiede la parola? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato con 20 voti favorevoli e 2 astensioni.

Leggo il prossimo emendamento a firma Durnwalder e Berger, al comma 5 che dice: "Il comma 5 è soppresso". "Absatz 5 ist gestrichen".

La parola all'assessore Cigolla, ne ha facoltà.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Questo emendamento praticamente è collegato all'emendamento all'articolo 49, comma 1, proposto dalle consigliere Zendron e Kury, di cui io avevo chiesto la sospensione fino a domani. Chiedo quindi che venga sospeso anche questo.

**PRESIDENTE:** Accolgo la richiesta dell'assessore. Anche l'articolo 50 resta sospeso.

Art. 51

Mutui senza interesse

1. Sono ammessi a mutuo senza interesse gli appartenenti alla prima fascia di reddito di cui all'articolo 56, purché raggiungano almeno 20 punti ai sensi del regolamento di esecuzione.
2. La durata del mutuo è di 15 anni. Per richiedenti con due figli a carico la durata del mutuo è elevata a 20 anni. Alla durata del mutuo si aggiunge l'eventuale periodo di prefinanziamento e il periodo di preammortamento per una durata non superiore a due anni. Il mutuo deve comunque entrare in ammortamento il 1° gennaio o il 1° luglio antecedente il compimento del secondo anno di prefinanziamento.
3. I beneficiari ammessi a un mutuo di durata quindicennale, dopo la nascita del secondo figlio possono chiedere la proroga della durata del mutuo a venti anni.

-----

Zinsenlose Darlehen

1. Zum zinsenlosen Darlehen werden die Angehörigen der ersten Einkommensstufe laut Artikel 56 zugelassen, wenn sie mindestens 20 Punkte im Sinne der Durchführungsverordnung erreichen.
2. Die Laufzeit des Darlehens beträgt 15 Jahre. Für Gesuchsteller mit zwei unterhaltsberechtigten Kindern wird die Laufzeit des Darlehens auf 20 Jahre erhöht. Zur Laufzeit des Darlehens kommt noch eine eventuelle Vorfinanzierungszeit und Voramortisierungszeit von höchstens zwei Jahren. Die Tilgung des Darlehens hat spätestens mit dem 1. Jänner oder 1. Juli vor Vollendung des zweiten Jahres der Vorfinanzierungszeit zu beginnen.
3. Förderungsempfänger, die zu einem Darlehen mit fünfzehnjähriger Laufzeit zugelassen wurden, können nach der Geburt des zweiten Kindes um die Verlängerung der Darlehenslaufzeit auf zwanzig Jahre ansuchen.

L'emendamento presentato dal gruppo di Alleanza Nazionale al comma 1 è ritirato.

Leggo l'emendamento presentato dal consigliere Bolzonello che dice: Dopo le parole "a 20 anni" è aggiunta la seguente proposizione: "Per motivate e documentate esigenze, anche i richiedenti senza prole possono chiedere l'elevazione a 20 anni della durata del mutuo".

Absatz 2: Nach den Wörtern “auf 20 Jahre erhöht” wird folgender Satz eingefügt: “Bei begründeten und belegten Erfordernissen können auch kinderlose Gesuchsteller die Erhöhung der Laufzeit des Darlehens auf 20 Jahre beantragen”.

La parola al consigliere Bolzonello, ne ha facoltà.

**BOLZONELLO (Unitalia):** Illustro l'emendamento anche se non credo ce ne sia bisogno. Il comma 2 presentato dalla Giunta provinciale prevede che per i richiedenti con due figli la durata del mutuo sia elevata da 15 a 20 anni. Io propongo che per motivate e documentate esigenze anche chi non ha prole possa chiedere l'elevazione del mutuo a 20 anni. Vi possono essere delle ragioni per cui non riescono, nella durata quindicennale prevista inizialmente, a far fronte alla restituzione del mutuo. Ecco perché chiedo che si porti a 20 la durata del mutuo anche per questi.

**PRESIDENTE:** Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 18 voti contrari e 6 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 51? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato con 8 astensioni e i rimanenti voti favorevoli.

Art. 52

*Mutui agevolati con durata quindicennale*

1. Agli appartenenti alla seconda fascia di reddito di cui all'articolo 56, che raggiungono almeno 20 punti ai sensi del regolamento di esecuzione viene concesso un contributo per interessi su un mutuo calcolato ai sensi dell'articolo 53. La durata del mutuo è di 15 anni. A questa si aggiunge un periodo di prefinanziamento e di preammortamento per una durata non superiore a due anni.
2. L'ammontare del contributo per interessi viene stabilito nel programma di interventi di cui all'articolo 6.

-----

*Zinsbegünstigte Darlehen mit 15 Jahren Laufzeit*

1. An die Angehörigen der zweiten Einkommensstufe laut Artikel 56, die mindestens 20 Punkte im Sinne der Durchführungsverordnung erreichen, wird ein gleichbleibender Zinsenbeitrag auf ein Darlehen gewährt, das gemäß Artikel 53 berechnet wird. Die Laufzeit des Darlehens beträgt 15 Jahre. Dazu kommt eine Vorfinanzierungs- und Voramortisierungszeit von höchstens zwei Jahren.
2. Die Höhe des Zinsenbeitrages wird in dem von Artikel 6 vorgesehenen Einsatzprogramm festgelegt.

Qualcuno vuole intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato con 7 astensioni e i rimanenti voti favorevoli.

Art. 53

*Importo del mutuo*

1. L'importo del mutuo per nuova costruzione deve essere contenuto entro il meno elevato dei seguenti limiti:
  - a) 75 per cento del costo di costruzione convenzionale dell'alloggio, determinato ai sensi dell'articolo 7, riferito alla superficie convenzionale dell'abitazione;
  - b) 100 milioni di lire per richiedenti singoli, 140 milioni di lire per richiedenti coniugati, aggiungendo 20 milioni di lire per il primo figlio a carico e 10 milioni di lire per ogni ulteriore figlio a carico, non potendo comunque il mutuo superare l'importo di 180 milioni di lire.
2. L'importo del mutuo per l'acquisto deve essere contenuto entro il meno elevato dei seguenti limiti:
  - a) 75 per cento del costo di costruzione convenzionale dell'alloggio, determinato ai sensi dell'articolo 7, riferito alla superficie convenzionale dell'abitazione, e aumentato del 20 per cento in considerazione dei costi dell'area e degli oneri di urbanizzazione;
  - b) 100 milioni di lire per richiedenti singoli, 140 milioni di lire per richiedenti coniugati, aggiungendo 20 milioni di lire per il primo figlio a carico e 10 milioni di lire per ogni ulteriore figlio a carico, non potendo comunque il mutuo superare l'importo di 180 milioni di lire;
  - c) 75 per cento del prezzo di acquisto.
3. L'importo del mutuo per il recupero deve essere contenuto entro il meno elevato dei seguenti limiti:
  - a) 75 per cento del costo di costruzione convenzionale dell'alloggio, determinato ai sensi dell'articolo 7, riferito alla superficie convenzionale dell'abitazione;
  - b) 100 milioni di lire per richiedenti singoli, 140 milioni di lire per richiedenti coniugati, aggiungendo 20 milioni di lire per il primo figlio a carico e 10 milioni di lire per ogni ulteriore figlio a carico, non potendo comunque il mutuo superare l'importo di 180 milioni di lire;
  - c) 75 per cento della spesa riconosciuta ammissibile per l'intervento di recupero.
4. In caso di acquisto del solo diritto di usufrutto di un alloggio al costo di costruzione si applicano i coefficienti per la determinazione dei valori attuali del diritto di usufrutto al tasso di interesse legale. Il proprietario dell'alloggio deve acconsentire che l'eventuale ipoteca a garanzia del mutuo provinciale venga iscritta ed i vincoli di edilizia abitativa agevolata annotati sulla nuda proprietà.
5. Per richiedenti appartenenti alla prima fascia di reddito di cui all'articolo 56, comma 1, lettera a) il mutuo, in deroga alle disposizioni del comma 1, lettera a), comma 2, lettera a) e comma 3, lettera a) può raggiungere il 100 per cento dei costi di costruzione convenzionali dell'abitazione oggetto dell'agevolazione.
6. Qualora con il richiedente convivano i suoi genitori, gli importi dei mutui previsti ai commi 1, 2 e 3 vengono rispettivamente aumentati di 20 o di 30 milioni di lire, qualora uno o entrambi i

genitori convivano con il richiedente da almeno due anni e il richiedente si obblighi ad accogliere i genitori nell'abitazione agevolata.

7. Per le maggiori spese dovute all'osservanza di vincoli imposti ai sensi delle norme sulla tutela e la conservazione del patrimonio storico, artistico e popolare, nonché di quelle sulla tutela del paesaggio, l'importo del mutuo agevolato è aumentato fino al 25 per cento.
8. I limiti massimi dei mutui di cui ai commi 1, 2 e 3 possono essere modificati dalla Giunta provinciale, fermo restando il limite massimo di importo costituito dal 75 per cento del costo di costruzione di un alloggio con una superficie convenzionale di 160 metri quadrati convenzionali.

-----

#### *Darlehensbetrag*

1. Der Darlehensbetrag für einen Neubau darf die niedrigste folgender Obergrenzen nicht überschreiten:
  - a) 75 Prozent der gesetzlichen Baukosten der Wohnung, die gemäß Artikel 7 festgesetzt und auf die Konventionalfäche der Wohnung bezogen werden;
  - b) 100 Millionen Lire für Einzelgesuchsteller, 140 Millionen Lire für verheiratete Gesuchsteller; dazu werden 20 Millionen Lire für das erste unterhaltsberechtignte Kind und 10 Millionen für jedes weitere unterhaltsberechtignte Kind hinzugefügt; das Darlehen darf auf jeden Fall den Betrag von 180 Millionen Lire nicht überschreiten.
2. Der Darlehensbetrag für den Kauf darf die niedrigste folgender Obergrenzen nicht überschreiten:
  - a) 75 Prozent der gesetzlichen Baukosten der Wohnung, die gemäß Artikel 7 festgesetzt, auf die Konventionalfäche der Wohnung bezogen werden und wegen der Grundstücks- und Erschließungskosten um 20 Prozent erhöht werden;
  - b) 100 Millionen Lire für Einzelgesuchsteller, 140 Millionen Lire für verheiratete Gesuchsteller; dazu werden 20 Millionen Lire für das erste unterhaltsberechtignte Kind und 10 Millionen für jedes weitere unterhaltsberechtignte Kind hinzugefügt; das Darlehen darf auf jeden Fall den Betrag von 180 Millionen Lire nicht überschreiten;
  - c) 75 Prozent des Kaufpreises.
3. Der Darlehensbetrag für Wiedergewinnung darf die niedrigste folgender Obergrenzen nicht überschreiten:
  - a) 75 Prozent der gesetzlichen Baukosten der Wohnung, die gemäß Artikel 7 festgesetzt und auf die Konventionalfäche der Wohnung bezogen werden;
  - b) 100 Millionen Lire für Einzelgesuchsteller, 140 Millionen Lire für verheiratete Gesuchsteller; dazu werden 20 Millionen Lire für das erste unterhaltsberechtignte Kind und 10 Millionen für jedes weitere unterhaltsberechtignte Kind hinzugefügt; das Darlehen darf auf jeden Fall den Betrag von 180 Millionen Lire nicht überschreiten;

- c) 75 Prozent der als zulässig anerkannten Ausgaben für die Wiedergewinnungsmaßnahme.
4. Wird nur das Fruchtgenußrecht gekauft, werden auf die Baukosten die Koeffizienten für die Festsetzung des aktuellen Wertes des Fruchtgenußrechtes zum gesetzlichen Zinsfuß angewandt. Der Eigentümer muß seine Zustimmung dazu geben, daß zu Lasten des nackten Eigentums die eventuelle Hypothek zur Sicherstellung des Landesdarlehens eingetragen bzw. die Bindungen des geförderten Wohnbaues angemerkt werden.
5. Für die Bewerber, die der ersten Einkommensstufe laut Artikel 56 Absatz 1 Buchstabe a) angehören, kann das Darlehen in Abweichung von den Bestimmungen laut Absatz 1 Buchstabe a), Absatz 2 Buchstabe a) und Absatz 3 Buchstabe a) 100 Prozent der gesetzlichen Baukosten der förderungsgegenständlichen Wohnung erreichen.
6. Leben mit dem Bewerber dessen Eltern in Hausgemeinschaft, werden die in den Absätzen 1, 2 und 3 vorgesehenen Darlehensbeträge um 20 bzw. 30 Millionen Lire erhöht, wenn ein Elternteil, bzw. wenn beide Eltern mit dem Bewerber seit mindestens zwei Jahren in Hausgemeinschaft leben und der Bewerber sich verpflichtet die Eltern in die geförderte Wohnung aufzunehmen.
7. Für die Mehrausgaben, die sich aus der Einhaltung der Bestimmungen zum Schutze und zur Erhaltung geschichtlich, künstlerisch, heimat- oder volkskundlich wertvoller Güter, sowie der Bestimmungen über den Landschaftsschutz ergeben, wird der Betrag des begünstigten Darlehens bis zu 25 Prozent erhöht.
8. Die Höchstbeträge der Darlehen laut den Absätzen 1, 2 und 3 können von der Landesregierung abgeändert werden, wobei die Höchstgrenze von 75 Prozent der gesetzlichen Baukosten einer Wohnung mit einer Konventionalfäche von 160 Quadratmetern nicht überschritten werden darf.

Leggo l'articolo 98 del Regolamento interno che dice: *“Gli emendamenti possono essere ritirati dal proponente che può esporre, se crede, le ragioni con un intervento della durata massima di cinque minuti. In tal caso un altro consigliere può chiedere che l'emendamento venga comunque votato dal Consiglio senza che venga riaperta la discussione.”*

Il segretario generale mi dice che si può fare quando l'emendamento è già in discussione. Questo non è stato posto in discussione, per cui il consigliere Bolzonello, se vuole farlo suo, deve riformularlo.

Dice di no. Metto in discussione l'articolo 53. Ha chiesto la parola la consigliera Zendron, ne ha facoltà.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Su questo articolo vanno fatti due tipi di osservazioni. La prima è che è evidente che gli importi previsti non permettono ad una persona che non abbia delle altre cospicue fonti di reddito di accedere all'acquisto della casa. Pare evidente perché c'è una sproporzione enorme fra il contributo provinciale e il costo delle abitazioni sul mercato, soprattutto in al-

cune situazioni, ma in modo eclatante a Bolzano, Ortisei e in altre località turistiche. Nella città capoluogo un insieme di meccanismi perversi hanno portato a dei prezzi spropositati.

Quello che fa un certo effetto è il punto di partenza: 100 milioni per una persona da sola con cui non si compra neanche i famosi 20 metri quadri che vengono considerati sufficienti. C'è una inadeguatezza totale dell'intervento pubblico nel momento in cui si va al sodo. La persona che vuole comperarsi la casa, con questo intervento pubblico è lontano.

Su questa materia va fatta una riflessione abbastanza profonda che avrebbe richiesto un cambiamento di impostazione della legge, perché noi abbiamo la sensazione che il fatto di dare contributi per l'acquisto serva solo ad aumentare i prezzi di mercato, non dà aiuto alle persone, è quel tanto in più che poi aumenta il prezzo di mercato.

Noi dobbiamo chiederci se questo modo di intervenire sia giusto. E' difficile alle 11 di sera concentrarsi, ma le leggi importanti vengono fatte così, però attraverso un esborso di denaro pubblico si cerca di rendere possibile il diritto alla casa, ma di fatto questo non accade. Questa cifra di partenza per la persona da sola è insufficiente. Se noi mettiamo insieme, e qui forse si può sperare in una respiscenza della Giunta provinciale nel momento in cui ha sospeso i due interventi di "killeraggio" sugli articoli 49 e 50 rimandando a domani la discussione, se pensiamo che il risparmio casa non viene di fatto sostenuto, e nello stesso tempo mollano lì 100 milioni che sicuramente vanno a chi i soldi li ha già, perché gli altri non ci pensano neanche lontanamente a comperarsi una casa, quindi niente risparmio casa, niente contributi che siano congrui rispetto i prezzi di mercato, a me pare che una delle colonne importanti della politica di sostegno della casa della provincia abbia una forte debolezza.

L'idea che era in questo emendamento poi ritirato di aumentare semplicemente l'ammontare del contributo non credo sia la soluzione, perché ho l'impressione che l'aumento della quantità del contributo non farebbe altro che aumentare di altrettanto il costo degli alloggi. Questo è un motivo di preoccupazione, perché è strano rispetto all'idea che abbiamo anche del mercato, di fronte ad un intervento così massiccio come poche altre situazioni della mano pubblica nel settore della casa, sia localizzato in alcune zone che hanno sofferto molto nel passato, come Bolzano e Merano, pur tuttavia i prezzi non riescono a ritornare su quei livelli di normalità che dovrebbero essere tipici di una città con 100 mila abitanti. E' vero che c'è il fenomeno dell'aumento del numero delle famiglie, a fronte della diminuzione di una quantità di popolazione, però è vero anche che l'offerta sul mercato di massicce quantità di case sociali, anche di cooperative che vanno incontro a quella fascia di ceto medio che altrimenti sarebbe costretta a prenderla in affitto, il fatto che a fronte di questo non ci sia una normalizzazione del mercato è sicuramente preoccupante, ed è un peccato che questa Giunta provinciale non si sia posta. Il fatto che alcuni problemi non siano stati portati avanti sarà causa di nuove emergenze. Se noi pensiamo ad esempio che a Bolzano attraverso l'università ci sarà tutto un giro di persone che influirà in alcuni settori dell'abitazione e della residenza, questo andrà ad

inserirsi in un quadro che non dà qui i frutti che ci si poteva aspettare. Tutti noi, nel 1998, qualche anno fa avremmo pensato che dopo la costruzione delle Semirurarli, le cooperative lungo via Druso, anche con una edificazione molto densa, anche un po' strana per i nostri tempi, la situazione sia migliorata, perché dopo gli anni della cementificazione massiccia rincorrendo l'emergenza sembrava che adesso fossero gli anni della qualità. Invece se vediamo ad esempio le realizzazioni da Bolzano lungo via Druso c'è una mancanza spaventosa di qualità, di spazi verdi, di mancanza di servizi che ricorda l'edificazione di più di 20 anni fa o quella degli anni 60 in altre città, in altre situazioni. Con questa massa di alloggi immessi sul mercato non c'è una riduzione. Questo sarebbe dovuto essere un elemento di riflessione in questa legislatura che avrebbe dovuto portare ad un risultato più consistente di intervento da parte della Giunta provinciale che non è sicuramente questa ripetizione o i piccoli aggiustamenti dei livelli di reddito che vedremo in questo e nei prossimi articoli.

**CIGOLLA (Assessore alla scuola e cultura italiana, intendenza scolastica italiana, edilizia abitativa - PPTAA):** Dal 1988 al 1998, quindi in 10 anni, per le categorie E, E1, E2, E3, F, F1, F3 sono state liquidate 26.258 domande. Se questi nostri concittadini che sono stati finanziati non avessero avuto questi benefici, non so in che maniera avrebbero potuto fare questa operazione.

Se togliamo il beneficio e così riduciamo la spesa pubblica, vorrei capire come fanno queste persone a fare un'operazione di acquisto. Ci troveremmo con la stessa cifra di 4000 richiedenti acquisto e costruzione che busserebbero alle porte dell'Ipeaa, e noi aumenteremmo la spesa dell'Ipeaa di quella stessa cifra che investiamo in acquisti e costruzioni di prime case. Penso che sia più redditizio promuovere il radicamento sul territorio dando la possibilità di acquisto e costruzione anziché finire per bussare alle porte dell'Ipeaa. In questo senso continuerò a dire che è più produttivo andare avanti su questa strada di acquisto e costruzione che non togliere i contributi, chiudere i rubinetti e mandare tutti all'Ipeaa. Questo vorrebbe dire comunque aumentare la spesa, non risparmieremmo niente.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'articolo 53: approvato con 18 voti favorevoli e 8 astensioni.

#### Art. 54

##### *Contributi decennali costanti*

1. Agli appartenenti alla terza e quarta fascia di reddito nonché a quelli appartenenti alla prima e seconda fascia di reddito che raggiungono meno di 20 punti ai sensi del regolamento di esecuzione viene concesso un contributo decennale costante. Gli appartenenti alla prima e seconda fascia di reddito che raggiungono 20 punti ai sensi del regolamento di esecuzione possono chiedere in alternativa al mutuo la concessione del contributo decennale costante.

2. Il contributo viene commisurato all'ammontare del mutuo calcolato ai sensi dell'articolo 53. Ammonta al 6 per cento per gli appartenenti alla prima fascia di reddito, al 5 per cento per gli appartenenti alla seconda, al 4 per cento per gli appartenenti alla terza e al 3 per cento per gli appartenenti alla quarta.
3. I contributi di cui al comma 2 possono essere modificati con la delibera della Giunta provinciale con la quale viene approvato il programma degli interventi di cui all'articolo 6.

-----

#### *Zehnjährige gleichbleibende Beiträge*

1. Den Angehörigen der dritten und vierten Einkommensstufe und jenen der ersten und zweiten Einkommensstufe, die weniger als 20 Punkte gemäß Durchführungsverordnung erreichen, wird ein zehnjähriger gleichbleibender Beitrag gewährt. Die Angehörigen der ersten und zweiten Einkommensstufe, die die 20 Punkte laut Durchführungsverordnung erreichen, können in Alternative zum Darlehen um die Gewährung des zehnjährigen gleichbleibenden Beitrages ansuchen.
2. Der Beitrag wird nach dem gemäß Artikel 53 berechneten Darlehensbetrag bemessen. Er beträgt 6 Prozent für die Angehörigen der ersten, 5 Prozent für die Angehörigen der zweiten, 4 Prozent für die Angehörigen der dritten und 3 Prozent für die Angehörigen der vierten Einkommensstufe.
3. Die in Absatz 2 genannten Beiträge können mit dem Beschluß der Landesregierung, mit dem das in Artikel 6 genannte Einsatzprogramm genehmigt wird, abgeändert werden.

Il consigliere Minniti ha ritirato l'emendamento a firma sua e dei consiglieri Holzmann e Benussi al comma 1.

Il consigliere Benedikter ha presentato un emendamento, che dice: "Sopprimere il comma 3. Absatz 3 streichen."

Qualcuno vuole intervenire? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento. Prego uno dei segretari questori di contare, perchè la consigliera Klotz ha chiesto la verifica del numero legale: respinto con 1 voto favorevole, 18 voti contrari e 4 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo 54: approvato con 7 astensioni e i rimanenti voti favorevoli.

#### Art. 55

##### *Contributi a fondo perduto*

1. In alternativa al mutuo senza interessi, al contributo per interessi ed al contributo decennale costante i richiedenti della prima, seconda, terza e quarta fascia di reddito possono essere ammessi ad un contributo a fondo perduto.
2. Per i richiedenti della prima fascia di reddito, che raggiungono 20 punti ai sensi del regolamento di esecuzione, il contributo a fondo perduto corrisponde al 45 per cento del mutuo determinato ai sensi dell'articolo 53.
3. Ai richiedenti il cui reddito raggiunge il limite superiore della quarta fascia di reddito viene concesso un contributo a fondo















